

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2010: Konjunkturampeln bleiben auf gelb
- *Stefan Arent, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Wirtschaft erholt sich langsam von der Rezession
- *Wolfgang Nierhaus*
Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2009
- *Gerit Vogt*
Zur Güte der ifo Dresden Konjunkturprognosen
- *Johannes Steinbrecher und Christian Thater*
Langfristige Projektion der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025

Im Blickpunkt

- *Für das Projektteam: Joachim Ragnitz*
Technologiebericht Sachsen 2009 – Zusammenfassung

17. Jahrgang (2010)
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20
E-Mail: dresden@ifo.de
Internet: <http://www.ifo-dresden.de>
Redaktion: Joachim Ragnitz
Technische Leitung: Anja Ziesche
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Bezugspreis jährlich: 25,00 €
Preis des Einzelheftes: 5,00 €
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten
Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.
Grafik Design: © ifo Institut München
Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2010

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2010: Konjunkturampeln bleiben auf gelb

4

Wolfgang Nierhaus

Im Jahr 2010 und auch im Jahr 2011 bleiben die Konjunkturampeln auf gelb. Zwar werden die endogenen Auftriebskräfte allmählich wieder etwas stärker, es laufen aber die im Rahmen der Konjunkturpakete bereitgestellten Mittel allmählich aus. Die Exportdynamik wird im Prognosezeitraum moderat sein, weil sich die Konjunktur in den wichtigsten Hauptabnehmerländern nicht durchgreifend bessert. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften bei weiterhin niedriger Kapazitätsauslastung nur wenig steigen. Zudem sind die Kredithürden für neue Investitionen und Arbeitsplätze weiter hoch. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen werden die Konjunkturpakete zunächst noch weiter wirken, der bisher konjunkturrobuste Gewerbebau rutscht aber deutlich ins Minus. Einkommen und privater Konsum erhalten am Jahresanfang 2010 nochmals Impulse aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und den bisher schon beschlossenen steuerlichen Entlastungen, danach wird aber die Dynamik verhalten sein. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7 %, im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,2 % zunehmen.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Wirtschaft erholt sich langsam von der Rezession

13

Stefan Arent, Beate Schirwitz und Gerit Vogt

Der aktuellen IFO DRESDEN Konjunkturprognose zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Bundesländer (mit Berlin) 2009 preisbereinigt um 3,6 % unter das Vorjahresniveau gesunken. Ausschlaggebend hierfür war ein massiver Produktionseinbruch im vorherigen Winterhalbjahr. In den vergangenen Monaten ist allerdings eine leichte Erholung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eingetreten. Diese dürfte sich 2010 mit gemächlichen Tempo fortsetzen und in Ostdeutschland zu einem Wirtschaftswachstum von 1,1 % führen. Die sächsische Wirtschaft, die aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Exportorientierung von der globalen Rezession besonders hart getroffen wurde, wird 2010 voraussichtlich einen Bruttoinlandsprodukt-Zuwachs von 1,5 % erfahren. In Hinblick auf die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist in den nächsten Monaten mit einer spürbaren Verschlechterung zu rechnen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2010 in Sachsen und in Ostdeutschland um rund 1 % zurückgehen.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2009

23

Wolfgang Nierhaus

Mit der hier vorgestellten Vierteljahresrechnung liegen erstmals Ergebnisse für die reale Wirtschaftsleistung im FREISTAAT SACHSEN für den Zeitraum I/1996 bis III/2009 vor. Die vierteljährlichen Angaben sind mit den Jahresdaten des ARBEITSKREISES VGR DER LÄNDER konsistent und zudem auf das amtliche Ergebnis für das erste Halbjahr 2009 abgestimmt. Die Ergebnisse zeigen, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Vierteljahr 2009 immer noch merklich unter dem Stand des Vorjahres gelegen hat (-3,4 %). Die Trend-Konjunktur-Komponente der gesamtwirtschaftlichen Produktion signalisiert aber eine Wende zum Besseren; sie ist zum ersten Mal seit Frühjahr 2008 wieder aufwärtsgerichtet.

Zur Güte der ifo Dresden Konjunkturprognosen

28

Gerit Vogt

Die DRESDNER NIEDERLASSUNG des IFO INSTITUTS veröffentlicht seit einigen Jahren jeweils im Sommer und zum Jahresende Prognosen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen und in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt. Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags stehen die bisherigen Erfahrungen mit der Treffgenauigkeit dieser Prognosen. Die Evaluierung der Treffgenauigkeit erfolgt anhand von statistischen

Maßen und fokussiert auf das Bruttoinlandsprodukt als zentrale Konjunktur- und Prognosevariable. Alles in allem deuten die Maße darauf hin, dass die IFO DRESDEN Konjunkturprognosen in der Vergangenheit erfolgreich dazu beigetragen haben, die Unsicherheit über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen zu vermindern.

Langfristige Projektion der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025

33

Johannes Steinbrecher und Christian Thater

Um einen Überblick über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklungen auf den Landeshaushalt zu erhalten, hat das IFO INSTITUT im Auftrag des SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS DER FINANZEN (SMF) eine Langfristprojektion der Einnahmen des FREISTAATES SACHSEN bis zum Jahr 2025 erstellt. Der vorliegende Artikel fasst die wesentlichen Ansatzpunkte und Ergebnisse der Projektion zusammen. Ausgehend von den aktuellen Landeseinnahmen in Höhe von 15,8 Mrd. € im Jahr 2009, führen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem erheblichen Einbruch der Steuereinnahmen, der auch bis zum Ende des Betrachtungszeitraums nicht wieder aufgeholt werden wird. Darüber hinaus führt die Degression bei den Bundesergänzungszuweisungen sowie bei den Zahlungen von Bund und EU zu einem kontinuierlichen Abfall der Einnahmen bis zum Jahr 2019. Erst im Anschluss kommen die Wachstumseffekte des Steueraufkommens zum Tragen. Die Einnahmen des FREISTAATES SACHSEN werden im Jahr 2025 etwa 3,8 Mrd. € bzw. 24 % unter denen des Jahres 2009 liegen.

Im Blickpunkt

Technologiebericht Sachsen 2009 – Zusammenfassung

40

Für das Projektteam: Joachim Ragnitz

Innovationen sind in einer modernen Volkswirtschaft eine wesentliche Voraussetzung für ein dauerhaft hohes Wohlstandsniveau. Die Wirtschaftspolitik benötigt daher aktuelle Informationen über die Innovationsaktivitäten in Wirtschaft und Wissenschaft, um etwaige Schwachstellen frühzeitig erkennen und ausräumen zu können. Dabei sind sinnvollerweise alle relevanten Stufen des Innovationsprozesses – vom Bildungssystem über Forschung und Entwicklung bis hin zur Umsetzung von Innovationsergebnissen in marktfähige Produkte und kostensenkende Verfahren – in gleichem Maße zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund hat das IFO INSTITUT, NL DRESDEN, zusammen mit dem NIEDERSÄCHSISCHEN INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (NIW) im Auftrag der SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS DER FINANZEN eine umfassende Bestandsaufnahme der technologischen Leistungsfähigkeit des FREISTAATES SACHSEN im Regionenvergleich erarbeitet. Die Ergebnisse dieser Studie wurden kürzlich in Gestalt des „Sächsischen Technologieberichts 2009“ veröffentlicht und werden hier kurz zusammengefasst.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

45

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

47

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen	50
ifo Vorträge	50
ifo Veröffentlichungen	51
ifo intern	51

Deutschlandprognose 2010: Konjunkturampeln bleiben auf gelb¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft hat die schwerste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg überwunden. Seit dem Frühjahr 2009 steigen Produktion und Handel wieder, weltweit angeregt durch milliardenschwere Konjunkturprogramme, eine massiv expansiv wirkende Geldpolitik und den vergleichsweise niedrigen Ölpreis. Hinzu kommt der Umschwung im globalen Lagerzyklus. Das im Rahmen des IFO WORLD ECONOMIC SURVEY erhobene Weltwirtschaftsklima ist im vierten Quartal 2009 zum dritten Mal in Folge gestiegen. Der Anstieg des Indikators resultiert sowohl aus den günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate als auch aus weniger negativen Einschätzungen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage.

Das Wirtschaftsklima hat sich dabei in allen großen Wirtschaftsregionen verbessert. Besonders ausgeprägt war der Anstieg des Wirtschaftsklimaindikatoren in Asien. Hier überschritt er sogar seinen langfristigen Durchschnitt. Auch in Westeuropa und Nordamerika stieg der Klimaindikator merklich an. Die aktuelle Wirtschaftslage wird zwar in allen großen Regionen noch als ausgesprochen ungünstig bewertet, besonders im Euroraum, in Nordamerika, in Mittel- und Osteuropa und in Russland. Die Wirtschaftserwartungen fallen nun aber nahezu überall optimistisch aus. Dies deutet darauf hin, dass sich die Erholung der Weltwirtschaft fortsetzen wird.

In den **USA** ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2009 mit einer laufenden Jahresrate von 2,8 % gestiegen; zuvor war sie ein Jahr lang fortlaufend gesunken. Maßgeblich für den Anstieg war die Expansion des privaten Konsums (+2,7 %), befördert durch das „Cash for Clunkers“-Programm zur Anschaffung von verbrauchsärmeren Pkw. Zudem sind die Lagerbestände deutlich aufgestockt worden. Die Kapazitätsauslastung lag im Herbst mit 71 % aber immer noch um rund 10 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Stellenabbau hat sich, wenngleich verlangsamt, bis zuletzt fortgesetzt; seit Dezember 2007 ist die Zahl der Beschäftigten saisonbereinigt um 7,3 Mill. gesunken.

In **Japan** hat sich die leichte Erholung fortgesetzt; im dritten Quartal expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,3 %, zuvor hatte sie um 2,7 % zugenommen. Die Exporte und

der private Konsum stiegen deutlich. In **China** hat sich die wirtschaftliche Expansion, getrieben von der Entwicklung im tertiären Sektor, beschleunigt. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2009 um 7,7 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zugenommen; im ersten Halbjahr hatte das Wachstumstempo im Durchschnitt bei 7,1 % gelegen.

Auch in den Volkswirtschaften der **Europäischen Währungsunion** (EWU) hat der Erholungsprozess begonnen. Im dritten Quartal 2009 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 %, davor war sie über fünf Quartale hinweg zum Teil außerordentlich kräftig gesunken. Maßgeblich für die Erholung war der spürbare Anstieg der Industrieproduktion. Vom Einzelhandel dürften dagegen keine Impulse ausgegangen sein; die Zahl der Pkw-Neuzulassungen ist nach dem Auslaufen von Abwrackprogrammen gesunken. Das Preisniveau in der EWU schwankte um den Vorjahreswert. Die Inflationsrate (HVPI) betrug im Juli -0,6 %, und stieg bis November aber wieder auf 0,5 %. Die Kerninflationsrate (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag im November bei 1,0 %. Die Arbeitslosenquote ist im Sommerhalbjahr weiter kräftig gestiegen, im Oktober 2009 betrug sie saisonbereinigt 9,8 %, sie war damit um 2,5 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Für die EWU ist das der höchste Wert seit Januar 1999.

Die Erholung der Weltwirtschaft dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen, allerdings wird die Belebung nur vorübergehend stärker ausfallen. Die Belastung der Konjunktur ist nach wie vor immens. Eine Verschärfung der restriktiven Kreditvergabe ist angesichts des zu erwartenden Anstiegs der Nachfrage nach Fremdmitteln absehbar. Auch die Unterauslastung der Kapazitäten dürfte anhalten, was den Bedarf an Erweiterungsinvestitionen spürbar dämpfen dürfte. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Lage auf den Arbeitsmärkten nicht nur angespannt bleibt, sondern sich verschärft. Schließlich dürften die Stimuli der Wirtschaftspolitik im Prognosezeitraum schwächer werden. Vor allem die Anregungen durch die Fiskalpolitik dürften nachlassen, da die Mittel aus den Konjunkturpaketen auslaufen und sich die Haushaltsposition in vielen Ländern dramatisch verschlechtert hat. So erreichte das öffentliche Defizit in den USA inzwischen Rekordniveau; in zahlreichen Ländern des Euroraums werden mittlerweile Strategien zur

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Referent am IFO INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG MÜNCHEN tätig.

Rückführung der Neuverschuldung entwickelt. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Konjunktur nach und nach an Schwung verliert.

In den **USA** wird das Bruttoinlandsprodukt zunächst noch vergleichsweise kräftig steigen, danach wird das Expansionstempo deutlich nachlassen. Der Abbau der strukturellen Ungleichgewichte – insbesondere die Korrektur des privaten Konsums, die mit einer weiteren Zunahme der Sparquote verbunden ist – dürfte spürbar bremsend wirken. Auch die Belastungen durch die Krise im Finanzsystem sind nach wie vor enorm. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion daher vorübergehend sogar erneut leicht rückläufig sein. Trotz dieses konjunkturellen Rückschlages wird die amerikanische Wirtschaft im Prognosezeitraum jedoch nicht erneut in eine Rezession ableiten. Die Schwäche der US-amerikanischen Wirtschaft wird gleichwohl die Konjunktur weltweit belasten.

In **Japan** wird die Expansion der Wirtschaft im Prognosezeitraum zunächst schwach bleiben, ehe sie sich langsam belebt. Die private Binnennachfrage dürfte infolge der Unterauslastung der Kapazitäten und der schlechteren Lage auf dem Arbeitsmarkt nur mäßig expandieren. Der Außenhandel dürfte jedoch von der Belebung der Konjunktur in den Schwellenländern Asiens profitieren. Im **Euroraum** wird die wirtschaftliche Expansion vorerst kräftig bleiben. Vor allem die Impulse der Fiskalpolitik in Deutschland und Frankreich dürften stimulierend wirken. Die private Binnennachfrage dürfte sich hingegen nur allmählich stabilisieren. Nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme ist damit zu rechnen, dass sich die wirtschaftliche Dynamik abflachen wird.

Die wirtschaftliche Expansion in den **Schwellenländern** wird im Prognosezeitraum vergleichsweise kräftig sein. In China wird die Konjunktur maßgeblich von dem Impuls der milliardenschweren staatlichen Stützungsmaßnahmen getragen. Allerdings wird die Ausfuhr, die eine entscheidende Stütze des vorangegangenen Aufschwungs darstellte, nach wie vor durch die globale wirtschaftliche Schwäche belastet. In Indien wird die wirtschaftliche Entwicklung solide bleiben. Vor allem die Binnennachfrage dürfte kräftig expandieren. Auch in den übrigen Ländern Ostasiens wird sich die Konjunktur beleben, da insbesondere die anhaltend lebhaftere Entwicklung der chinesischen Wirtschaft den Außenhandel begünstigt. In Lateinamerika wird die wirtschaftliche Entwicklung uneinheitlich verlaufen. So dürfte sie in Brasilien kräftig bleiben, während sie in Mexiko wohl weiterhin gedämpft ausfallen wird. Die Region profitiert darüber hinaus auch von dem jüngsten Anstieg der Rohstoffpreise.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahr 2010 um 3,1 % und im Jahr 2011 um 2,6 % expan-

dieren, nachdem es im Jahr 2009 um 1,1 % zurückgegangen ist. Der Anstieg der Preise wird sich weltweit etwas beschleunigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird aufgrund der Schwäche der Konjunktur weiter zunehmen.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im Frühjahr 2009 stabilisiert. Im zweiten Quartal expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt um 0,4 %, im dritten Quartal sogar um 0,7 %. Aufgrund des außerordentlich kräftigen Einbruchs im vorausgegangenen Winterhalbjahr um fast 6 % blieb die gesamtwirtschaftliche Produktion, und hier insbesondere die Erzeugung in den exportabhängigen Branchen, aber alles in allem auf niedrigem Niveau. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad – zieht man die ifo Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe als Proxy heran – lag im Herbst 2009 um etwa 10 Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt.

Maßgeblich für die konjunkturelle Besserung war zum einen die Aufhellung des weltwirtschaftlichen Umfelds. Die deutsche Exportwirtschaft, die im vorangegangenen Winterhalbjahr aufgrund ihres Spezialisierungsmusters vom weltweiten Nachfrageeinbruch nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern besonders betroffen war, konnte saison- und kalenderbereinigt im dritten Quartal 2009 ein Plus von 3,4 % einfahren. In vielen Staaten wirkten expansive fiskal- und geldpolitische Maßnahmen, zudem sind weltweit die Lager wieder aufgestockt worden. Binnenwirtschaftlich haben zum anderen die Bruttoinvestitionen wieder angezogen, stimuliert durch die Konjunkturpakete der Bundesregierung, deren Hauptstoßrichtung der öffentliche Bau ist. Zudem wurden die Vorratsbestände massiv erhöht. Die realen privaten Konsumausgaben, die im ersten Halbjahr 2009 durch zahlreiche expansive Maßnahmen fiskalisch angeregt worden waren, sind im dritten Quartal dagegen spürbar gesunken. Weniger gekauft wurden vor allem Pkw. Ausschlaggebend hierfür war die Leerung des Prämientopfes für die Verschrottung älterer Autos, der die Nachfrage nach kleineren Modellen insbesondere von ausländischen Herstellern im ersten Halbjahr 2009 kräftig befördert hatte.

Der bisher zu verzeichnende Arbeitsplatzverlust fiel im Vergleich zum Produktionseinbruch gering aus; die Zahl der Erwerbstätigen sank in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 saisonbereinigt lediglich um 114.000. Zu der günstigen Entwicklung trugen die Inanspruchnahme von Kurzarbeit, der Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit

bei. Außerdem hat die Teilzeitbeschäftigung zugenommen, während Vollzeitarbeitsplätze abgebaut worden sind. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen hat im Verlauf des Jahres 2009 saison- und kalenderbereinigt um 2,2 % abgenommen; bereits 2008 war sie in ähnlichem Ausmaß reduziert worden. Bei alledem sind die im Winterhalbjahr 2008/09 stark gestiegenen gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten wieder etwas gesunken, gleichwohl waren sie im dritten Quartal 2009 auf Stundenbasis um 5¼ % höher als vor Jahresfrist. Im von der Krise besonders betroffenen verarbeitenden Gewerbe lagen sie zuletzt sogar um 14 % über dem vergleichbaren Stand des Vorjahres.

Im laufenden Jahr und auch im Jahr 2011 bleiben die Konjunkturampeln auf gelb, mit einer Grünphase ist nicht zu rechnen. Zwar werden die endogenen Auftriebskräfte allmählich wieder etwas stärker, es laufen aber die im Rahmen der Konjunkturpakete bereitgestellten Mittel allmählich aus. Zudem sind die Kredithürden für neue Investitionen und Arbeitsplätze weiter hoch. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft bleibt damit labil, zu einem selbsttragenden Aufschwung kommt es nicht.

Die Exportdynamik wird im Prognosezeitraum moderat sein, weil sich die Konjunktur in den wichtigsten Hauptabnehmerländern nicht durchgreifend bessert. Für die Importentwicklung ergibt sich alles in allem ein ähnliches Profil, der Außenbeitrag wird von daher keinen nennenswerten Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt liefern. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften bei weiterhin niedriger Kapazitätsauslastung nur wenig steigen, zumal sich die restriktiven Finanzierungsbedingungen nicht bessern. Lediglich gegen Jahresende 2010 kann mit einer etwas höheren Dynamik aufgrund von Vorzieheffekten infolge der Rückführung der degressiven Abschreibung gerechnet werden. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen werden die Konjunkturpakete zunächst noch weiter wirken, der bisher konjunkturrobuste Gewerbebau rutscht aber deutlich ins Minus. Einkommen und privater Konsum erhalten am Jahresanfang 2010 kurzfristig Impulse aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ und den bisher schon beschlossenen steuerlichen Entlastungen, danach wird aber die Dynamik verhalten sein. Zudem dämpft der Nachfrageausfall, der aus den in das Jahr 2009 vorgezogenen Pkw-Käufen resultiert. Die Sparquote dürfte angesichts der flauen Wirtschaftsentwicklung hoch bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 1,7 % zunehmen; im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,2 % (vgl. Tab. 1).

Auf dem konjunkturell nachlaufenden Arbeitsmarkt wird die Beschäftigung allmählich stärker an das niedrige Produktionsniveau angepasst werden. Die Kurzarbeit wird abnehmen, dafür die Arbeitslosigkeit zunehmen. Im

Durchschnitt des Jahres 2010 wird die Zahl der erwerbstätigen Inländer um 350.000 sinken, die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2010 durchschnittlich um rund 180.000 auf 3,6 Mill. steigen. Bei alledem werden die Verbraucherpreise wenig zulegen, dämpfend wirkt die große Produktionslücke. Das staatliche Budgetdefizit steigt im Jahr 2010 stark an, in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte es sich auf 5,1 % belaufen. Maßgeblich hierfür sind die schwache konjunkturelle Entwicklung und die Mehrausgaben, die im Zusammenhang mit den Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung entstehen.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekanntere Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit einschließen. Derzeit beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, ±0,8 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktschätzung für die Zuwachsrates des BIP im Jahr 2010 von 1,7 % reicht das Intervall somit von 0,9 % bis 2,5 %. Die Punktprognose in Höhe von 1,7 % stellt den mittleren Wert dar, der bei Würdigung aller Fakten am ehesten erwartet werden kann.

Box: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel steigt im Jahr 2010 um 5 % und im Jahr 2011 um 4 %, nach einem Rückgang in Höhe von 11 % im Jahr 2009.
- Der Ölpreis wird im Prognosezeitraum 72 \$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Durchschnitt der Jahre 2010/2011 bei 1,47 \$.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) hebt die Leitzinsen nicht vor 2011 an.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Die im Wachstumsbeschleunigungsgesetz aufgeführten Maßnahmen werden umgesetzt. Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag avisiert sind, bisher aber nicht näher konkretisiert wurden (z. B. die Einführung eines Stufentarifs bei der Einkommensteuer), wurden in der Prognose nicht berücksichtigt. Dies gilt auch für Maßnahmen, die aufgrund der Schuldenbremse notwendig werden könnten.

Das allgemeine Prognoserisiko wird überlagert von speziellen Risiken: So besteht die Gefahr, dass die Weltwirtschaft noch einmal in die Rezession gerät, wenn die Kreditvergabe durch die Banken noch stärker und länger eingeschränkt werden sollte, als hier erwartet wird.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2011 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a					
Private Konsumausgaben	-0,3	0,4	0,3	0,2	0,7
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,1	2,5	1,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	5,0	3,1	-8,4	0,9	0,5
Ausrüstungen	11,0	3,3	-20,0	1,0	1,5
Bauten	0,0	2,6	-0,4	0,5	-0,7
Sonstige Anlagen	6,5	5,3	6,3	4,0	4,2
Inländische Verwendung	1,0	1,7	-1,6	0,9	0,8
Exporte	7,5	2,9	-14,3	8,4	4,5
Importe	4,8	4,3	-8,3	6,9	3,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,5	1,3	-4,9	1,7	1,2
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	39.724	40.279	40.267	39.982	39.983
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.776	3.268	3.426	3.607	3.617
Arbeitslosenquote ^c (in %)	8,7	7,5	7,9	8,3	8,3
Verbraucherpreise ^d					
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,6	0,3	0,6	0,8
Finanzierungssaldo des Staates ^e					
– in Mrd. EUR	4,7	1,0	-73,3	-124,7	-138,0
– in % des Bruttoinlandsprodukts	0,2	0,0	-3,0	-5,1	-5,5

1) Prognose des ifo Instituts.- a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex. – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Dies würde vor allem dann eintreten, wenn es zu einer weiteren Verringerung der Eigenkapitalausstattung infolge massiver Wertberichtigungen und rezessionsbedingter Abschreibungen kommen sollte. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Wirtschaftspolitik ihren expansiven Kurs früher beendet, als hier angenommen wurde. So könnte die Fiskalpolitik etwa versucht sein, die massive Ausweitung der Haushaltsdefizite zu schnell einzuschränken. Aber auch ein zu langes Festhalten am bisherigen geldpolitischen Kurs birgt Risiken: Sollten die Zentralnotenbanken das Bankensystem zu lange mit billigem Geld versorgen, könnten sich neue Spekulationsblasen auf den Finanzmärkten bilden.

Exporte profitieren von China und Südostasien

Nach dem dramatischen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/09 konnten die Exporte im dritten Quartal 2009 mit einer realen Zuwachsrate von 3,4 % gegenüber dem Vorquartal wieder deutlich zulegen. Einer der Hauptgründe für den Anstieg der Exporte war die einsetzende konjunkturelle Erholung der Länder im Euroraum und in anderen EU-Ländern. Ein starkes Zugpferd für den deutschen Export sind aber auch die Warenausfuhren nach China, die sich sehr früh von der weltweiten Krise erholen konnte.

Im Prognosezeitraum wird die Warenausfuhr hauptsächlich von China und den Schwellenländern Südostasiens gestützt. Vor allem der Maschinenbau und die Automobilbranche fassen in diesen aufstrebenden Märkten Fuß, wodurch die wenig dynamische und zum Teil sogar rückläufige Nachfrage der westlichen Industriestaaten mehr als kompensiert wird. Insgesamt kann im laufenden Jahr mit einem Anstieg der Exporte um 8,4 % gerechnet werden, im nächsten Jahr mit einem moderaten Zuwachs von 4,5 %. Das Exportvolumen dürfte sich damit am Ende des Jahres 2011 in etwa wieder auf dem Vorkrisenniveau befinden. Allerdings werden sich die Exportanteile dann weiter deutlich verschoben haben. So ist zu erwarten, dass die Warenlieferungen nach China und Südostasien von rund 5,5 % des Gesamtausfuhrvolumens im Jahr 2000 auf über 10 % am Ende des Prognosezeitraums steigen werden, während die Bedeutung der USA als Exportmarkt von 10 % im Jahr 2000 auf etwa 6 % im Jahr 2011 abnehmen dürfte.

Ausrüstungsinvestitionen im Zwischenhoch

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Sommer 2009 mit einer Rate von 0,8 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nachdem sie zuvor drei Quartale in Folge um insgesamt knapp 22 % geschrumpft waren. Investitionen, die aufgrund des starken Produktionseinbruchs im ersten Halbjahr zurückgestellt wurden, sind nach der Erholung der wirtschaftlichen Situation nun in Angriff genommen worden. Dabei dürfte es sich vor allem um notwendig gewordene Ersatzinvestitionen gehandelt haben.

Diese Belebung dürfte indes ein Zwischenhoch bleiben. Der weitere Ausblick ist für die Ausrüstungsinvestitionen trübe. Die Auslastung der Gerätekapazitäten ist weiterhin unterdurchschnittlich. Die im IFO KONJUNKTURTEST befragten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes schätzen ihre vorhandenen technischen Kapazitäten in Anbetracht der von ihnen erwarteten Nachfrage vorwiegend als zu groß ein, sodass die Erweiterung der Kapazitäten als Investitionsmotiv im kommenden Jahr keine wesentliche Rolle spielt. Stattdessen werden Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen im Fokus der Unternehmen stehen. Auf eine schwache Nachfrage nach Investitionsgütern weisen ebenfalls die ifo Konjunkturtestergebnisse für die Leasingbranche hin, die sich als zuverlässiger Indikator für die Investitionsneigung bewährt haben.

Auch die Finanzierungssituation lässt ein verhaltenes Jahr 2010 erwarten. Die Ertragslage der Unternehmen hat in der Rezession stark gelitten. Die Kreditvergabepolitik der Banken ist nach Auskunft der Unternehmen

weiterhin restriktiv. Die vom IFO INSTITUT veröffentlichte Kredithürde verharrt seit Jahresbeginn 2009 auf einem hohen Niveau. Die schlechte Eigenkapitalsituation der Banken dürfte im laufenden Jahr zunächst weiter ungünstig bleiben. In den kommenden Monaten werden die Unternehmensinsolvenzen weiter zunehmen, sodass die Banken vermehrt Kreditausfälle verkraften müssen. Daher wird der Kreditzugang für Unternehmen ungünstig bleiben, zumal viele Unternehmen in der Rezession einen Teil ihres Eigenkapitals aufgezehrt haben und daher aus Sicht der Banken die Kreditrisiken gestiegen sind.

In der zweiten Jahreshälfte 2010 werden Vorzieheffekte wegen des Auslaufens der temporär wirkenden degressiven Abschreibung die Investitionstätigkeit beleben. Da aber Investitionsprojekte vorgezogen werden, fehlen diese wieder in der ersten Jahreshälfte 2011. Insgesamt werden aber die Investitionstendenzen Ende 2010 und im Jahr 2011 leicht aufwärtsgerichtet sein. Bei rückläufigen Lohnstückkosten und anziehender Nachfrage sollten die Gewinnerwartungen der Unternehmen positiver werden. Im Jahresdurchschnitt dürften daher die Ausrüstungsinvestitionen 2010 um etwa 1 % zunehmen. 2011 ist damit zu rechnen, dass sie nochmals um rund 1,5 % steigen.

Wohnungsbau stützt Bauinvestitionen

Die Investitionen in Bauten sind im Jahresdurchschnitt 2009 leicht gesunken; im Jahr zuvor waren sie spürbar gestiegen. Im Verlauf von 2010 werden die Bauinvestitionen wohl weiter leicht zurückgehen. Dabei werden sich die Expansion im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau, der durch die Konjunkturpakete getragen wird, und die Schrumpfung im Wirtschaftsbau fast die Waage halten. Insgesamt ergibt sich aufgrund des statistischen Überhangs im Jahresdurchschnitt 2010 dennoch ein Plus von 0,5 %. Im Jahr 2011 wird die öffentliche Hand mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete die Bautätigkeit wieder deutlich zurückfahren. Da auch der Wirtschaftsbau noch weiter bremsen dürfte, stützt dann allein der Wohnungsbau die Baunachfrage. Insgesamt werden die Bauinvestitionen 2011 durchschnittlich um etwa 0,7 % zurückgefahren.

Die **Wohnungsbauinvestitionen** sind im Jahresdurchschnitt 2009 gesunken. In diesem Jahr dürfte die Wohnungsbaunachfrage hingegen leicht aufwärts gerichtet sein. Die Auftragseingänge haben sich zuletzt günstiger entwickelt. Die ifo Architektenumfrage deutet jedoch auf eine sehr verhaltene Belebung hin. Im weiteren Verlauf wirken die niedrigen Hypothekenzinsen stützend. Weiterhin regen die Modernisierung des Woh-

nungsbestandes und die energetische Sanierung die Nachfrage an. Im laufenden Jahr wird der Wohnungsbau um etwa 1,3 % steigen, gefolgt von reichlich 1 % in 2011.

Im **Wirtschaftsbau** war die Entwicklung in den ersten drei Quartalen 2009 trotz des zurückliegenden gesamtwirtschaftlichen Produktionseinbruchs positiv. Die Auftragseingänge liegen nun aber deutlich unter den Vorjahreswerten und der Auftragsbestand ist stark abgeschmolzen. Im Verlauf von 2010 dürften die Wirtschaftsbauinvestitionen deshalb sinken, wenn auch mit abnehmendem Tempo. Im Jahresdurchschnitt wird eine Abnahme um 5,4 % erwartet. Die Schrumpfung wird sich auch in das Jahr 2011 hinein fortsetzen; im Jahresvergleich dürfte sich ein Minus von etwa 1 % ergeben.

Die **staatlichen Bauinvestitionen** sind seit dem Frühjahr 2009 kräftig ausgeweitet worden. Auch im Herbst zeigten die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen ihre Wirkung. Im laufenden Jahr dürften die öffentlichen Bauinvestitionen nochmals an Fahrt gewinnen. Die Auftragseingänge im Straßenbau haben erheblich zugenommen und auch der öffentliche Hochbau wird zulegen. Allerdings werden die rezessionsbedingten Steuerausfälle insbesondere bei den Kommunen den Investitionsspielraum einengen. Im Jahr 2011 wird es jedoch zu einem kräftigen Rückschlag kommen. Die Finanzlage der öffentlichen Hand bleibt ungünstig und die Konjunkturpakete laufen aus. Nach einer starken Expansion von jahresdurchschnittlich etwa 11 % in diesem Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen 2010 um ca. 7 % abnehmen.

Privater Konsum weiter fiskalisch gestützt

Der private Konsum hat im ersten Halbjahr 2009 saison- und kalenderbereinigt deutlich zugelegt. Maßgeblich hierfür war, dass die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte trotz der schweren Wirtschaftskrise merklich gestiegen sind. Zwar sind die Arbeitslöhne im Gefolge der starken Zunahme an Kurzarbeit deutlich gesunken; der Lohnausfall wurde aber durch Kurzarbeitergeld und tarifvertraglich vereinbarte Zuzahlungen der Arbeitgeber teilweise ausgeglichen. Zudem wurden die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben zurückgeführt und Transferzahlungen erhöht. Schließlich wurden die Verbraucherbudgets durch sinkende Energie- und Nahrungsmittelpreise entlastet. Last but not least wurde die Pkw-Nachfrage im ersten Halbjahr überaus kräftig durch die Gewährung einer Abwrackprämie stimuliert. Nach der Jahresmitte haben die Impulse aus der Abwrackprämie auf die privaten Fahrzeugkäufe dann aber deutlich nachgelassen; der reale private Konsum ist gegenüber dem zweiten Quartal deutlich gesunken.

Im laufenden Jahr dürften die realen Konsumausgaben leicht steigen. Zwar fallen die Tarifabschlüsse niedriger als bisher aus, zudem dürfte die Beschäftigung nunmehr stärker an das niedrige Produktionsniveau angepasst werden. Gleichzeitig nehmen aber die geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten wieder zu. In der Summe werden die Bruttolöhne und -gehälter nahezu stagnieren. Netto ergibt sich aber eine spürbare Zunahme (1,3 %), weil die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung nunmehr in der Regel steuerlich voll abgesetzt werden können. Zudem wurde der Grundfreibetrag angehoben. Schließlich wurde im Rahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ der Kinderfreibetrag von 6.024 € für jedes Kind auf 7.008 € erhöht. Die Sozialleistungen werden mit 2,9 % nochmals kräftig steigen. Maßgeblich hierfür ist, dass das Kindergeld zu Jahresanfang angehoben wurde. Zudem wirkt die diesjährige hohe Rentenanpassung im ersten Halbjahr 2010 in der Wachstumsrate nach; außerdem unterbleibt aufgrund der neuen Rentengarantie eine Kürzung der Altersrenten, die nach der bisherigen Rentenformel notwendig geworden wäre. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften dagegen deutlich sinken. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen nominal um 0,9 % steigen, real um 0,5 %. Die Sparquote dürfte steigen; dies nicht zuletzt deshalb, weil die Abwrackprämie zu einem Vorziehen von Pkw-Käufen ins Jahr 2009 geführt hat. Diese Nachfrage fehlt im laufenden Jahr. Insgesamt wird der reale private Konsum im Jahr 2010 mit 0,2 % kaum steigen. Im Jahr 2011 dürfte er bei nicht mehr rückläufiger Beschäftigung und leicht sinkender Sparquote um 0,7 % zulegen.

Verbraucherpreise steigen weiter langsam

Das Verbraucherpreisniveau ist in diesem Jahr saisonbereinigt nur wenig gestiegen. Im Vorjahresvergleich ist die Inflationsrate unter Schwankungen bis Herbst gesunken, teilweise gab es sogar Minusraten wie zuletzt im Frühjahr 1987. Zum günstigen Preisklima hat die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise beigetragen. Diese waren bis Jahresmitte 2008 sehr kräftig gestiegen, danach aber, im Gefolge des krisenbedingten Umschwungs auf den Rohölmärkten, noch kräftiger gesunken. Obwohl die Preise für Mineralölprodukte seit dem Frühjahr aufgrund der konjunkturellen Erholung wieder angezogen haben, unterschritten sie bis Oktober den Vorjahresstand sogar mit zweistelligen Raten. Die an die Ölpreisentwicklung mit Verzögerung gekoppelten Gastarife wurden im laufenden Jahr dagegen bis zuletzt gesenkt. Außerdem haben sich saisonabhängige Nahrungsmittel verbilligt.

Im Prognosezeitraum wird die Verteuerung der Lebenshaltung alles in allem moderat bleiben, die Phase niedriger Inflationsraten geht weiter. Viele Stromanbieter haben zum Jahreswechsel die Preise angehoben aufgrund gestiegener Beschaffungskosten bzw. erhöhter Kosten im Rahmen des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Den zwischenzeitlich wieder gestiegenen Ölpreisen folgend, werden auch die Gastarife vielerorts teurer. Anders als im Jahr 2009 gibt es schließlich keine im Vorjahresvergleich dämpfenden Basiseffekte mehr. Insgesamt dürfte aber, angesichts der weiterhin sehr niedrigen Auslastung der Produktionskapazitäten und der insgesamt schwachen Wirtschaftsentwicklung, der Druck auf die Verbraucherpreise zunächst kaum nachlassen. Für das Jahr 2010 ist mit einem Anstieg des Verbraucherpreisindex in Höhe von 0,6 % zu rechnen, für das Jahr 2011 kann die jahresdurchschnittliche Inflationsrate auf 0,8 % veranschlagt werden.

Moderater Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wurde bislang durch das Bestreben bestimmt, die Beschäftigung zu sichern. Während die gesamtwirtschaftliche Produktion seit Jahresbeginn 2009 bis zum dritten Quartal um 2,4 % geschrumpft ist und die geleisteten Stunden um 2,5 % gesunken sind, ist die Zahl der Erwerbstätigen im Inland hingegen nur um 114.000 zurückgegangen. Die deutliche Reduktion der geleisteten Stunden je Erwerbstätigen hat bislang einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Die durchschnittliche Arbeitszeit wurde dabei vor allem durch einen massiven Abbau von angesammelten Guthaben auf Arbeitszeitkonten und durch Arbeitszeitverkürzung reduziert. Zudem ist die Zahl der Personen, die eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung ausüben, seit Jahresbeginn stetig gestiegen. Ebenso dürfte die Teilzeitquote bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen weiter zugenommen haben. Allerdings wurde das Instrument der Kurzarbeit im dritten Quartal 2009 bereits in deutlich geringerem Maß in Anspruch genommen.

Im laufenden Jahr nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion nur langsam zu. Daher bleibt der Anpassungsdruck am Arbeitsmarkt. Der Einsatz der geleisteten Stunden dürfte im Jahresverlauf 2010 noch um 0,2 % zurückgehen, wobei sich das Tempo zunächst verlangsamte und die Abwärtsbewegung im Winter zum Stillstand kommt. Wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Rückgang um 0,8 %. Die Zahl der Kurzarbeiter wird trotz der erneut verlängerten Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld zurückgehen und um etwa 900.000 niedriger sein als im Vorjahr

(vgl. Tab. 2). Da aber der Anteil von Teilzeitkräften mit der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors dem langjährigen Trend folgend weiter steigt, erhöht sich die Arbeitszeit pro Arbeitnehmer nur leicht um 0,5 %. Damit liegt ihr Niveau im Verlauf von 2010 leicht über dem langfristigen Trend. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer insgesamt sinkt dabei um 350.000. Sehr deutlich wird dabei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung reduziert, die um rund 360.000 zurückgeht. Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten wird sich der Anstieg hingegen zunächst fortsetzen und erst im Verlauf der zweiten Jahreshälfte zum Stillstand kommen, so dass deren Zahl 2010 um reichlich 40.000 zunimmt. Vor diesem Hintergrund steigt die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2010 um 180.000. Die Zunahme wird dabei von einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in einer Größenordnung von 130.000 gedämpft. Rechnet man die Personen hinzu, die von externen Vermittlern betreut werden, so dürfte die Arbeitslosenzahl um 280.000 steigen.

Da es auch im Jahr 2011 nicht zu einem durchgreifenden Aufschwung kommen dürfte, nimmt die Produktion nur verhalten zu. Das Produktionsniveau bleibt im Vergleich zu der vorangegangenen Boomphase niedrig. Deshalb dürfte sich die Lage am Arbeitsmarkt nur leicht bessern. Das Beschäftigungsniveau erreicht damit nicht das Niveau vor der Krise, im Jahresdurchschnitt ergibt sich Stagnation.

Staatshaushalt: Finanzierungsdefizit nimmt von Jahr zu Jahr zu

Nach einer mehrere Jahre andauernden Konsolidierungsphase sind die öffentlichen Haushalte wieder in große Schwierigkeiten geraten. Hatte sich der Finanzierungssaldo des Staates von 2003 bis 2007 noch von -4,0 % auf +0,2 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts verbessert (2008 belief er sich auf 0,0 %), so wurde bereits für das Jahr 2009 mit knapp 75 Mrd. € wieder ein spürbares Defizit verbucht.

Im Jahr 2010 wird sich die Finanzlage des Staates weiter deutlich verschlechtern. Belastungen gibt es sowohl auf der Einnahmeseite (infolge von Steuersenkungen und infolge konjunkturbedingter Einkommensrückgänge) als auch auf der Ausgabenseite (Anhebung von Transferleistungen, Investitionsausgaben aus den Konjunkturpaketen).

Aufgrund der Wirkung der automatischen Stabilisatoren und der Entlastungsmaßnahmen im Einkommensteuerbereich wird das Steueraufkommen im Jahr 2010 um 3,1 % zurückgehen. Die Steuern vom Umsatz werden voraussichtlich ansteigen und ein Aufkommen von gut 180 Mrd. € (+2 %) erzielen. Die Einnahmen aus

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz

Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)				
	2007	2008	2009	2010
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	56.845	57.583	55.632	55.173
Erwerbstätige Inländer	39.656	40.220	40.171	39.821
Arbeitnehmer	35.220	35.786	35.751	35.376
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26.942	27.510	27.474	27.107
darunter:				
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ¹	210	240	270	355
Marginal Beschäftigte	5.906	5.898	5.933	5.986
darunter:				
Minijobs	4.861	4.866	4.914	4.957
1-Euro-Jobs ²	301	291	279	289
Selbständige	4.436	4.434	4.420	4.445
darunter:				
geförderte Selbständige ³	237	180	146	169
Pendlersaldo	68	59	96	162
Erwerbstätige Inland	39.724	40.279	40.267	39.982
Personen zwischen 15 und 64 Jahren ⁴	54.417	54.267	54.107	54.161
Erwerbstätigenquote ⁵	72,9	74,1	74,2	73,5
Arbeitslose	3.776	3.268	3.426	3.607
Aktive Arbeitsmarktpolitik				
Teilnehmer § 46 SGB III	0	0	128	268
Trainingsmaßnahmen	77	81	38	0
Arbeitslosenquote ⁶	8,7	7,5	7,9	8,3
Arbeitslosenquote BA ⁴	9,0	7,8	8,1	8,6
Erwerbslose ⁵	3.602	3.141	3.235	3.407
Erwerbslosenquote ⁶	8,3	7,2	7,5	7,9
Kurzarbeit	68	102	1.141	226

1) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – 2) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – 3) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – 4) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – 5) Definition der ILO; Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – 6) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2009; 2009 und 2010: Prognosen des ifo Instituts.

Sozialversicherungsbeiträgen werden nur geringfügig steigen. Die Beiträge der Arbeitnehmer werden sogar leicht sinken. Bei in der Summe fast unveränderten Bruttolöhnen und -gehältern resultiert dies aus einem im Jahresdurchschnitt niedrigeren Krankenversicherungsbeitragssatz.

Der Ausgabenanstieg flacht sich 2010 zwar gegenüber 2009 spürbar ab, bleibt aber mit 3,0 % noch recht hoch. Bei den monetären Sozialleistungen ist erstens arbeitsmarktbedingt mit weiteren Zuwächsen zu rechnen, zweitens wirkt die Rentensteigerung vom Juli 2009 noch nach – zur Jahresmitte 2010 wird es dann allerdings zu einer Nullrunde für die Rentner kommen –, drittens sind Leistungsausweitungen geplant, so beim Kindergeld. Andererseits entfällt der 2009 einmalig gewährte Kinderbonus, sodass sich die Zuwachsrate auf reichlich 3 % vermindert. Sie vermindert sich auch bei den sozialen Sachleistungen (auf 3,5 %), zeugt aber von einer anhaltend kräftigen Ausgabendynamik im Gesundheitswesen. Bei den Investitionsausgaben (+13 %) wird der Höhepunkt der die Konjunktur stützenden Maßnahmen erreicht, bei den Arbeitnehmerentgelten hingegen wird der Anstieg nur 1,3 % betragen. Insgesamt werden die staatlichen Ausgaben die Einnahmen insgesamt um 125 Mrd. € oder 5,1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts übertreffen. Das Budget der Sozialversicherung wird wieder nahezu ausgeglichen sein. Das gelingt freilich nur, da

sowohl die gesetzliche Krankenversicherung als auch die Arbeitslosenversicherung Zuschüsse in der Größenordnung von 15 Mrd. € vom Bund erhalten werden.

Im Jahr 2011 werden für den Staat einige Belastungen entfallen (z. B. das Investitionsprogramm im Rahmen der Konjunkturstützungsmaßnahmen und die Übernahme der Arbeitgeberbeiträge für das Kurzarbeitergeld), auch ist ein Anstieg des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 % auf 3,0 % vorgesehen. Unterstellt man aber keine weiteren Beitragssatzanhebungen bei der Sozialversicherung, dann deutet die hier prognostizierte gesamtwirtschaftliche Entwicklung darauf hin, dass das staatliche Budgetdefizit erneut steigt. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte es dann bei 5,5 % liegen. Für die Jahre 2012 und 2013 sind somit außerordentliche Konsolidierungsanstrengungen notwendig, um sowohl die von der EU für das Jahr 2013 geforderte Einhaltung der Defizitregel von 3 % zu erreichen als auch der im Grundgesetz festgelegten Verschuldungsbremse zu genügen.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2009, vgl. K. CARSTENSEN, W. NIERHAUS, O. HÜLSEWIG, K. ABBERGER, T. BUCHEN, C. BREUER, S. ELSTNER, S. HENZEL, N. HRISTOV, M. KLEEMANN, J. MAYR, W. MEISTER, G. PAULA, A. STANGL, K. WOHLRABE und T. WOLLMERSHÄUSER: ifo Konjunkturprognose 2010: Deutsche Wirtschaft ohne Dynamik. In: ifo Schnelldienst, 24/2009; S. 17–64.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Wirtschaft erholt sich langsam von der Rezession

Stefan Arent, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*

Zum Jahresende 2009 scheint die Weltwirtschaft die schwerste Rezession seit dem zweiten Weltkrieg überwunden zu haben. Die Produktion tendiert – angeregt durch umfangreiche staatliche Konjunkturprogramme, eine stark expansiv wirkende Geldpolitik und die vergleichsweise niedrigen Ölpreise – in vielen Ländern wieder nach oben. Der Erholungstrend ist aber immer noch sehr fragil.

In Deutschland hat sich die konjunkturelle Entwicklung – nach einem massiven Produktionseinbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 – ebenfalls stabilisiert. Den ersten vorläufigen Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands im gesamten Jahr 2009 preisbereinigt um 5,0 % unter das Vorjahresniveau gesunken. Für das Jahr 2010 wird vom IFO INSTITUT bei einer weiteren Stabilisierung des außenwirtschaftlichen Umfelds ein BIP-Zuwachs von 1,7 % prognostiziert (vgl. hierzu die Ausführungen von W. NIERHAUS auf den Seiten 4 bis 12 in dieser Ausgabe von ifo Dresden berichtet).

Nachfolgend werden die Ergebnisse der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen vorgestellt, die am 21. Dezember 2009 veröffentlicht wurde. Zunächst wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland (ostdeutsche Bundesländer einschließlich Berlin) betrachtet. Danach wird auf die konjunkturellen Spezifika im FREISTAAT SACHSEN eingegangen. Der Beitrag schließt mit einigen Anmerkungen zur aktuellen Situation und den Zukunftsaussichten auf dem sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

2009: Die Rezession läuft aus

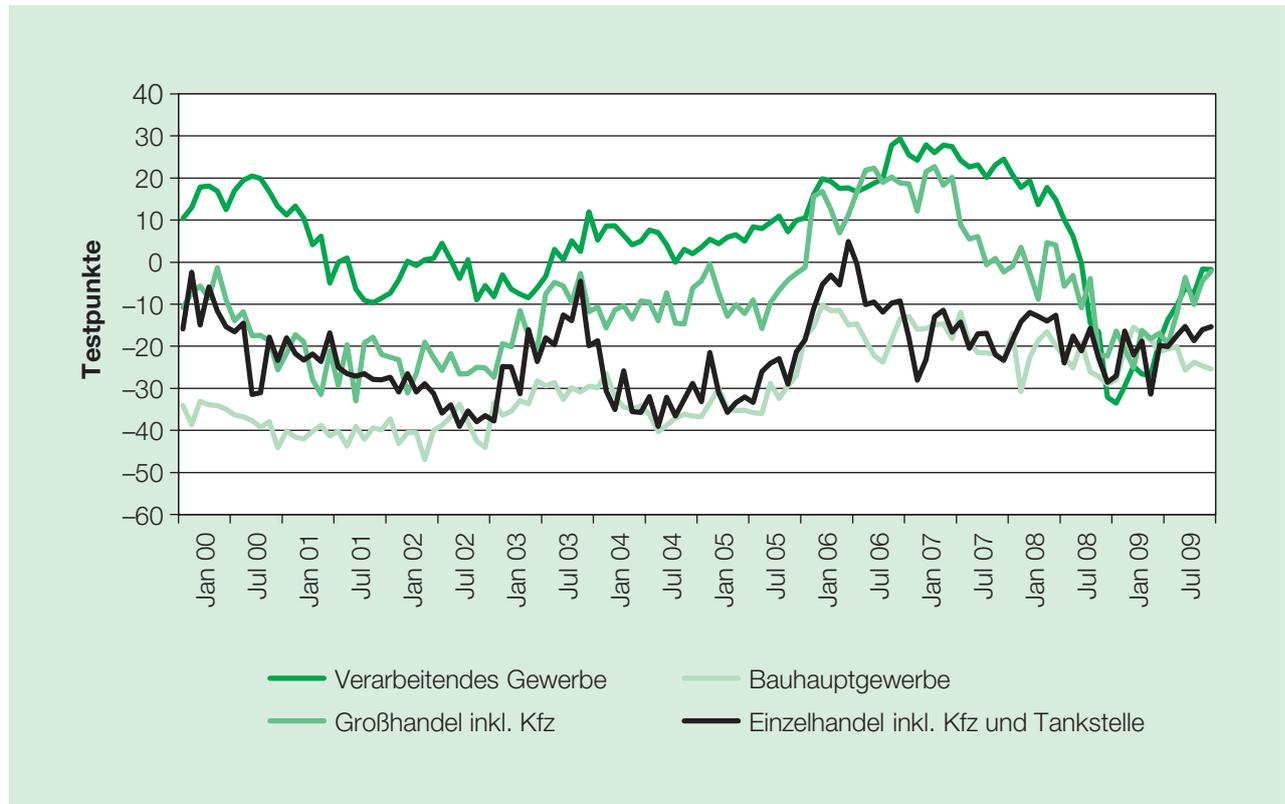
Dem globalen Trend entsprechend, hat sich in Ostdeutschland 2009 die Abwärtstendenz zunächst weiter fortgesetzt. Im ersten Halbjahr reduzierte sich das BIP nach Angaben des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (AK VGR DER LÄNDER) um 4,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Verglichen mit Gesamtdeutschland war dies allerdings ein spürbar geringerer Rückgang der Wirtschaftsleistung. Dazu trugen insbesondere die Bundesländer Berlin, Brandenburg

und Mecklenburg-Vorpommern bei, in denen das verarbeitende Gewerbe einen unterdurchschnittlichen Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung aufweist. Denn auch in Ostdeutschland waren vor allem die Industrie- und die mit ihr verbundenen Dienstleistungsunternehmen besonders von den Folgen der globalen Rezession betroffen. Dies zeigt sich u. a. in einem nach einzelnen Wirtschaftsbereichen differenzierten Blick auf das ifo Geschäftsklima (vgl. Abb. 1): Besonders stark war die Eintrübung im verarbeitenden Gewerbe und im damit verbundenen Großhandel, die allerdings zuvor auch besonders vom 2008 zu Ende gegangenen Konjunkturaufschwung profitiert hatten. In der zweiten Jahreshälfte hingegen führte insbesondere der langsam nachlassende Pessimismus der befragten Unternehmen in Bezug auf die zukünftige Wirtschaftsentwicklung dazu, dass sich das Geschäftsklima in diesen Bereichen wieder aufhellte.

Der Umsatz der Betriebe des *verarbeitenden Gewerbes* verringerte sich in den ersten drei Quartalen 2009 im ostdeutschen Durchschnitt um 15,5 %¹. Dabei reduzierte sich die Nachfrage aus dem Ausland stärker als die inländische. Dass der Rückgang etwa 6 Prozentpunkte weniger als im gesamtdeutschen Mittel betrug, ist zum einen auf Unterschiede in der Produktionsstruktur und der Betroffenheit der einzelnen Hauptgruppen von der Wirtschaftskrise zurückzuführen: Die Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten mussten besonders hohe Einbußen verkraften, während der Erlös der Hersteller von Verbrauchsgütern das Vorjahresergebnis nur knapp verfehlte. Investitionsgüterproduzenten erzielten im Osten im Vergleich zu Gesamtdeutschland jedoch einen deutlich geringeren Anteil am Industrieumsatz (2008: Ostdeutschland knapp 29 % versus Deutschland etwa 42 %), für Verbrauchsgüter ist das Verhältnis hingegen umgekehrt (2008: Ostdeutschland rund 26 % versus Deutschland etwa 16 %). Zum anderen stellen die niedrigeren Lohnstückkosten der ostdeutschen Industrie einen Wettbewerbsvorteil dar. Sie betragen 2008 etwa 88 % des Durchschnitts in Westdeutschland. Allerdings wirkte sich auch die ungewöhnlich stabile Entwicklung

* Stefan Arent und Beate Schirwitz sind Doktoranden, Dr. Gerit Vogt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Geschäftsklima in den einzelnen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte)



Quelle: ifo Konjunkturtest.

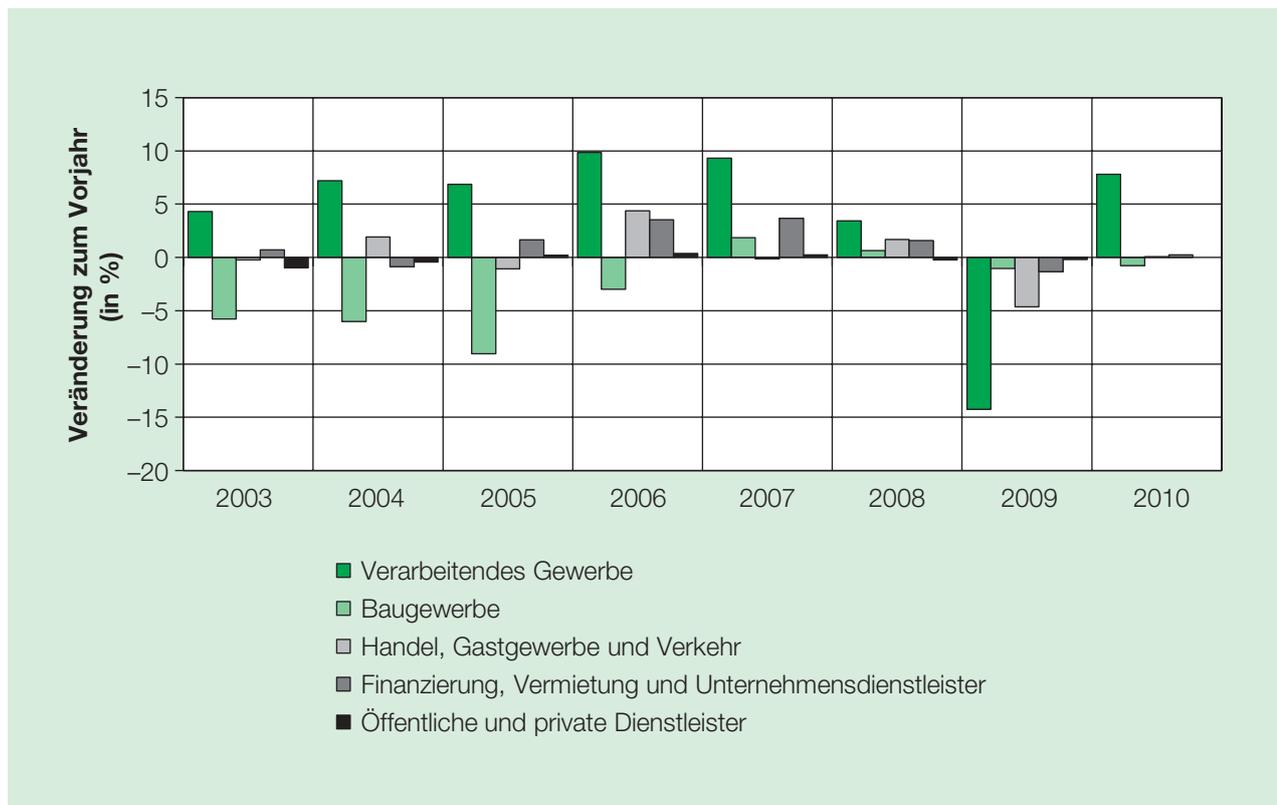
des Berliner verarbeitenden Gewerbes (Umsatzentwicklung von Januar bis September $-3,9\%$) positiv auf das ostdeutsche Mittel aus. Es ist davon auszugehen, dass sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum in den Herbst- und Wintermonaten spürbar verlangsamt hat. Darauf deuten die erwähnten globalen Erholungstendenzen hin sowie der Umstand, dass der Nachfrageeinbruch der Industrie im vierten Quartal 2008 seinen Ausgang nahm. Insgesamt dürfte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2009 um $14,3\%$ reduziert haben (vgl. Abb. 2).

Im Bauhauptgewerbe Ostdeutschlands musste im Vorjahr insbesondere der Wohnungsbau hohe Umsatzverluste verzeichnen (Januar bis September $-13,1\%$). Angesichts der nach der Wiedervereinigung in großem Umfang getätigten Investitionen in diesem Bereich und einer anhaltenden Bevölkerungsschrumpfung dürfte sich hier die Lage in nächster Zukunft kaum nachhaltig verbessern. Darauf deutet auch die Entwicklung des Auftragseingangs hin, der sich in ähnlichem Umfang verringert hat. Vergleichsweise moderat verlief in den ersten drei Quartalen die Erlösentwicklung im Wirtschaftsbau

($-4,2\%$). Allerdings verschlechterte sich aufgrund der anhaltend unterausgelasteten Produktionskapazitäten in der Industrie und deren Ausstrahleffekte die Nachfrage nach Leistungen aus dieser Branche in diesem Zeitraum deutlich ($-11,5\%$). Von den staatlichen Konjunkturpaketen dürften hingegen zunehmend Impulse für den öffentlichen Bau ausgehen und hier zu einer etwas dynamischeren Entwicklung führen. Im Ausbaugewerbe konnten in den ersten neun Monaten des Vorjahres die Unternehmen in Berlin und in Sachsen ihre Erlöse deutlich steigern. Bei leicht rückläufigen Ergebnissen in den übrigen Bundesländern ergab sich im ostdeutschen Durchschnitt eine Umsatzsteigerung von $5,3\%$. Die Bruttowertschöpfung im gesamten *Baugewerbe* dürfte damit 2010 insgesamt vergleichsweise moderat um $1,0\%$ geschrumpft sein.

Die Entwicklung im Bereich *Handel, Gastgewerbe und Verkehr* wird sowohl von der gewerblichen als auch der privaten Nachfrage nach diesen Dienstleistungen 2009 negativ beeinflusst. So reduzierte sich im Großhandel – der größtenteils als Produktionsverbindungsdienstleister agiert – von Januar bis September der Umsatz im ostdeutschen Schnitt um gut 16% . Auch die Unternehmen im Verkehrsgewerbe und der Nachrichtenübermittlung

Abbildung 2: Veränderungen der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (2009), 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

dürften angesichts deutlich reduzierter Liefervolumen Erlösrückgänge verzeichnet haben. Ein rückläufiger Bedarf an Dienstreisen, Geschäftsessen und sonstigen betrieblichen Verpflegungsdienstleistungen spiegelt sich zudem zum Teil im Umsatzminus des Gastgewerbes wider, das in den ersten drei Quartalen in Ostdeutschland gut 3% betrug. Die Bedingungen für den privaten Konsum waren 2009 hingegen durch nur langsam steigende Arbeitslosigkeit und bereits vor der Krise vereinbarte Lohn- und Rentensteigerungen grundsätzlich als verhältnismäßig vorteilhaft einzuschätzen. Ein Großteil der tatsächlich realisierten Ausgaben dürfte allerdings dank der Umweltprämie in den Kauf neuer Fahrzeuge geflossen sein. Der Erlös des Kfz-Handels erhöhte sich in den ersten neun Monaten 2009 in Ostdeutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um gut 3%. In der zweiten konsumnahen Handelssparte – dem Einzelhandel – war die Umsatzentwicklung in diesem Zeitraum hingegen negativ (-2,1%). Auch die erhöhte Unsicherheit über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung wird eine dämpfende Wirkung auf den Konsum gehabt haben. Somit dürfte der Gesamtbereich 2009 von negativen Impulsen dominiert worden sein. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung hat sich daher voraussichtlich um 4,6% reduziert.

Die unternehmensnahen Dienstleistungen – unter ihnen auch die Unternehmen im Sektor Arbeitnehmerüberlassung – trugen in den vergangenen Jahren besonders zur wirtschaftlichen Aufschwung in den ostdeutschen Ländern bei. Im Jahr 2009 hingegen machte sich die reduzierte Nachfrage aus der Industrie deutlich bemerkbar. Rückgänge bei den Unternehmensinvestitionen sowie die verstärkten Unsicherheiten durch die Finanzkrise dürften ebenfalls die Geschäftstätigkeit der Firmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes beeinträchtigt haben. Es ist davon auszugehen, dass die Summe der Bruttowertschöpfung in der *Finanzierung, Vermietung und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen* 2009 in Ostdeutschland um 1,3% unter dem Ergebnis des Vorjahres lag.

Besondere positive Einflüsse dürften 2009 auch bei den *öffentlichen und privaten Dienstleistern* gefehlt haben. Zwar hängt deren Entwicklung deutlich weniger vom verarbeitenden Gewerbe ab und die Arbeitsmarktentwicklung fiel zunächst besser aus als erwartet. Jedoch dürfte im Bereich *private Dienstleistungen* die Nachfrageumlenkung zugunsten von Pkw-Käufen und die erhöhte Verunsicherung der Konsumenten Nachfrage entzogen haben. Auch hier macht sich zudem die

rückläufige Einwohnerzahl in den ostdeutschen Flächenländern bemerkbar. Angesichts anhaltender Sparzwänge bleibt außerdem in der öffentlichen Verwaltung die Entwicklungstendenz negativ. Insgesamt ist für 2009 davon auszugehen, dass die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich um 0,2 % geschrumpft ist.

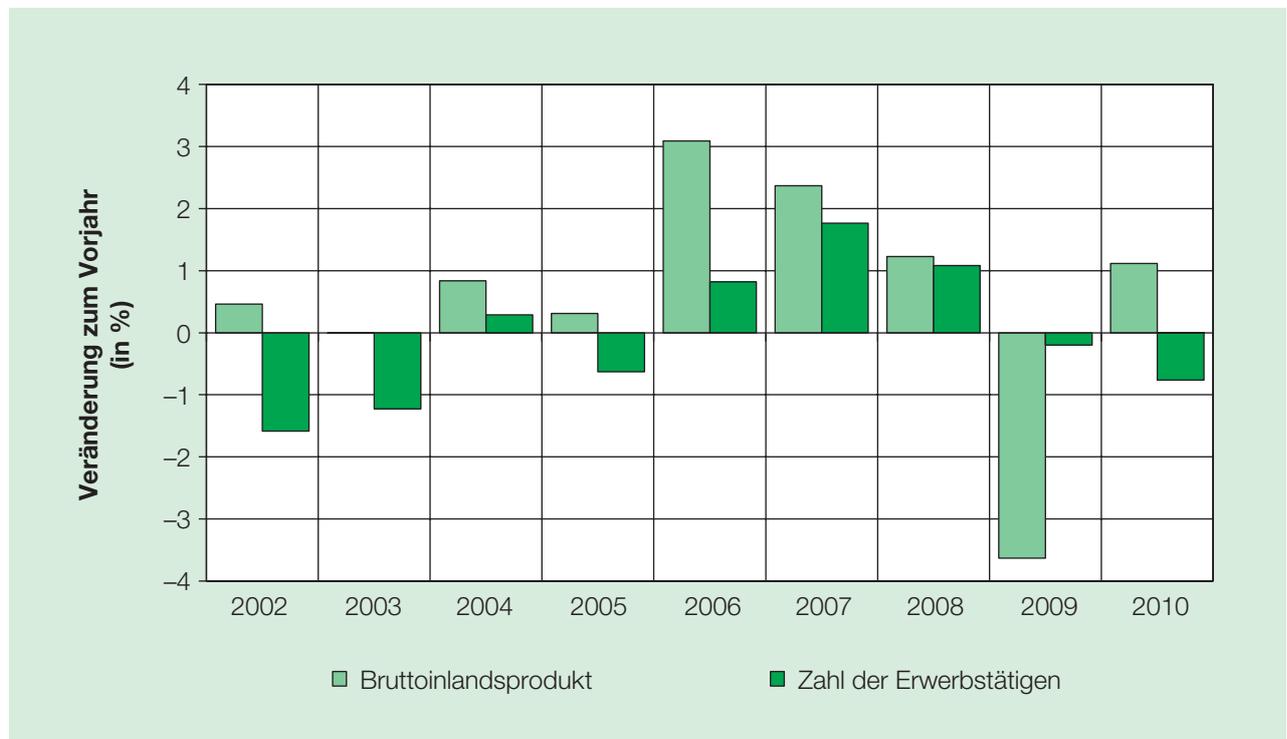
Infolge negativer Wachstumsbeiträge in allen Wirtschaftsbereichen bleibt auch die Summe der preisbereinigten Bruttowertschöpfung 2009 in Ostdeutschland hinter ihrem Vorjahreswert zurück (-4,0%). Unter Berücksichtigung der unterstellten Entwicklung von Gütersteuern und Gütersubventionen ergibt sich damit für das *Bruttoinlandsprodukt* eine Schrumpfung um 3,6 % (vgl. Abb. 3). Auch wenn die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der großflächigen Inanspruchnahme von Kurzarbeit und einem Abbau von Zeitkonten im Gesamtjahr deutlich positiver verlaufen ist als ursprünglich erwartet, kam es insgesamt zu einem Rückgang der *Zahl der Erwerbstätigen*, der im Jahresdurchschnitt 0,2 % betrug.

2010: Schwache Erholung

Trotz der angelaufenen Erholung bleiben die konjunkturellen Impulse im Jahr 2010 noch schwach. Der Außen-

handel dürfte wieder positive Effekte liefern, ohne jedoch an das Vorrezessions-Niveau anknüpfen zu können. Erwartete Investitionssteigerungen werden angesichts fortbestehender Überkapazitäten zu einem Großteil aus Ersatzbedarf und öffentlichen Baumaßnahmen generiert. Zudem greift die Krise nach dem allmählichen Auslaufen der Kurzarbeit zunehmend auf den Arbeitsmarkt über und dämpft die privaten Konsumausgaben. Ein stabiler Aufschwung wird daher im Jahr 2010 noch nicht erreicht werden. Im Jahresdurchschnitt wird die Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland voraussichtlich um 1,3% zunehmen. Das *verarbeitende Gewerbe* dürfte nach dem scharfen Einbruch 2009 mit 7,8% wieder spürbar wachsen, auch wenn angesichts einer niedrigeren Exportquote der Einfluss einer sich stabilisierenden Weltwirtschaft geringer ausfallen wird als im deutschen Schnitt. Auch im *Baugewerbe* werden die Sondereffekte aus den öffentlichen Konjunkturpaketen unterdurchschnittlich ausfallen. Zudem entwickelt sich bei einer weiter abnehmenden Bevölkerungszahl der Wohnungsbau schwächer als in Westdeutschland. Die Bruttowertschöpfung wird voraussichtlich mit einer Veränderungsrate von -0,8% auch 2010 rückläufig sein. Im Bereich *Handel, Gastgewerbe und Verkehr* generiert die vorsichtige industrielle Erholung positive Effekte. Diesen steht allerdings ein erwarteter

Abbildung 3: Veränderungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



Quellen: AK VGR der Länder (2009), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes und der Länder (2009), 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Rückgang in der Nachfrage der privaten Haushalte gegenüber. Hierzu dürften auch die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und Einkommensentwicklung sowie die in das aktuelle Jahr vorgezogenen Käufe von Pkw beitragen. Insgesamt ist daher lediglich mit einem leichten Anstieg der Bruttowertschöpfung um 0,1 % zu rechnen. Die Wirtschaftsleistung in der *Finanzierung*, *Vermietung* und bei den *Unternehmensdienstleistungen* dürfte 2010 ihr Vorjahresniveau leicht um 0,2 % übertreffen. Von den *öffentlichen und privaten Dienstleistern* sind im kommenden Jahr bei stagnierender Wertschöpfung hingegen keine Impulse zu erwarten. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland – gemessen am *Bruttoinlandsprodukt* – um 1,1 % zunehmen. Neben den bereits genannten Gründen fällt dieser Wert auch deswegen schwächer aus als in Deutschland insgesamt, weil der statistische Überhang in den ostdeutschen Ländern weniger groß ist. Der Abbau der *Erwerbstätigkeit* wird sich 2010 weiter fortsetzen und dann voraussichtlich 0,8 % betragen.

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Stärkerer Konjunkturinbruch 2009...

In Sachsen dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten ebenfalls gefestigt haben. Im ersten Halbjahr 2009 war das sächsische Bruttoinlandsprodukt nach Angaben der amtlichen Statistik noch um 5,7 % zurückgegangen. Für das gesamte Jahr wird vom IFO INSTITUT ein Rückgang von 4,0 % prognostiziert (vgl. Abb. 4). Die Schrumpfung dürfte damit etwas stärker ausgefallen sein als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer.

Verantwortlich für den massiven Produktionsrückgang war in erster Linie die Schwäche des *verarbeitenden Gewerbes*, welches in Sachsen vergleichsweise stark auf die Herstellung von Investitionsgütern spezialisiert ist und eine relativ hohe Exportorientierung aufweist (vgl. KRENZ, SCHIRWITZ und VOGT (2009), S. 14). Der Umsatz der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe ist dementsprechend in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 in Sachsen stärker zurückgegangen (-19,2 %) als in Ostdeutschland insgesamt. Mit der jüngsten Belebung der Exportnachfrage hat sich die Situation allerdings wieder umgekehrt. Die sächsische Industrie dürfte derzeit im größeren Umfang von der Erholung der Weltwirtschaft profitieren als die Industrie in den übrigen ostdeutschen Ländern. Über das gesamte Jahr 2009 betrachtet, dürfte die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens daher in einer ähnlichen Größenordnung geschrumpft sein, wie es auch für Ostdeutschland

insgesamt prognostiziert wird (vgl. Abb. 5 und Tab. 1). Der höhere Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten *Bruttowertschöpfung* (Sachsen 21,0 %, Ostdeutschland 18,0 % auf Basis von Angaben für 2008 in jeweiligen Preisen) führt allerdings dazu, dass der negative Wachstumsbeitrag dieses Wirtschaftsbereichs in Sachsen größer ausfällt.

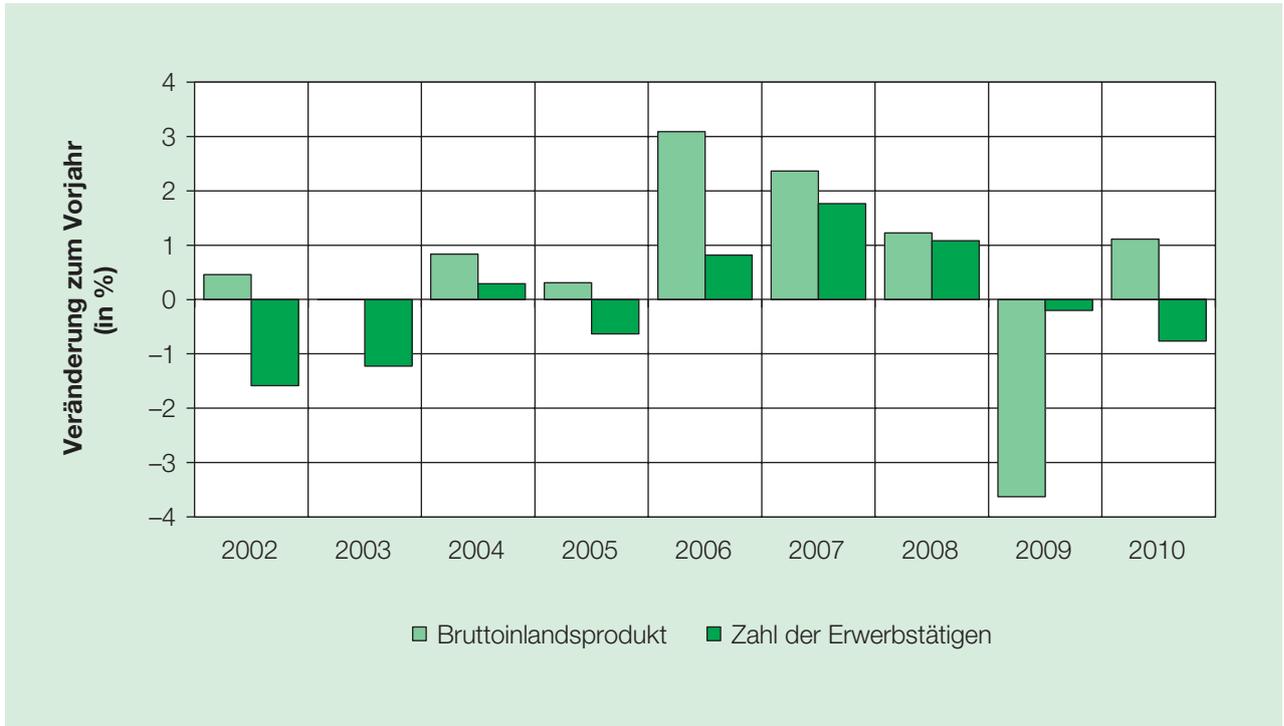
Auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen dürfte die Bruttowertschöpfungsentwicklung im Großen und Ganzen sehr ähnlich wie in Ostdeutschland ausgefallen sein. Eine Ausnahme ist im *Baugewerbe* zu sehen: Hier lassen die für die ersten drei Quartale vorliegenden amtlichen Daten zum Umsatz im Ausbaugewerbe (+8,9 %) erkennen, dass die Entwicklung in Sachsen günstiger verlaufen ist, wenngleich der Erlösrückgang im Bauhauptgewerbe etwas stärker ausfiel als im ostdeutschen Mittel. Die Zahl der *Erwerbstätigen* ist der Prognose zufolge im Jahr 2009 um 0,8 % unter das Vorjahresniveau gesunken. Neben der schwachen Konjunktorentwicklung spielte hierbei auch ein weiterer Rückgang der Erwerbspersonenzahl eine Rolle.

...lässt für 2010 einen höheren BIP-Zuwachs erwarten

Für das Jahr 2010 wird für den FREISTAAT SACHSEN ein Anstieg des *Bruttoinlandsprodukts* von 1,5 % prognostiziert. Die Zuwachsrate wird damit voraussichtlich stärker sein als in Ostdeutschland insgesamt, was jedoch in erster Linie auf einen höheren statistischen Überhang zurückzuführen ist. So ist davon auszugehen, dass das sächsische Bruttoinlandsprodukt – nach einem sehr schwachen ersten Halbjahr 2009 – im vierten Quartal deutlich über dem Jahresdurchschnitt lag und sich daher selbst bei einer stagnierenden Wirtschaftsaktivität 2010 eine positive Wachstumsrate ergäbe, die über dem entsprechenden Überhangswert für Ostdeutschland liegen würde.

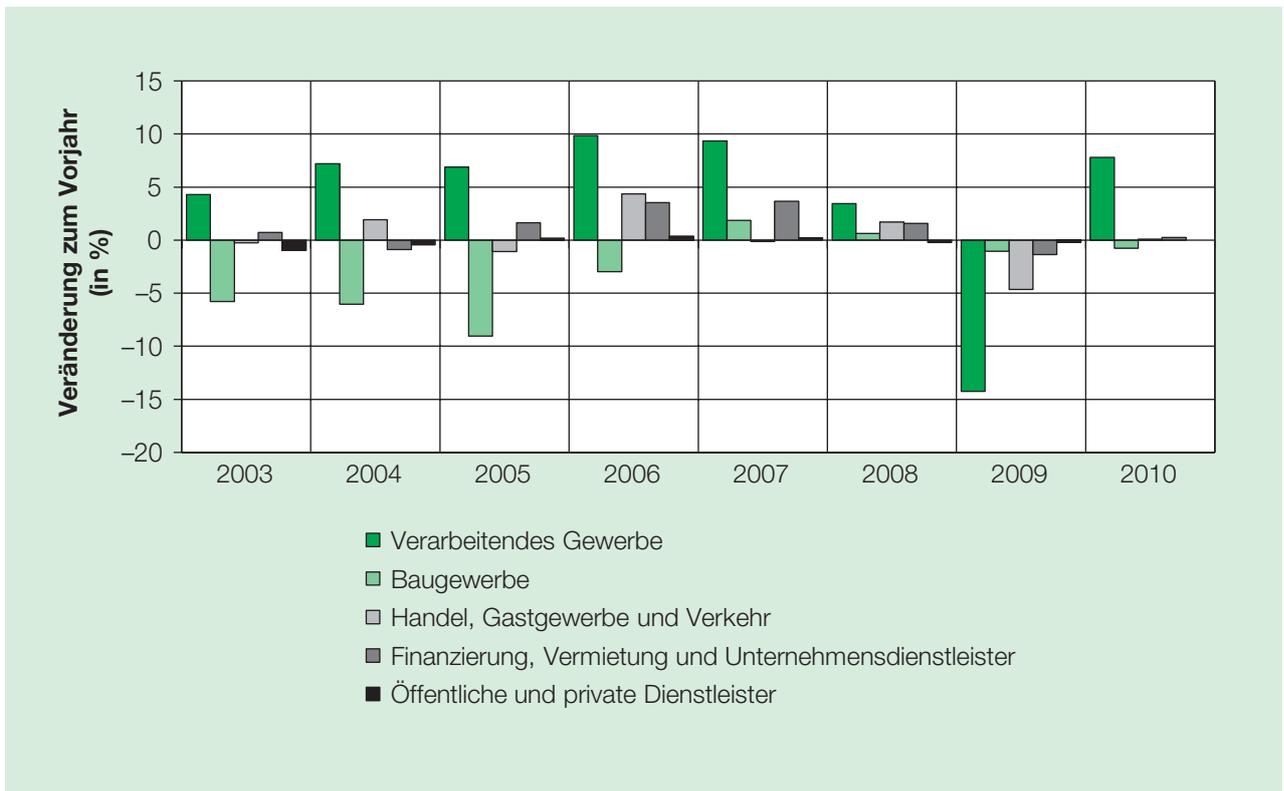
Im *verarbeitenden Gewerbe* Sachsens ist – begünstigt durch eine weitere Zunahme der Exportnachfrage – mit einer etwas dynamischeren Bruttowertschöpfungsentwicklung zu rechnen, im Bereich der *öffentlichen und privaten Dienstleistungen* dürfte es hingegen infolge eines weiteren Personalabbaus in der öffentlichen Verwaltung zu einer schwächeren Entwicklung kommen. In den übrigen Wirtschaftsbereichen wird die Bruttowertschöpfungsentwicklung voraussichtlich ähnlich wie im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer verlaufen. Die Zahl der *Erwerbstätigen* wird der Prognose zufolge um 1,0 % zurückgehen.

Abbildung 4: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2009), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2009), 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2009), 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt	1,2	-3,6	1,1	0,9	-4,0	1,5
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	1,3	-4,0	1,3	1,0	-4,5	1,7
Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes	3,4	-14,3	7,8	2,7	-14,6	8,8
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	0,6	-1,0	-0,8	0,7	0,5	-0,3
Bruttowertschöpfung Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,7	-4,0	0,1	1,6	-5,0	0,0
Bruttowertschöpfung Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,6	-1,3	0,2	1,3	-1,4	0,2
Bruttowertschöpfung öffentliche und private Dienstleister	-0,2	-0,2	0,0	-0,5	-0,5	-0,3
Zahl der Erwerbstätigen	1,1	-0,2	-0,8	0,7	-0,8	-1,0

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2009), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2009), 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland

Verzögert erreicht die Krise den Arbeitsmarkt

Bis zur Eskalation der Finanzkrise im Herbst 2008, welche sich bis Anfang 2009 zu einer handfesten realwirtschaftlichen Rezession ausweitete, konnten im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in Sachsen und Ostdeutschland viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Höhepunkt wurde dabei im dritten Quartal 2008 mit 1,4 Mill. *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* in Sachsen bzw. 5,3 Mio. in Ostdeutschland erreicht (vgl. Tab. 2). Die größten Zuwachsraten im Jahresvergleich waren zuvor im Verlauf von 2007 realisiert worden. Damals wurden Zuwächse von über 4 % in Sachsen und über 3,5 % in Ostdeutschland erzielt. Die Steigerungsraten lagen damit im Osten deutlich über dem westdeutschen Niveau, wo jedoch das Wachstum gleichförmiger verlief. Ein etwas anderes Bild zeigte sich für den Verlauf des Jahres 2008, hier fielen die Zuwächse im Jahresmittel in Ostdeutschland (+1,8 %) und Sachsen (+1,6 %) wieder hinter das westdeutsche Ergebnis (+2,1 %) zurück. Für das Krisenjahr 2009 rechnet das ifo INSTITUT in der aktuellen Prognose auf Grund des enormen konjunkturellen Einbruchs zum Winterhalbjahr 2008/2009 mit

einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) um rund 12.000 Personen. Gestützt werden kann dieses Ergebnis auch mit den aktuellsten Zahlen der BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. So fielen die Zuwachsraten im 1. Quartal 2009 auf nahezu Null. In Sachsen war sogar ein Abbau an Arbeitsplätzen zu beobachten (-0,5 %). Es ist zu erwarten, dass nach sechsmonatiger Wartezeit im Jahresdurchschnitt 2009 sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ein Rückgang zu verzeichnen sein wird. Für das Jahr 2010 rechnet das ifo INSTITUT mit einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um 1 % in Sachsen und 0,8 % in Ostdeutschland. Für Gesamtdeutschland wird mit einem Rückgang von 0,7 % oder fast 300.000 Erwerbstätigen gerechnet. Gegenüber der letzten Prognose fallen die erwarteten Schrumpfungsraten sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland etwas moderater aus, jedoch musste die Annahme einer geringeren Betroffenheit des ostdeutschen und des sächsischen Arbeitsmarktes aufgrund einer geringeren Exportintensität verworfen werden. Es zeigen sich sowohl bei den bereits realisierten amtlichen Zahlen als auch bei der Prognose etwas schlechtere Werte im Osten. Diese sind neben der Wirtschaftskrise zum Teil dem demographischen Wandel und dem damit verbundenen Rückgang der Erwerbspersonenzahl geschuldet. Die zu erwartende Konsolidierung

in der Automobilindustrie stellt insbesondere für Sachsen, als Produktionsstandort mehrerer großer Hersteller, eine zusätzliche Herausforderung dar. Es ist zu befürchten, dass in diesem Sektor in den kommenden Jahren Arbeitsplätze in größerem Umfang abgebaut werden und Sachsen von allen ostdeutschen Bundesländern am stärksten hiervon betroffen sein wird.

Aus den amtlichen Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung lassen sich deutliche Unterschiede in der Betroffenheit einzelner Wirtschaftszweige erkennen. Die ersten Angaben – die von der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT bereits nach zweimonatiger Wartezeit veröffentlicht werden, im Vergleich zu den Angaben nach sechsmonatiger Wartezeit aber ein höheres Maß an Unsicherheit aufweisen – erlauben gegenwärtig eine Analyse bis zum dritten Quartal 2009 (vgl. Abb. 6). Es zeigt sich, dass besonders export- und konjunkturabhängige Sektoren starke Rückgänge in Ostdeutschland und Sachsen verzeichnen. Die Änderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Sachsen und Ostdeutschland im dritten Quartal 2009 ist im Wesentlichen auf die vier wichtigsten Wirtschaftszweige (*verarbeitendes Gewerbe, Wirtschaftliche Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen sowie Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz*), welche zusammen ca. 60 % der Beschäftigten halten, zurückzuführen. Jedoch

verzeichnen die beiden größten Sektoren im Jahresvergleich einen teilweise deutlichen Abbau von Arbeitsplätzen. So nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe in Sachsen im dritten Quartal 2009 im Jahresvergleich um 4,2 % ab, für Ostdeutschland schlägt ein Minus von 3,3 % zu Buche. Auch bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen ist eine Schrumpfung um 1,6 % bzw. 1,0 % zu verzeichnen. Stark negativ hat sich auch der Sektor *Information und Kommunikation* entwickelt. Speziell in Sachsen ist ein deutlicher Abbau im Bereich *Erziehung und Unterricht* zu beobachten. Einzig das *Gesundheits- und Sozialwesen* zeigt im Jahresvergleich in Sachsen (+5,2 %) und Ostdeutschland (+7,8 %) deutlich positive Werte. Prozentual am drastischsten fiel der Abbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei der Arbeitnehmerüberlassung, d.h. der Zeitarbeit, aus. Für das dritte Quartal betrug der Rückgang in Ostdeutschland 17,9 % und in Sachsen 14,8 %. Dies ist ein starkes Indiz dafür, dass die Unternehmen immer noch Kapazitäten abbauen. Im Aggregat nahm die Zahl der Beschäftigten in Ostdeutschland um 3.589 und in Sachsen um 10.286 ab. Im Rahmen seiner Konjunkturprognose rechnet das IFO INSTITUT im Jahresdurchschnitt 2010 mit einem Rückgang der Beschäftigung in Gesamtdeutschland um rund 350.000 Personen.

Tabelle 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach 6-monatiger Wartezeit in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (2007–2009)

	Sachsen		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal
2007						
1. Quartal	1.348,9	4,1 %	21.569,1	2,3 %	5.034,3	3,5 %
2. Quartal	1.373,3	2,3 %	21.737,2	1,9 %	5.117,3	2,1 %
3. Quartal	1.403,2	2,1 %	22.198,8	2,1 %	5.228,0	2,1 %
4. Quartal	1.386,7	1,8 %	22.062,3	2,3 %	5.161,8	1,8 %
2008						
1. Quartal	1.377,3	2,1 %	22.091,4	2,4 %	5.133,3	2,0 %
2. Quartal	1.398,8	1,9 %	22.238,8	2,3 %	5.218,9	2,0 %
3. Quartal	1.422,2	1,4 %	22.678,8	2,2 %	5.316,8	1,7 %
4. Quartal	1.399,2	0,9 %	22.400,3	1,5 %	5.232,0	1,4 %
2009						
1. Quartal	1.370,8	-0,5 %	22.183,4	0,4 %	5.154,0	0,4 %

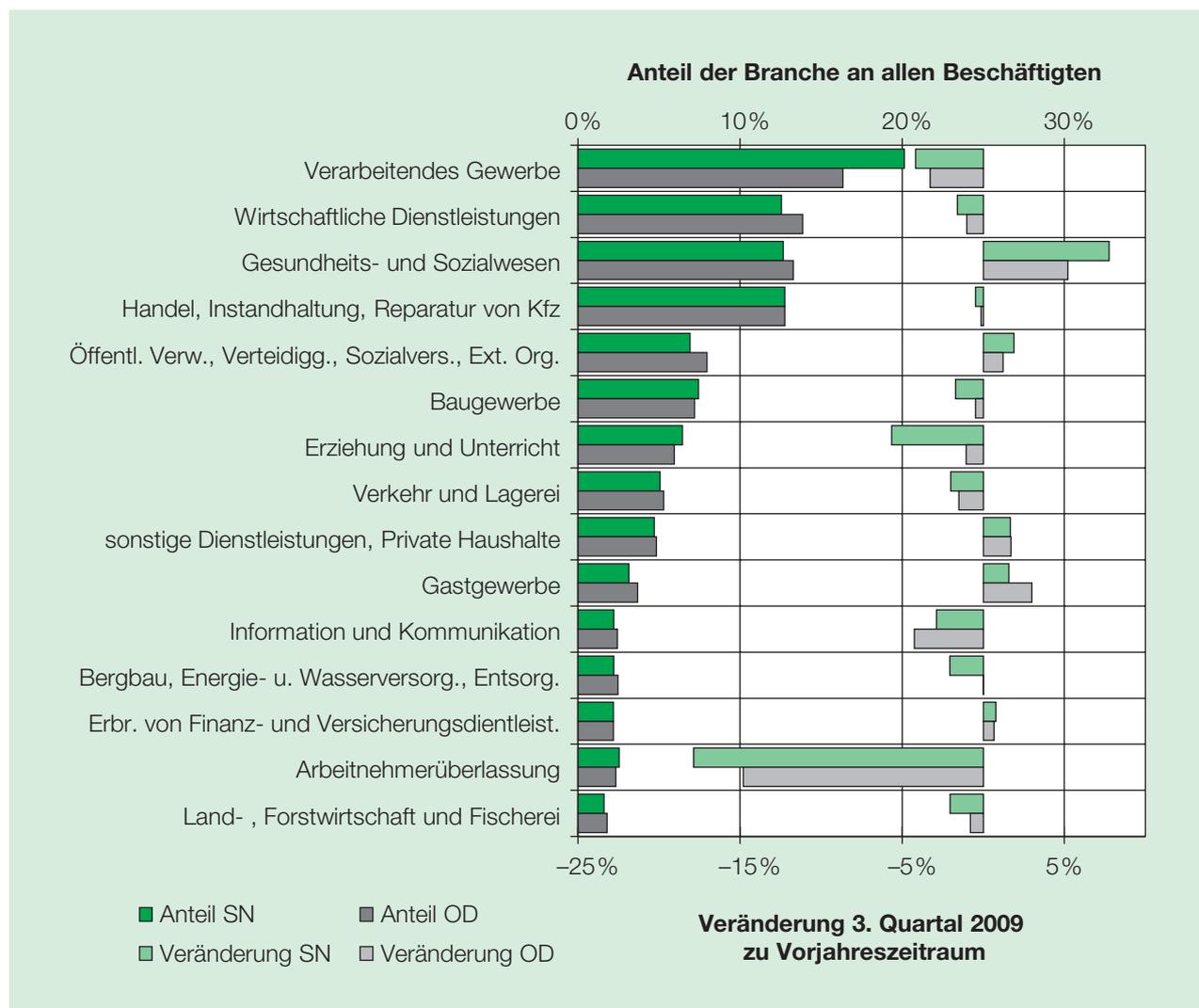
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Von diesem Arbeitsplatzabbau werden weiterhin vor allem exportorientierte Branchen, allen voran das verarbeitende Gewerbe, betroffen sein. Weniger stark wird der Rückgang Wirtschaftszweige beeinträchtigen, welche die Binnennachfrage bedienen. Auch das Baugewerbe wird eher weniger von der Rezession getroffen werden, da hier einige Maßnahmen der Konjunkturpakete erst 2010 ihre volle Wirkung entfalten werden. Für Sachsen ist zu erwarten, dass der Rückgang im Vergleich zu Ostdeutschland etwas größer ausfällt, da hier mehr exportorientierte Unternehmen ansässig sind. In Ostdeutschland kommt krisenverstärkend hinzu, dass der alterungs- und abwanderungsbedingte Rückgang des Arbeitskräfteangebotes erneut Auswirkungen zeigt. Hierdurch sinkt die Beschäftigung geringfügig stärker als in West- bzw. Gesamtdeutschland.

Arbeitslosigkeit wird 2010 ansteigen

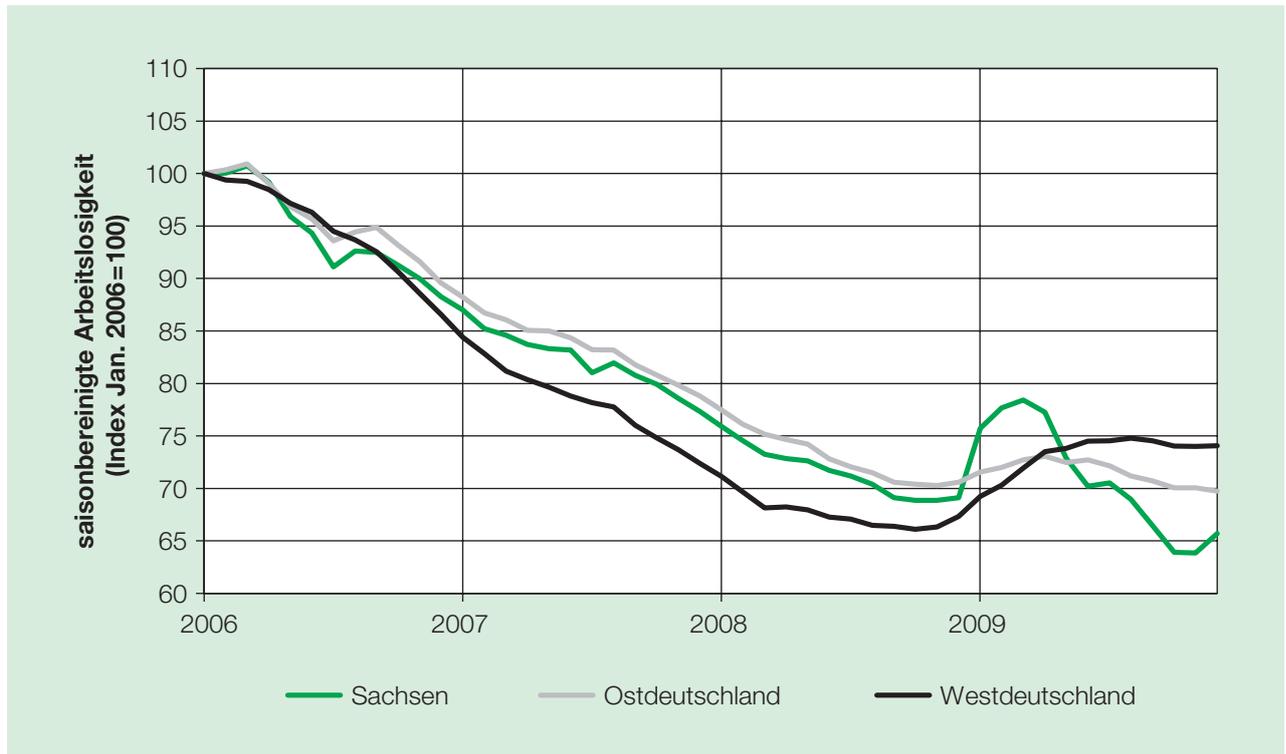
Der Rückgang bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wirkt sich natürlich negativ auf die Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Sachsen und Ostdeutschland aus. Seit 2005 konnte im Jahresvergleich eine kontinuierliche Absenkung der Arbeitslosenquote beobachtet werden. Dieser positive Trend fand ein jähes Ende mit Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Ende 2008. So stagnierte die Arbeitslosenquote in Sachsen im Dezember 2009 auf Vorjahresniveau (12,0%). In Ostdeutschland konnte nur noch eine marginale Verbesserung auf 12,1% festgestellt werden. Im Vergleich zu November stiegen beide Quoten an. Im Zuge des letzten wirtschaftlichen Aufschwungs konnte die Arbeitslosigkeit in Sachsen und Ostdeutschland bis auf etwa

Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 7: Arbeitslosigkeit in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (Januar 2006 = 100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

70% des Niveaus von 2006 gesenkt werden (vgl. Abb. 7). Seit Beginn der Krise konnte die Arbeitslosigkeit nicht mehr signifikant reduziert werden. In Sachsen war Anfang 2009 ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen, der im Jahresverlauf wieder abgebaut werden konnte. Zu Jahresende deutet aber auch hier der Trend wieder auf steigende Arbeitslosigkeit hin. Die starken Schwankungen in Sachsen sind zum Teil mit einer intensiveren Nutzung der Zeit- und Leiharbeit im Vergleich zu Ostdeutschland zu erklären.

Die momentane Stagnation in der Arbeitslosigkeit wird sich im Verlauf des Jahres 2010 zu einem deutlichen Anstieg entwickeln. Nachdem bereits vor allem Leiharbeiter entlassen wurden und die Kurzarbeit als Puffer nicht dauerhaft genutzt werden kann, ist zu erwarten, dass die Unternehmen 2010 massiv Kapazitäten und damit Arbeitsplätze abbauen. Dies wird einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit induzieren. Im Verlauf des Jahres 2010 wird die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote nach Prognose des ifo INSTITUTS von derzeit 7,8% auf 8,3% steigen (vgl. W. NIERHAUS S. 7 in diesem Heft). Auf einem solchen Niveau wird sie voraussichtlich bis 2011 verharren.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2009): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2008, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2009, erschienen im Oktober 2009.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2009): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-Regionen Deutschlands 1991 bis 2008, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2008/Februar 2009, erschienen im März 2009.
- KRENZ, S.; SCHIRWITZ, B. und VOGT, G. (2009): Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Anhaltende Rezession. In: ifo Dresden berichtet 4/2009; S. 12–21.

¹ Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich die in diesem Beitrag dargestellten Wachstumsraten auf Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Veränderungsdaten des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung basieren auf Angaben in Preisen des Vorjahres. Die Umsatzwachstumsraten beziehen sich hingegen auf Angaben in jeweiligen Preisen.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2009

Wolfgang Nierhaus*

Methodik

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu geben. Mit der Bereitstellung gesamtdeutscher VGR-Daten ist das STATISTISCHE BUNDESAMT betraut; regionalisierte Ergebnisse werden vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (AK VGR DER LÄNDER) veröffentlicht. Anders als in den nationalen VGR werden allerdings auf regionaler Ebene keine vierteljährlichen Daten bereitgestellt; unterjährige Ergebnisse gibt es lediglich für das jeweils erste Halbjahr. Das IFO INSTITUT hat deshalb 2007 einen Ansatz vorgestellt, mit dessen Hilfe diese Datenlücke geschlossen werden kann [vgl. NIERHAUS (2007) und NIERHAUS (2008)]. Mittels höherfrequenter länderspezifischer Indikatoren wird regressionsanalytisch ein vierteljährlicher Datensatz ermittelt, der mit den Jahresergebnissen des AK VGR DER LÄNDER konsistent ist. Das Verfahren baut auf der Hypothese auf, dass die Indikatoren die vierteljährliche Entwicklung der Jahreswerte annähernd zutreffend beschreiben.

Die hier präsentierte eigenständige Vierteljahresrechnung für Sachsen erfolgt in Verantwortung des IFO INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen jährlichen Länderdaten für Sachsen, die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER ermittelt werden (Rechenstand: Februar 2009). Zudem werden aktuelle konjunkturstatistische Informationen genutzt, die durch das STATISTISCHE LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN bereitgestellt werden [vgl. BORMANN; SPEICH (2008)]. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der NIEDERLASSUNG DRESDEN DES IFO INSTITUTS. Für Wirtschaftsbereiche, für die landesspezifische Basisdaten fehlen, werden vierteljährliche Indikatoren aus den nationalen VGR approximativ herangezogen.

Der Fokus der Quantifizierung liegt auf der Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts in der WZ-Tiefe A6, d. h. es werden preisbereinigte Vierteljahreswerte für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS) in den sechs großen Wirtschaftsbereichen Sachsens ermittelt. Das vierteljährliche BIP ergibt sich aus der BWS nach Wirtschaftsbereichen unter Hinzurechnung der Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen). Der Schätzzeitraum umfasst derzeit die Jahre 1996 bis 2008; von einer Disaggregation

der Jahre 1991 bis 1995 wurde aufgrund der tendenziell höheren Fehlermargen der Ausgangsdaten abgesehen.

Das Verfahren liefert für das laufende Jahr vierteljährliche Extrapolationen auf der Basis der geschätzten Ex-post-Zusammenhänge. Die hier vorgestellten Berechnungsergebnisse für Sachsen sind abgestimmt auf die am 24. September 2009 vom AK VGR DER LÄNDER veröffentlichten amtlichen Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass bei der Vierteljahresrechnung für Sachsen keine bundesweite Koordinierung erfolgen kann, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises immer üblich ist.¹ Aufgrund der Integration von neuen Ausgangsreihen (auf Basis der Wirtschaftszweigklassifikation WZ2008) und zwischenzeitlich erfolgter Datenrevisionen weichen die neuen Vierteljahreswerte von den bisher veröffentlichten Ergebnissen gegebenenfalls geringfügig ab [vgl. NIERHAUS (2009)].

Ergebnisse

Tabelle 1 präsentiert die aktuellen Ergebnisse für Sachsen. Die preisbereinigten Quartalsergebnisse werden, der Veröffentlichungspraxis des AK VGR DER LÄNDER folgend, als Kettenindizes dargestellt, hinzu kommen die daraus abgeleiteten Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahresquartal sowie die Wachstumsbeiträge zum BIP (Lundberg-Komponenten). Kettenindexwerte sind auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (derzeit das Jahr 2000) und geben für die jeweilige Berichtsperiode an, wie sich das Volumenaggregat seit dem Referenzjahr entwickelt hat. Die vierteljährlichen Kettenindizes beruhen auf dem Annual-Overlap-Verfahren, das auch der amtlichen Vierteljahresrechnung für Deutschland zugrunde liegt.

Den Ergebnissen der Vierteljahresrechnung zufolge lag die Wirtschaftsleistung in Sachsen im dritten Vierteljahr 2009 immer noch spürbar unter Vorjahresniveau, das Tempo des Rückgangs hat aber inzwischen deutlich nachgelassen. Das *Bruttoinlandsprodukt* unterschritt den vergleichbaren Vorjahreswert um 3,4 %; etwas stärker sank die *Bruttowertschöpfung* (-3,7 %).

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

Jahr	BIP	Gütersteuern abzügl. Subventionen	Bruttowertschöpfung insgesamt	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produz. Gewerbe ohne Bau-gewerbe	Bau-gewerbe	Handel; Gast-gewerbe und Verkehr	Finan-zierung; Vermie-tung und Unter-nehmens-dienst-leister	Öffentl. und private Dienst-leister
Kettenindex (2000=100)									
2007	114,7	99,3	116,5	112,6	163,3	67,9	107,1	125,8	100,3
2008	115,7	99,3	117,6	112,2	166,4	68,4	108,8	127,4	99,9
1 2007	110,3	100,7	111,3	104,4	158,3	47,6	97,8	123,6	100,1
2 2007	114,3	98,0	116,2	117,4	164,6	65,8	107,5	124,2	100,4
3 2007	115,8	99,0	117,7	116,9	163,3	74,8	105,0	129,0	100,5
4 2007	118,4	99,5	120,6	111,8	166,9	83,2	118,1	126,4	100,3
1 2008	112,0	100,4	113,3	111,0	164,4	49,3	100,7	125,6	99,3
2 2008	116,2	98,0	118,3	115,0	172,8	66,3	108,6	126,7	99,8
3 2008	116,5	99,0	118,6	114,0	164,4	76,2	106,9	130,4	100,2
4 2008	118,0	99,7	120,2	109,0	163,9	81,6	118,9	126,8	100,3
1 2009	105,2	97,5	106,0	106,6	138,0	47,5	93,5	121,8	98,4
2 2009	110,0	97,0	111,5	111,8	143,8	67,2	104,6	122,5	99,3
3 2009	112,5	97,5	114,3	113,5	149,0	78,5	101,1	126,7	100,1
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
2007	2,4	-1,8	2,8	23,1	7,7	0,8	-1,2	3,6	0,0
2008	0,9	0,0	1,0	-0,3	1,9	0,7	1,6	1,3	-0,5
1 2007	4,2	0,6	4,6	23,5	9,2	14,4	2,3	4,6	0,2
2 2007	3,3	-2,4	3,9	25,1	11,0	2,6	-1,6	4,3	0,0
3 2007	1,9	-1,7	2,3	26,6	7,1	-0,5	-2,2	2,9	-0,2
4 2007	0,4	-3,7	0,8	17,4	4,0	-5,7	-2,9	2,5	-0,2
1 2008	1,6	-0,4	1,7	6,3	3,9	3,6	2,9	1,6	-0,8
2 2008	1,6	0,0	1,8	-2,1	5,0	0,7	1,1	2,1	-0,6
3 2008	0,7	0,0	0,8	-2,5	0,7	1,9	1,8	1,1	-0,4
4 2008	-0,3	0,2	-0,3	-2,5	-1,8	-1,9	0,7	0,4	-0,1
1 2009	-6,0	-2,9	-6,4	-3,9	-16,1	-3,7	-7,2	-3,0	-0,8
2 2009	-5,3	-1,0	-5,8	-2,8	-16,8	1,4	-3,7	-3,3	-0,4
3 2009	-3,4	-1,5	-3,7	-0,4	-9,3	3,0	-5,4	-2,9	0,0

Fortsetzung Tabelle 1

Jahr	BIP	Gütersteuern abzügl. Subventionen	Bruttowertschöpfung insgesamt	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produz. Gewerbe ohne Bau-gewerbe	Bau-gewerbe	Handel; Gast-gewerbe und Verkehr	Finanzierung; Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentl. und private Dienstleister
Wachstumsbeiträge zum BIP in Prozentpunkten^a									
2007	2,4	-0,2	2,6	0,2	1,6	0,0	-0,2	0,9	0,0
2008	0,9	0,0	0,9	0,0	0,4	0,0	0,2	0,3	-0,1
1 2007	4,2	0,1	4,1	0,2	2,0	0,5	0,3	1,2	0,1
2 2007	3,3	-0,2	3,5	0,2	2,3	0,1	-0,2	1,1	0,0
3 2007	1,9	-0,2	2,1	0,2	1,5	0,0	-0,3	0,7	0,0
4 2007	0,4	-0,4	0,8	0,1	0,9	-0,4	-0,4	0,6	-0,1
1 2008	1,6	0,0	1,6	0,1	0,9	0,1	0,4	0,4	-0,2
2 2008	1,6	0,0	1,6	0,0	1,1	0,0	0,2	0,5	-0,1
3 2008	0,7	0,0	0,7	0,0	0,2	0,1	0,2	0,3	-0,1
4 2008	-0,3	0,0	-0,3	0,0	-0,4	-0,1	0,1	0,1	0,0
1 2009	-6,0	-0,3	-5,7	0,0	-3,6	-0,1	-1,0	-0,7	-0,2
2 2009	-5,3	-0,1	-5,2	0,0	-3,8	0,1	-0,5	-0,8	-0,1
3 2009	-3,4	-0,2	-3,3	0,0	-2,0	0,2	-0,7	-0,7	0,0

a) Angaben für das Bruttoinlandsprodukt in %. Die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus der Summe der Wachstumsbeiträge der sechs Wirtschaftsbereiche (einschließlich der Nettogütersteuern). Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: AK VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2009 hatte sich die Abnahme des preisbereinigten BIP in Sachsen noch auf 5,7 % belaufen (BWS: -6,1 %).²

Der Produktionsrückgang fiel im *produzierenden Gewerbe ohne Bau* erneut am kräftigsten aus, das Minus bei der Wertschöpfung belief sich im dritten Quartal auf 9,3%. Das verarbeitende Gewerbe in Sachsen ist von der globalen Finanz- und Konjunkturkrise stärker als andere ostdeutsche Bundesländern getroffen worden, weil es sich auf die Herstellung von Investitionsgütern spezialisiert hat und zudem exportorientiert ist. Mit der Belebung der Auslandsnachfrage hat sich die Situation allerdings umgekehrt; die sächsische Industrie dürfte von der zwischenzeitlichen Erholung der Weltwirtschaft besonders profitiert haben. Der Auslandsumsatz hat im

September 2009 jedenfalls erstmals wieder den Vorjahresstand übertroffen. Die Produktionsausfälle in der Industrie zeigten weiterhin ein deutliches Minus im Sektor *Handel und Verkehr*. Unter Einrechnung des *Gastgewerbes* sank hier die Wirtschaftsleistung real um 5,4%. Unter dem Vorjahrestand lag weiterhin die Wertschöpfung im Bereich der *Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahen Dienstleistungen* (-2,9%). Die unternehmensbezogenen *Dienstleister* hatten in den Jahren 2007 und 2008 vom Aufschwung in der Industrie profitiert. Spiegelbildlich dazu haben sich 2009 deutliche Rückgänge ergeben. Ein geringfügiges Minus in Höhe von 0,4% wurde für den Sektor *Landwirtschaft* verbucht. Die Wertschöpfung bei den *öffentlichen und privaten Dienstleistern*, die von der Rezession im industriellen Sektor

naturgemäß weniger betroffen waren, hat zuletzt stagniert. Im *Bausektor (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)* war die Wertschöpfung im dritten Quartal um 3,0 % höher als ein Jahr zuvor. Stützend dürften hier vor allem die Konjunkturpakete der Bundesregierung gewirkt haben.

Die Wachstumsbeiträge der sechs Wirtschaftsbereiche und der statistischen Saldoposition Nettogütersteuern zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt finden sich ebenfalls in Tabelle 1. Dominierend für die negative Entwicklung war demnach auch im dritten Quartal 2009 das *produzierende Gewerbe ohne Bau*, das allein 2,0 Prozentpunkte (oder umgerechnet rund 60 %) zum BIP-Rückgang beitrug. Die Bereiche *Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahe Dienstleistungen* sowie *Handel, Gastgewerbe und Verkehr* steuerten jeweils 0,7 Prozentpunkte zur Minusrate beim BIP bei. Allein beim Bau ergab sich ein positiver Beitrag in Höhe von 0,2 Prozentpunkten.

Zur Identifizierung der konjunkturellen Entwicklungstendenzen am aktuellen Rand sind zusätzlich die Trend-Konjunktur-Komponenten der quartalisierten VGR-Reihen (bereinigt nach Census X-12-ARIMA) ausgewiesen worden (vgl. Abb. 1). Trend-Konjunktur-Komponenten verlaufen stetig und verdeutlichen deshalb die Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung besonders gut. Beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt zeigt sich – parallel zur Entwicklung der Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe ohne Bau – nunmehr eine konjunkturelle Trendwende. Zu diesem positiven Umschwung haben alle Wirtschaftsbereiche, mit Ausnahme der konjunkturell eher noch zur Schwäche tendierenden Bauwirtschaft³ und der Unternehmensdienstleistungen, beigetragen.

Zusammenfassung

Mit der hier vorgestellten Vierteljahresrechnung liegen erstmals Ergebnisse für die reale Wirtschaftsleistung im Freistaat Sachsen für den Zeitraum I/1996 bis III/2009 vor. Die vierteljährlichen Angaben sind mit den Jahresdaten des AK VGR der Länder konsistent und zudem auf

das amtliche Ergebnis für das erste Halbjahr 2009 abgestimmt. Die Ergebnisse zeigen, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Vierteljahr 2009 immer noch merklich unter dem Stand des Vorjahres gelegen hat (–3,4 %). Die Trend-Konjunktur-Komponente der gesamtwirtschaftlichen Produktion signalisiert aber eine Wende zum Besseren; sie ist zum ersten Mal seit Frühjahr 2008 wieder aufwärtsgerichtet.

Literatur

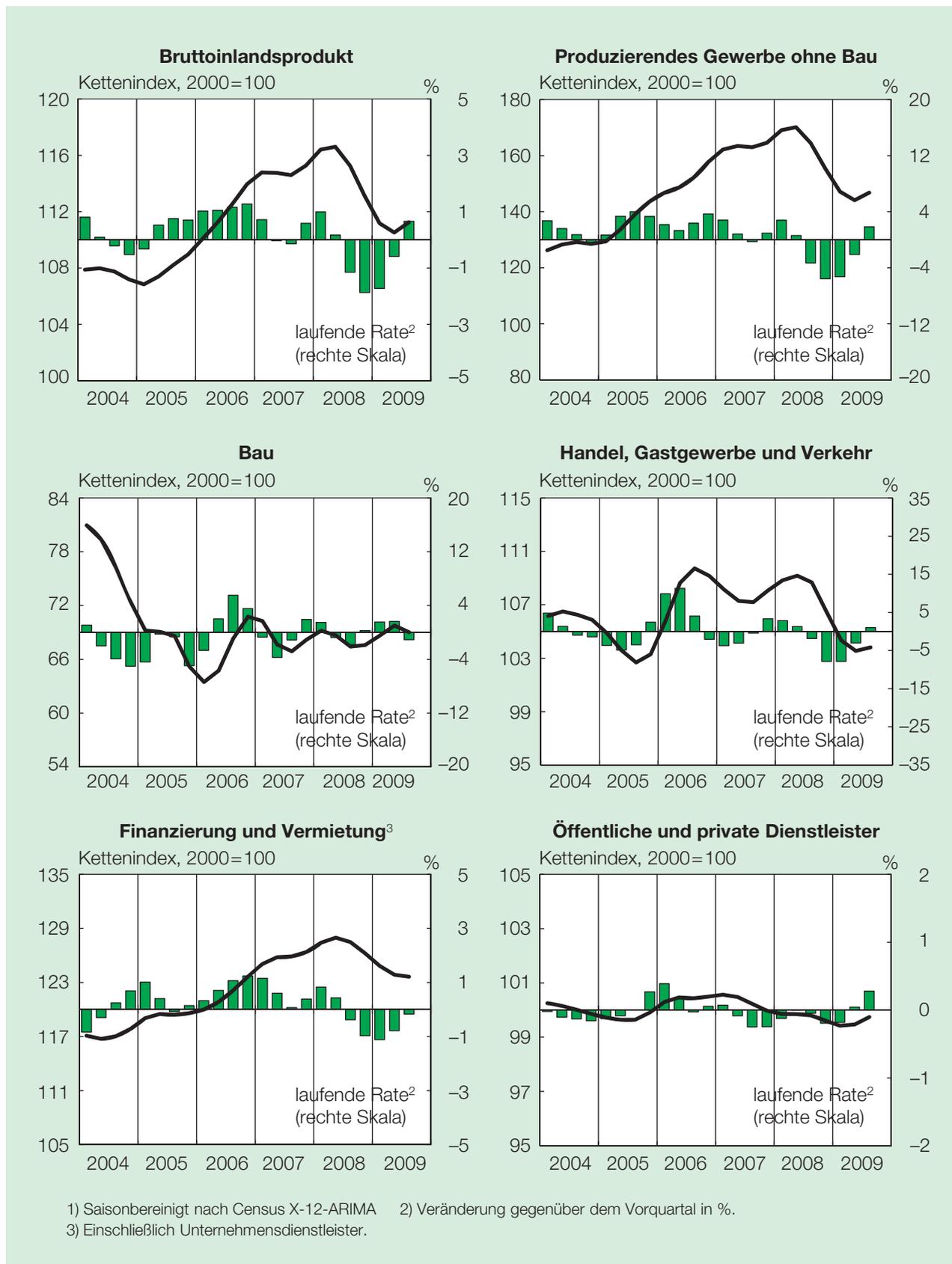
- BORMANN, M.; SPEICH, W.-D. (2008): Möglichkeiten der Bereitstellung unterjähriger gesamtwirtschaftlicher Konjunkturinformationen für den Freistaat Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1/2008; S. 16–29.
- NIERHAUS, W. (2007): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation. In: ifo Dresden berichtet, 4/2007; S. 24–36.
- NIERHAUS, W. (2008): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation. In: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.
- NIERHAUS, W. (2009): Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2009. In: ifo Dresden berichtet, 5/2009; S. 40–44.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2009): Medieninformation, Nr. 283/2009; 10. Dezember 2009.

¹ Der aus nicht abgestimmten Vierteljahresergebnissen berechnete Halbjahreswert kann noch aus anderen Gründen vom amtlichen Halbjahreswert des AK VGR DER LÄNDER abweichen. Zum einen stützt sich die Vierteljahresrechnung des IFO INSTITUTS nicht auf eine originäre Wertschöpfungsermittlung, sondern auf eine rein ökonomische Zeitreihenzerlegung. Zum anderen ist die Zahl der zugrunde liegenden primärstatistischen Ausgangsreihen im Vergleich zum AK VGR der Länder kleiner und die Rechartiefe (Disaggregationsgrad) geringer.

² Der vollständige Datensatz (preisbereinigte Ergebnisse für das erste Quartal 1996 bis zum dritten Quartal 2009) steht auf der IFO DRESDEN-Homepage zum Download zur Verfügung.

³ In den ersten drei Quartalen 2009 war denn auch das Baugewerbe in Sachsen am stärksten von Unternehmensinsolvenzen betroffen (+25 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum). Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2009).

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)¹



Quelle: AK VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Zur Güte der ifo Dresden Konjunkturprognosen

Gerit Vogt*

In diesem Beitrag wird die Güte der Konjunkturprognosen analysiert, die in den letzten Jahren von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS für den Freistaat Sachsen und die ostdeutschen Bundesländer insgesamt erstellt wurden. Die Ausführungen beruhen in wesentlichen Teilen auf einer früheren Veröffentlichung des Autors [vgl. VOGT (2009)] und fokussieren auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als zentrale Konjunktur- und Prognosevariable.

Zunächst wird – nach allgemeinen Vorbemerkungen zur Aufgabe von Konjunkturprognosen – der an der IFO NIEDERLASSUNG DRESDEN verwendete Prognoseansatz in seinen Grundzügen vorgestellt. Anschließend werden einige statistische Maße zur Evaluierung von Konjunkturprognosen diskutiert. Anhand dieser Maße wird schließlich die Treffgenauigkeit der Prognosen des sächsischen und ostdeutschen BIP untersucht und mit der Genauigkeit der BIP-Prognosen verglichen, die vom IFO INSTITUT für Deutschland veröffentlicht wurden.

Zur Aufgabe von Konjunkturprognosen

Konjunkturprognosen haben die Aufgabe die Unsicherheit über die zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu vermindern und dadurch zur Verringerung der Kosten beizutragen, die mit Fehleinschätzungen verbunden sind [vgl. DÖHRN und SCHMIDT (2007), S. 54, oder GRANGER (2003), S. 93]. Eine besonders hohe Relevanz kommt ihnen dabei im Bereich der Wirtschaftspolitik zu. Für wirtschaftspolitische Akteure wie die Bundesregierung, Landesregierungen oder die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK sind diese Prognosen aus verschiedenen Gründen bedeutsam. Zum einen sind sie, da die meisten Indikatoren zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erst mit einer Zeitverzögerung von mehreren Monaten vorliegen, zur Analyse der aktuellen Konjunkturlage unverzichtbar. Zum anderen besteht für Entscheidungen, die sich lediglich an nachlaufenden Indikatoren wie Preis- und Beschäftigungsdaten orientieren, angesichts der Wirkungsverzögerungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Gefahr, dass diese prozyklisch statt antizyklisch wirken [vgl. TICHY (1994), S. 202].¹ Aus diesem Grund werden viele Beschlüsse, bspw. über die Etatplanung oder die Höhe des Hauptrefinanzierungssatzes, auf der Grundlage von Prognosen getroffen. Sie sind allerdings in den Entscheidungsprozessen zumeist nur ein Argument von mehreren [vgl. TICHY (1981), S. 340].

Konjunkturprognosen finden auch in Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und privaten Haushalten Beach-

tung. In diesen Bereichen dürften sie, ebenso wie in der Wirtschaftspolitik, in erster Linie zur allgemeinen Bewusstseinsbildung und weniger als konkret-zahlenmäßige Parameter für Planungs- und Entscheidungsprozesse herangezogen werden. So dürfte bspw. die Prognose eines Aufschwungs einzelne Unternehmen darin bestärken, schon länger geplante Investitionen zu tätigen. Ähnliches ist auch für die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte zu erwarten, die sich infolge einer solchen Prognose erhöhen könnte [vgl. TICHY (1981), S. 340]. Im Rahmen von Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern finden Konjunkturprognosen als allgemeine Orientierungsgröße ebenfalls vielfach Beachtung.

Wenn Prognosen die Entscheidungen der Marktakteure beeinflussen, kann es zu Verstärkungseffekten bis hin zur Selbsterfüllung oder Selbsterstörung der Prognose kommen. Im Fall der Prognose eines Abschwungs ist es bspw. denkbar, dass sich die Verbraucher und Investoren nach der Veröffentlichung der Prognose besonders zurückhalten und dadurch ein kumulativer Prozess in Gang gesetzt wird, der in Richtung des prognostizierten Trends wirkt. Wenn die wirtschaftspolitischen Akteure in Reaktion auf die Prognose Gegenmaßnahmen ergreifen, kann die prognostizierte Entwicklung aber auch ausbleiben. Solche Feed-back-Effekte setzen voraus, dass die Mehrzahl der relevanten Entscheidungsträger die Prognose kennt und ihr Vertrauen entgegenbringt [vgl. NIERHAUS und STURM (2003), S. 22–23 und TICHY (1981), S. 340].

Inwieweit die Konjunkturprognosen dem Anspruch, zu „besseren“ Entscheidungen zu führen, gerecht werden, ist aus volkswirtschaftlicher Sicht schwer abzuschätzen. Hierzu wäre die Erstellung einer gesamtwirtschaftlichen Verlustfunktion notwendig, zu deren Berechnung aber viele Voraussetzungen fehlen. Insbesondere die Frage, welche Entscheidungen ohne Prognosen getroffen worden wären, ist kaum zu beantworten [vgl. TICHY (1994), S. 236–237 und FRERICHS; KÜBLER (1980), S. 242]. Aus diesem Grund beschränken sich die meisten Analysen zur Beurteilung der Güte von Konjunkturprognosen auf Aspekte der Treffgenauigkeit.

* Dr. Gerit Vogt arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Maße zur Beurteilung der Treffgenauigkeit

Im Folgenden werden einige statistische Maße zur Beurteilung der Treffgenauigkeit von Konjunkturprognosen vorgestellt.² Die Ausführungen stützen sich hierbei auf die Darstellung von DÖPKE (2004).

Die Maße bauen auf dem Prognosefehler F auf, der für eine Periode t als Differenz zwischen der tatsächlich eingetretenen Realisation R und dem Prognosewert P definiert ist:³

$$F_t = R_t - P_t$$

Ein in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur sehr häufig verwendetes Maß zur Beurteilung der Güte von Konjunkturprognosen ist der mittlere Fehler MF :

$$MF_t = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T F_t$$

Hierbei bezeichnet T die Anzahl der Prognosewerte. Gute Prognosen sollten einen mittleren Fehler von null aufweisen. Weicht der mittlere Fehler deutlich von null ab, deutet dies auf eine Verzerrung hin. Ein positiver bzw. negativer Wert ist als eine Unter- bzw. Überschätzung der tatsächlich eingetretenen Realisation zu interpretieren. Nachteilig an diesem Maß ist, dass sich positive und negative Werte ausgleichen können.

Zur Erfassung der durchschnittlichen Genauigkeit von Prognosen wird oftmals der mittlere absolute Fehler MAF verwendet:

$$MAF_t = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T |F_t|$$

Zwei weitere Maße zur Beurteilung der Treffgenauigkeit von Konjunkturprognosen sind der mittlere quadratische Fehler MQF und die Wurzel aus dem mittleren quadratischen Fehler $WMQF$:

$$MQF_t = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T F_t^2$$

$$WMQF = \sqrt{\frac{1}{T} \sum_{t=1}^T F_t^2}$$

Bei diesen Maßen werden große Prognosefehler stärker gewichtet als kleine.

Die bisher genannten Maße sind insofern in ihrer Aussagekraft eingeschränkt, dass sie für sich genommen kein Urteil darüber erlauben, ob eine Prognose verbesserungswürdig ist oder nicht. So kann bspw. anhand eines einzelnen mittleren absoluten Fehlers nicht entschieden werden, ob die Prognoseleistung als gut oder schlecht zu bewerten ist. Zur Beurteilung der Progno-

següte wird daher im Allgemeinen ein Vergleich mit anderen Prognosen vorgenommen. Des Öfteren wird als Vergleichsmaßstab eine so genannte „naive“ Prognose verwendet. Hierauf baut der Theil'sche Ungleichheitskoeffizient *Theil's-U* auf, der wie folgt berechnet werden kann:⁴

$$Theil's-U = \frac{WMQF}{WMQF_{naiv}}$$

Als Vergleichsmaßstab können naive Prognosen verwendet werden, die wahlweise dem „no change“- oder dem „same change“-Prinzip folgen. Wenn die einbezogene Prognose niedrigere Prognosefehler aufweist als der naive Vergleichsmaßstab, nimmt der Theil'sche Ungleichheitskoeffizient Werte an, die kleiner als eins sind.

Ein weiteres – im Vergleich zu den bisher dargestellten Maßen in der Literatur seltener verwendetes – Gütemaß ist das noise-to-signal-Verhältnis *NTSV*. Hierbei wird der mittlere quadratische Fehler MQF in Relation zur Varianz der Prognosevariablen $V(R)$ gesetzt [vgl. GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE (2007), S. 28]:

$$NTSV = \frac{MQF}{V(R)}$$

mit

$$V(R) = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T (R_t - \bar{R})^2, \quad \bar{R} = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T R_t$$

Das Maß ermöglicht einen Vergleich von Prognosen, welche auf Variablen beruhen, die unterschiedlich stark schwanken.

Der Prognoseansatz

Bereits seit dem Jahr 2001 werden von der IFO NIEDERLASSUNG DRESDEN regelmäßig Konjunkturprognosen für den FREISTAAT SACHSEN erstellt.⁵ Der Veröffentlichungstermin hat sich allerdings im Laufe der Jahre verändert. Wurden in früheren Jahren die entsprechenden Prognosen jeweils im Frühjahr und Herbst eines Jahres mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE herausgegeben, veröffentlicht IFO DRESDEN seit Dezember 2004 jeweils zur Jahresmitte und zum Jahresende Konjunkturprognosen für Sachsen und daneben auch solche für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt. Das methodische Vorgehen zur Prognose der konjunkturellen Entwicklung in Sachsen und in Ostdeutschland ist dabei identisch.

Der Ansatz zur Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen und Ostdeutschland basiert auf den Ergebnissen der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Diese Ergebnisse

stehen allerdings auf der Länderebene nicht in dem Umfang zur Verfügung wie auf der Bundesebene. Viele Zeitreihen, die auf nationaler Ebene für Prognosezwecke genutzt werden können, sind auf der Ebene von Bundesländern nicht, nur mit einer größeren Zeitverzögerung oder einer geringeren Veröffentlichungsfrequenz (und damit weniger Beobachtungen) verfügbar. In Hinblick auf die Datenlage für Sachsen und die anderen ostdeutschen Bundesländer ist zudem zu beachten, dass hier die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung stark von strukturellen Anpassungseffekten geprägt waren und daher streng genommen erst seit Mitte der 1990er Jahre VGR-Daten vorliegen, die zur Prognose der konjunkturellen Entwicklung genutzt werden können. Aus der vergleichsweise schlechteren Datenlage ergeben sich für die Applikation der üblicherweise zur Konjunkturprognose verwendeten Methoden gewisse Restriktionen. So stehen für den in der Praxis sehr häufig verwendeten iterativ-analytischen Ansatz auf der Länderebene nur die Angaben der BIP-Entstehungsseite zeitnah zur Verfügung. Die Einsatzmöglichkeiten von ökonometrischen Strukturmodellen sind aufgrund des verminderten Angebots an VGR-Daten auf Ebene der Bundesländer prinzipiell als sehr begrenzt anzusehen. Zeitreihenanalytische Verfahren wie ARIMA-, ARX- und VAR-Modelle können auf der Länderebene ebenfalls nur eingeschränkt zur Prognose gesamtwirtschaftlicher Größen verwendet werden, da sie das Vorhandensein von längeren Zeitreihen voraussetzen, die auf dieser Ebene oft nicht zur Verfügung stehen.

Der Ansatz zur Prognose des preisbereinigten sächsischen und ostdeutschen BIP beruht – den Besonderheiten der Datenlage Rechnung tragend – methodisch auf verschiedenen Verfahren. Die Prognoseerstellung vollzieht sich in drei Arbeitsschritten. Zunächst wird ausgehend von den VGR-Daten der BIP-Entstehungsrechnung mittels einfacher Trendextrapolation eine so genannte Trendprognose erstellt. Hierbei werden die verfügbaren Angaben zur Zahl der Erwerbstätigen und zur Produktivität – die sich aus der Zahl der Erwerbstätigen und der Bruttowertschöpfung ergibt – differenziert nach 12 Wirtschaftsbereichen mit einem mehrjährigen Trend fortgeschrieben. Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche und dem ebenfalls mit einem mehrjährigen Trend fortgeschriebenen Saldo aus Gütersteuern und -subventionen ergibt sich dann eine erste Prognose des BIP. In einem zweiten Schritt werden dann die Ergebnisse der Trendprognose mit Hilfe von Zeitreihenmodellen (ARX-Modellen) zu zwei so genannten erweiterten Trendprognosen verfeinert. Grundlage hierfür sind die amtlichen Statistiken zur Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung, die vielfach in Form von längeren Zeitreihen verfügbar sind und damit den Einsatz

der Modelle erlauben. Ergänzt werden diese um weitere Indikatorreihen (bspw. den ifo Geschäftsklimaindikatoren und Auftragseingangsdaten). Mit den Modellen wird die künftige Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftsbereichen geschätzt. Aus diesen Schätzungen werden dann weitere Prognosen der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigkeit abgeleitet. Im dritten Schritt wird aus der Trendprognose und den beiden erweiterten Trendprognosen eine so genannte Konsensprognose gebildet. In diesem letzten (iterativ-analytischen) Arbeitsschritt finden dann auch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie in der ifo KONJUNKTURPROGNOSE für Gesamtdeutschland zum Ausdruck kommen, und zusätzliche Informationen (bspw. zur Ansiedlung von neuen Großbetrieben in Sachsen oder Ostdeutschland) Berücksichtigung. Für eine detaillierte Beschreibung des Prognoseansatzes sei auf die Ausführungen von VOGT (2009), S. 78–100, verwiesen.

Zur Güte des Ansatzes

Nachfolgend wird die durchschnittliche Treffgenauigkeit der für Sachsen und Ostdeutschland erstellten ifo BIP-Prognosen betrachtet und mit jener der ifo BIP-Prognosen für Deutschland insgesamt verglichen. Ein solcher Vergleich kann allerdings nur für den Zeitraum der Jahre 2005 bis 2007 vorgenommen werden, da der beschriebene Prognoseansatz erst seit Dezember 2004 zum Einsatz kommt und zum Zeitpunkt der Analyseerstellung auf der Länderebene lediglich bis zum Jahr 2007 amtliche Angaben zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorlagen.

Die Analyse der Treffgenauigkeit erfolgt anhand der im vorletzten Abschnitt vorgestellten statistischen Maße. Als tatsächlich realisierte BIP-Werte werden, wie in den meisten vergleichbaren Untersuchungen, die für ein bestimmtes Jahr jeweils zuerst veröffentlichten Ergebnisse der amtlichen Statistik (erste Fortschreibungen) verwendet. In Tabelle 1 wird die Güte der BIP-Prognosen betrachtet, die im Dezember der Jahre 2004, 2005 und 2006 für das jeweilige Folgejahr veröffentlicht wurden.⁶ Aus den, in der zweiten Zeile der Tabelle dokumentierten, mittleren Fehlern *MF* geht hervor, dass das Wirtschaftswachstum im Durchschnitt der Jahre in allen drei Regionen eher unter- als überschätzt wurde. Eine mit einem mittleren Fehler von 0,37 vergleichsweise starke Unterschätzung zeigen die BIP-Prognosen für die deutsche Wirtschaft. Bei den Sachsen-Konjunkturprognosen gleichen sich die positiven und negativen Differenzen von den tatsächlich realisierten BIP-Veränderungsraten und den Prognosewerten hingegen nahezu aus. Für diese Prognosen wird ein mittlerer Fehler von 0,13 Prozentpunkten ermittelt. Ein etwas anderes Bild zeigt sich in

Hinblick auf die mittleren absoluten Fehler *MAF* und die Wurzeln aus den mittleren quadratischen Fehlern *WMQF*. Hieran gemessen wird für die Deutschland-Konjunkturprognosen, im Vergleich zu den Sachsen- und Ostdeutschland-Konjunkturprognosen, eine deutlich höhere Treffgenauigkeit erkennbar. Wird allerdings berücksichtigt, dass die tatsächlich realisierten BIP-Veränderungsraten für Sachsen und Ostdeutschland eine höhere Varianz aufweisen als die gesamtdeutschen BIP-Veränderungsraten, so sind für alle drei Regionen ähnlich hohe Prognosefehler festzustellen. Das noise-to-signal-Verhältnis *NTSV*, das die Prognosefehler um die unterschiedliche Varianz der jeweiligen Prognosevariablen bereinigt, beträgt für die Deutschland-Konjunkturprognosen 0,64 und für die Ostdeutschland- und Sachsen-Konjunkturprognosen 0,61 bzw. 0,67. Auch in Hinblick auf die Theil'schen Ungleichheitskoeffizienten *Theils-U* zeigen sich zwischen den Prognosen für die einzelnen Regionen keine großen Unterschiede. Die *Theils-U*-Werte liegen zumeist in einer Größenordnung von 0,5. Das bedeutet, dass die Prognosefehler der betrachteten Konjunkturprognosen durchschnittlich um rund 50 Prozent niedriger waren als jene der alternativen „no change“- oder „same change“-Prognosen.

An dieser Stelle ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass sich die in der Tabelle 1 gezeigten Maße lediglich auf die Jahre 2005 bis 2007 beziehen. Aufgrund der Kürze des Zeitraums können nur Aussagen zu groben Tendenzen in der Prognosegüte getroffen werden. Die Maße deuten gleichwohl darauf hin, dass die Güte der Sachsen- und Ostdeutschland-Konjunkturprognosen, werden die unterschiedlichen Varianzen im Wirtschaftswachstum

der einzelnen Regionen berücksichtigt, ähnlich zu beurteilen ist wie die der Deutschland-Konjunkturprognosen. Die Treffgenauigkeit dieser Prognosen ist sowohl im Vergleich zu jener der „no change“- oder „same change“-Prognosen als auch in Hinblick auf das noise-to-signal-Verhältnis als passabel anzusehen. Sie dürften somit in der Vergangenheit erfolgreich dazu beigetragen haben, die Unsicherheit über die zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen zu vermindern.

Literatur

- ANDRES, P; SPIWOKS, M. (2000): Prognosegütemaße. State of the Art der statistischen Ex-post-Beurteilung von Prognosen. Sofia-Studien zur Institutionenanalyse, Nr. 00–1.
- BERLEMANN, M.; GRUNDIG, B.; VOGT, G. (2005): Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland 2004/2005. In: ifo Dresden berichtet, Vol. 12, Nr. 1; S. 3–13.
- DÖHRN, R; SCHMIDT, C. M. (2007): Kein Stein der Weisen – Prognosen erfordern eine intelligente Nutzung. In: Wirtschaftsdienst, Vol. 87, Nr. 1; S. 54–56.
- DÖPKE, J. (2004): Zur Qualität von Konjunkturprognosen. In: WiSt – Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Vol. 33, Nr. 1; S. 8–13.
- FRERICHS, W.; KÜBLER, K. (1980): Gesamtwirtschaftliche Prognoseverfahren. 1. Aufl., WiSo Kurzlehrbücher.
- GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE (2007): Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007: Aufschwung legt Pause ein. In: ifo Schnelldienst, Vol. 60, Nr. 20, S. 3–58.

Tabelle 1: Zur Genauigkeit der ifo Konjunkturprognosen für das folgende Jahr, Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich

Region	Deutschland	Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen
MF	0,37	0,20	0,13
MAF	0,57	0,93	1,13
WMQF	0,60	0,96	1,40
NTSV	0,64	0,61	0,67
Theils-U			
„no change“-Prinzip	0,29	0,45	0,50
„same change“-Prinzip	0,58	0,52	0,49

Anmerkungen: Den Angaben liegen die Prognosen der Veränderungsraten des preisbereinigten BIP zugrunde, die jeweils im Dezember eines Jahres für das Folgejahr erstellt wurden. Einbezogen werden die Daten des Zeitraums von 2005 bis 2007. Die Prognosen werden mit den Ergebnissen der ersten Fortschreibungen des Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder verglichen.

Quelle: Vogt (2009).

- GERSTENBERGER, W. (2001): Perspektiven für Konjunktur und Arbeitsmarkt in Sachsen. In: ifo Dresden berichtet, Vol. 8, Nr. 6; S. 15–24.
- GRANGER, C. W. J. (2003): Evaluation of forecasts. In: Understanding economic forecasts. HENDRY, D. F.; ERICSSON, N. R. (Hrsg.), MIT Press paperback edition, Cambridge Massachusetts, London, S. 93–103.
- NIERHAUS, W.; STURM, J.-E. (2003): Methoden der Konjunkturprognose. In: ifo Schnelldienst, Vol. 56, Nr. 4; S. 7–23.
- OSTERLOH, S. (2008): Accuracy and properties of German business cycle forecasts. In: Applied Economics Quarterly, Vol. 54, Nr. 1; S. 27–57.
- PINDYCK, R. S.; RUBINFELD, D. L. (1998): Econometric models and economic forecasts. 4. Aufl.
- RAGNITZ, J.; SCHIRWITZ, B.; VOGT, G. (2009): Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2008/2009: Abschwung und Rezession. In: ifo Dresden berichtet, Vol. 16, Nr. 1; S. 3–11.
- SARGENT, T. J.; WALLACE, N. (1976): Rational expectations and the theory of economic policy. In: Journal of Monetary Economics, Vol. 2, Nr. 2; S. 169–83.
- THEIL, H. (1961): Economic forecasting and policy. Amsterdam.
- THEIL, H. (1966): Applied economic forecasting. Amsterdam.
- TICHY, G. (1981): Prognose. In: ALBERS, W. (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW). S. 334–341.
- TICHY, G. (1994): Konjunktur. Stilisierte Fakten, Theorien, Prognose. 2. Aufl.
- VOGT, G. (2009): Konjunkturprognose in Deutschland. Ein Beitrag zur Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf Bundes- und Länderebene. ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 36, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Wenn rationale Erwartungen vorliegen, ist die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer Maßnahmen gemäß der „policy ineffectiveness proposition“ von SARGENT und WALLACE (1976) allerdings prinzipiell in Frage zu stellen. Bei dieser Form der Erwartungsbildung wird davon ausgegangen, dass alle verfügbaren Informationen – auch in Hinblick auf die gegenwärtige und zukünftige Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik – optimal genutzt werden.

² Neben den in diesem Abschnitt vorgestellten Standardmaßen lassen sich in der Literatur eine Vielzahl weiterer Gütemaße finden. Einen Überblick über die 50 wichtigsten Maße liefert die Studie von ANDRES und SPIWOKS (2000).

³ Der Prognosefehler wird in der Literatur verschiedentlich auch in umgekehrter Reihenfolge als Differenz von Prognosewert und Realisation definiert [vgl. beispielsweise OSTERLOH (2008), S. 32 oder PINDYCK und RUBINFELD (1998), S. 205].

⁴ Das Maß wird in der Literatur in verschiedenen Varianten verwendet. Dies ist auf Theil zurückzuführen, der in mehreren Arbeiten [unter anderem THEIL (1961) und THEIL (1966)] unterschiedliche Fassungen des Ungleichheitskoeffizienten veröffentlicht hat.

⁵ Die Ergebnisse der Prognosen werden gewöhnlich mit einem Pressegespräch, einer Pressemitteilung und einem Beitrag in dieser Zeitschrift veröffentlicht [vgl. beispielsweise GERSTENBERGER (2001), BERLEMANN et al. (2005) oder RAGNITZ et al. (2009)].

⁶ Hierzu ergänzend wurden auch die BIP-Prognosen betrachtet, die jeweils im Juni oder Juli und im Dezember eines Jahres für das laufende Jahr veröffentlicht wurden. Die Maße zur Beurteilung der Treffgenauigkeit dieser Prognosen sind in der Arbeit von VOGT (2009) im Abschnitt A.11 des Anhangs dokumentiert.

Langfristige Projektion der Einnahmeentwicklung für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025

Johannes Steinbrecher und Christian Thater*

Einleitung

Die Finanzpolitik im FREISTAAT SACHSEN wird in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen stehen. Zahlungen von Bund und EU, die bisher etwa ein Drittel des gesamten sächsischen Landeshaushaltes ausgemacht haben, werden in den nächsten Jahren immer weiter zurückgehen und bis zum Jahr 2019 vollständig auslaufen. Gleichzeitig ist Sachsen eines der Bundesländer, die in den kommenden Jahren einen sehr starken Einwohnerrückgang zu erwarten haben. Da die Zuweisungen im Länderfinanzausgleich primär an die Einwohnerzahl gekoppelt sind, drohen hier weitere Mindereinnahmen. Erschwerend kommt hinzu, dass durch die Ergebnisse der Föderalismusreformkommission II die Länder bis zum Jahr 2020 auf einen strengen Konsolidierungspfad gezwungen werden. Für den FREISTAAT SACHSEN sollte die Einführung einer Schuldenregelung allerdings ein relativ geringes Problem darstellen, da in den letzten Jahren ein, zumindest annähernd, ausgeglichener Haushalt erzielt wurde. Jedoch wird die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise erhebliche Verluste bei den Steuereinnahmen mit sich bringen und so die Realisierung des Konsolidierungspfades erschweren. Um angesichts der drohenden Mindereinnahmen den Ausgabenwünschen glaubwürdig entgegenzutreten zu können, ist eine langfristige Abschätzung der Einnahmeentwicklung von entscheidender Bedeutung. Um einen Überblick über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklungen auf den Landeshaushalt zu erhalten, hat die IFO NIEDERLASSUNG DRESDEN im Auftrag des SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS DER FINANZEN (SMF) eine Langfristprojektion der Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025 erstellt.¹ Der vorliegende Artikel fasst die wesentlichen Ansatzpunkte und Ergebnisse dieser Projektion zusammen.

Methodische Vorüberlegungen

In der aktuellen Langfristprojektion wird detailliert auf die wesentlichen Komponenten der sächsischen Landeseinnahmen und deren Fortschreibung eingegangen. Zusätzlich werden unterschiedliche Szenarien diskutiert, die ein unteres und ein oberes Band der möglichen Ein-

nahmeentwicklung beschreiben sollen. Der Projektionsansatz orientiert sich in weiten Teilen an der Herangehensweise von HELMUT SEITZ, welcher im Auftrag des SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS DER FINANZEN im Jahr 2008 ebenfalls eine Langfristprojektion der Einnahmeentwicklung erstellt hatte [vgl. SEITZ (2008)]. Eine Aktualisierung dieser Langfristprojektion wurde jedoch – aufgrund der konjunkturellen Entwicklung infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise, die einen nachhaltig negativen Einfluss auf die Einnahmeentwicklung im FREISTAAT SACHSEN haben wird – nötig. Ein Ziel der aktuellen Studie der DRESDNER IFO NIEDERLASSUNG ist es demnach, den Einfluss dieser Krise auf die künftige Einnahmeentwicklung abzubilden. Um eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von SEITZ (2008) zu gewährleisten, werden dessen Annahmen im Wesentlichen übernommen und an die aktuelle Wirtschafts- und Rechtslage angepasst.

Um eine Projektion der Landeseinnahmen durchführen zu können, müssen diese zunächst in ihre einzelnen Komponenten zerlegt werden. Aus der Analyse und Projektion dieser Komponenten können dann Erkenntnisse hinsichtlich der Entwicklung des Einnahmeaggregats abgeleitet werden. Tabelle 1 verdeutlicht die der Projektion zugrunde liegenden Einnahmekomponenten. Abbildung 1 stellt anschließend die Anteile dieser Einnahmekomponenten an den Gesamteinnahmen des sächsischen Landeshaushalts dar.

Die Einnahmen des FREISTAATES SACHSEN beliefen sich im Jahr 2009 auf 15,8 Mrd. €. Die zentrale Einnahmekomponente des sächsischen Landeshaushalts stellt, mit einem Anteil von über 60% an den Gesamteinnahmen bzw. rund 9,8 Mrd. €, das (*erweiterte*) *Steueraufkommen* dar. Dieses beinhaltet die Steuereinnahmen, die Zahlungen im Länderfinanzausgleich (LFA) sowie die, den Finanzausgleich ergänzenden, Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen (FehlBEZ). Maßgeblich für die Entwicklung des Steueraufkommens ist dabei die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland insgesamt, da der bundesstaatliche Finanzausgleich, seiner Konzeption entsprechend, zu einer weitgehenden Nivellierung der (Pro-Kopf-)Einnahmen in den einzelnen Ländern führt.

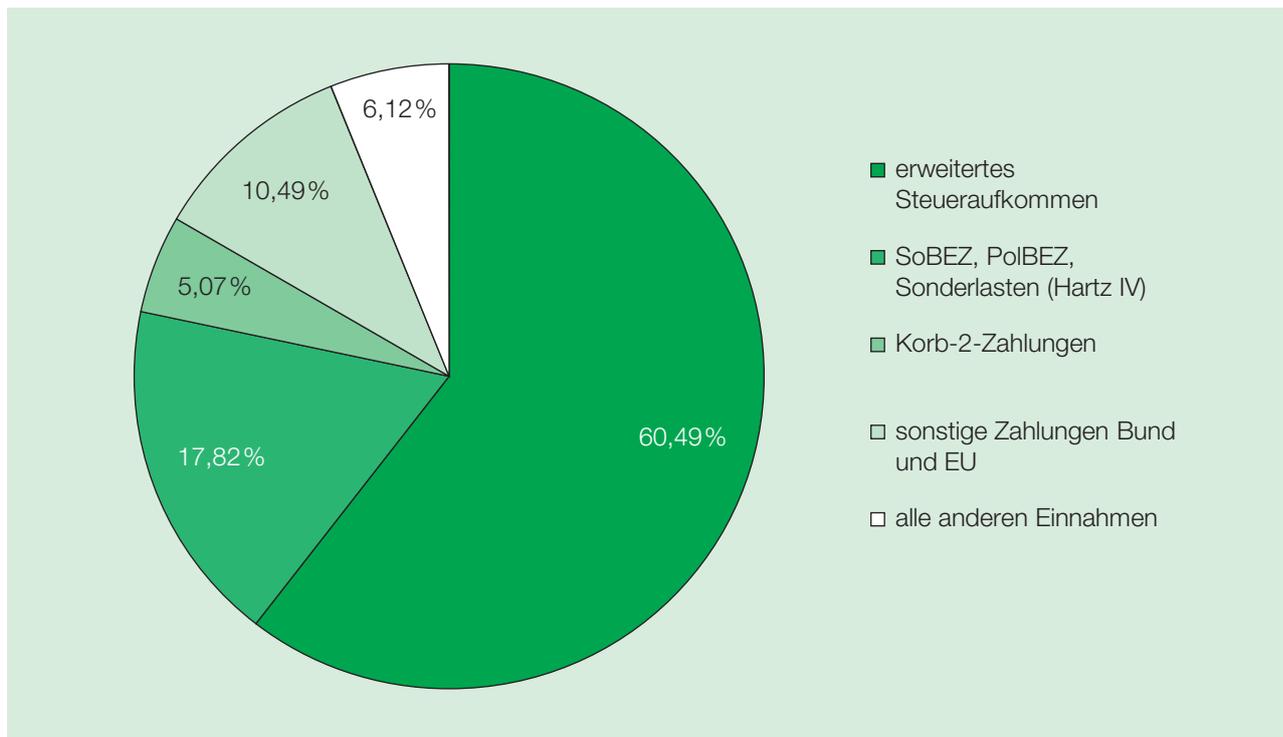
* Johannes Steinbrecher und Christian Thater sind Doktoranden am ifo Institut, Niederlassung Dresden.

Tabelle 1: Komponenten der Landeseinnahmen

	Einnahmekomponente	umfasst
1	Erweitertes Steueraufkommen	Steuern und steuerähnliche Abgaben + Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich – Zahlungen in den Länderfinanzausgleich + Fehlbetragsbundesergänzungszuweisungen (FehlBEZ)
2	Bundesergänzungszuweisungen nach §11 FAG	Zuweisungen zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten nach § 11 Abs. 3 (SoBEZ)
		Bundesergänzungszuweisungen zur Abfederung der Sonderlasten der neuen Länder aus der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nach § 11 Abs. 3a (Hartz-IV BEZ)
		Bundesergänzungszuweisungen für die Kosten der politischen Führung in kleinen finanzschwachen Ländern nach (PolBEZ) § 11 Abs. 4 FAG
3	Sonstige Einnahmen	Korb-2-Mittel (überproportional ostspezifische Leistungen des Bundes und der EU)
		Sonstige nicht-ostspezifische Zahlungen des Bundes und der EU
		Alle anderen Einnahmen (Verwaltungseinnahmen, KFZ-Steuer-Kompensationszahlungen etc.)
	Gesamt	Bereinigte Einnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Anteil der Einnahmekomponenten an den sächsischen Gesamteinnahmen im Jahr 2009



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Die zweite wesentliche Komponente setzt sich aus den *Bundesergänzungszuweisungen*, welche sich aus § 11 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) ergeben, zusammen. Diese umfassen die SoBEZ, PolBEZ sowie Hartz-IV-BEZ und trugen mit 2,8 Mrd. € im Jahr 2009 knapp 18 % zu den Landeseinnahmen bei. Die Höhe der Zuweisungen ergibt sich direkt aus dem FAG, wobei die künftige Höhe der PolBEZ und Hartz-IV-BEZ ungewiss ist, da diese einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen werden. Allerdings kann auch hier von sinkenden Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen ausgegangen werden. Folglich werden diese in der aktuellen Projektion degressiv fortgeschrieben. Die Degressionsmuster wurden dabei zur besseren Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von SEITZ (2008) analog zu dessen Vorgehensweise übernommen.

Die dritte Komponente umfasst alle *sonstigen Einnahmen*: Korb-2-Zahlungen (überproportional ostspezifische Leistungen des Bundes und der EU), sonstige nicht-ostspezifische Zahlungen des Bundes und der EU sowie den Posten alle anderen Einnahmen, der die restlichen Einnahmepositionen (z. B. Verwaltungseinnahmen) zusammenfasst. Mit rund 3,4 Mrd. € im Jahr 2009 hatte diese Komponente einen Anteil von über 21 % an den Landeseinnahmen des Freistaates Sachsen.

Methodische Umsetzung der Langfristprojektion

Um die langfristige Entwicklung der sächsischen Landeseinnahmen projizieren zu können, müssen die drei Einnahmekomponenten unter Zuhilfenahme geeigneter Annahmen in die Zukunft fortgeschrieben werden.

Entscheidend für die Entwicklung des Steueraufkommens in Sachsen ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Da für die Vorausberechnung Informationen bis zum Jahr 2025 benötigt werden, wird für die Berechnung des langfristigen Wachstumspfades auf ein produktionstheoretisches Modell zurückgegriffen, welches von kurzfristigen Effekten abstrahiert und lediglich mit den drei wesentlichen Faktoren *Arbeit*, *Kapital* und *technologischem Fortschritt* die Ableitung eines durchschnittlichen Trendwachstums der kommenden Jahre ermöglicht.²

Dabei wird der Faktor *Arbeit* in die Komponenten Erwerbstätigenquote, Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie Arbeitsstunden je Erwerbstätigen unterteilt. Die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ergibt sich aus den aktuellen Bevölkerungsvorausberechnungen des STATISTISCHEN BUNDESAMTES. Die Erwerbstätigenquote gibt an, welcher Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter tatsächlich einer Beschäftigung nachgeht. Für die Berechnungen wurde angenommen, dass diese bis zum Jahr 2025 leicht von derzeit etwa

71,9 % auf 74 % ansteigen wird. Diese Überlegung beruht auf der Annahme, dass aufgrund des Rückganges der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verstärkt Gruppen in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen, die derzeit noch eine relativ geringe Partizipationsquote aufweisen (insbesondere Ältere und Frauen), was einen moderaten Anstieg der Erwerbstätigenquote nach sich ziehen wird. Derzeit arbeitet ein Erwerbstätiger im Schnitt 1.432 Stunden im Jahr. Das entspricht einer wöchentlichen Arbeitszeit von etwa 32,5 Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Dieser Wert wurde für die Berechnungen als konstant angenommen. Einerseits wird die Teilzeitarbeit wohl aufgrund des abnehmenden Arbeitsangebotes zurückgehen. Andererseits werden aber verstärkt Gruppen in den Arbeitsmarkt integriert, die tendenziell eine höhere Neigung zu Teilzeitbeschäftigung haben, z. B. aufgrund von Kindererziehung oder eingeschränkter körperlicher Belastbarkeit. Mithilfe dieser Annahmen kann der Einsatz des Faktors *Arbeit*, ausgedrückt in geleisteten Arbeitsstunden, berechnet werden.

In einem zweiten Schritt wird die Entwicklung der Kapitalintensität bestimmt. Diese determiniert bei gegebenem Arbeitsvolumen den notwendigen Einsatz des Faktors *Kapital*. Dafür wird die Kapitalintensität linear aufgrund des historischen Trends in die Zukunft fortgeschrieben. Dabei zeigt sich eine starke Zunahme der Kapitalintensität in den kommenden Jahren. Dies ist durchaus plausibel, da das abnehmende Arbeitsangebot (Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) tendenziell steigende Löhne zur Folge haben wird. Dies führt zu einer Substitution von Arbeit durch Kapital.

Als dritter Wachstumsfaktor wird der *technologischer Fortschritt* ebenfalls auf Basis des historischen Trends in die Zukunft fortgeschrieben. Der technologische Fortschritt gibt an, wie produktiv die eingesetzten Faktoren Arbeit und Kapital genutzt werden können.

Unter diesen Annahmen ergibt sich ein durchschnittliches reales Trendwachstum von 1,54 % pro Jahr für Deutschland insgesamt, welches für die Jahre 2014 bis 2025 in die Projektion einfließt. Unter Berücksichtigung des aktuellen konjunkturellen Einbruchs und der daraus resultierenden Abweichungen vom Langfristwachstum in den Jahren 2009 bis 2013 ergibt sich im Ergebnis eine durchschnittliche Wachstumsrate von 0,9 % pro Jahr für den Betrachtungszeitraum von 2009 bis 2025.

Um aus der wirtschaftlichen Entwicklung im Prognosezeitraum Rückschlüsse auf die Entwicklung der Steuereinnahmen im FREISTAAT SACHSEN schließen zu können, wird für die Berechnungen des realen Steueraufkommens auf folgende Gleichung zurückgegriffen:

$$\begin{aligned} \text{reales Steueraufkommen}_t \\ = \text{reales Steueraufkommen}_{t-1} (1+R_t r) (1+P_t) \end{aligned}$$

Dabei bezeichnet R_t die Wachstumsrate des realen BIP in Deutschland, η die Steueraufkommenselastizität und P_t die Wachstumsrate der Bevölkerung für den FREISTAAT SACHSEN. Das Steueraufkommen eines Jahres ergibt sich folglich aus dem Steueraufkommen des vorangegangenen Jahres multipliziert mit den Wachstumsfaktoren für die Bevölkerung und das BIP sowie unter Berücksichtigung der Steueraufkommenselastizität. Für die Berechnungen wird analog zu SEITZ (2008) von einer langfristigen Steueraufkommenselastizität von 1 ausgegangen.³ Das bedeutet, dass sich auf lange Sicht die (gesamtdeutschen) Steuereinnahmen um 1 % erhöhen, wenn die Wirtschaftskraft um 1 % steigt.

Die zweite elementare Säule der Einnahmen besteht aus den Bundesergänzungszuweisungen, welche sich aus § 11 FAG ergeben. Diese umfassen die SoBEZ, PolBEZ sowie die Hartz-IV-BEZ. Die Höhe der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten ist im FAG gesetzlich geregelt; sie laufen mit dem Jahr 2020 aus. Die Höhe der (nominal fixierten) SoBEZ in den einzelnen Jahren ergibt sich somit direkt aus dem FAG, in dem auch die konkreten Zuweisungsschlüssel für die einzelnen Länder verankert sind. Die Höhe der PolBEZ und Hartz-IV-BEZ ist zwar ebenfalls im FAG festgesetzt, allerdings unterliegen diese einer regelmäßigen Überprüfung hinsichtlich ihrer Anspruchsgrundlage, weshalb ihre zukünftige Höhe ungewiss ist. Um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von SEITZ (2008) zu gewährleisten, werden dessen Annahmen für die Projektion beibehalten. Die PolBEZ werden nach § 11 Abs. 4 FAG in kleinen finanzschwachen Ländern für die Kosten der politischen Führung geleistet. Diese Transfers sind nominal fixiert. Für den Projektions-Zeitraum werden die seit dem Jahr 2005 gültigen Beträge als konstant angenommen. Allerdings wird in der Projektion davon ausgegangen, dass diese mit Auslaufen des FAG im Jahr 2020 ebenfalls nicht mehr fließen werden. Die Hartz-IV-BEZ werden den neuen Ländern zum Ausgleich ihrer Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gewährt. Die Hartz-IV-BEZ werden im Jahr 2010 einer Überprüfung (sowohl im Hinblick auf den Gesamtbetrag als auch die Verteilung auf die einzelnen Länder) unterzogen. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Zuweisungen in den Folgejahren abgesenkt werden, da die strukturelle Arbeitslosigkeit infolge des demographischen Wandels zurückgehen dürfte und somit mit einer Angleichung der Belastungen für erwerbsfähige ALG-II-Empfänger an westdeutsche Werte zu rechnen ist. Für die Projektion wird von einer Degression dieser Mittel bis zum Jahr 2020 ausgegangen, wobei sich das Degressionsmuster

an der Methodik von SEITZ (2008) anlehnt. Im Jahr 2011 wird das nominale Volumen der Hartz-IV-BEZ auf 75 % des gegenwärtigen Volumens fixiert. In den Folgejahren (2012 bis 2019) werden diese Beträge linear bis auf null im Jahr 2020 abgeschmolzen. Das Auslaufjahr 2019 wurde wie bei den anderen BEZ bewusst gewählt, da mit dem 31.12. 2019 auch das FAG ausläuft.

Die dritte Komponente umfasst alle *Einnahmen*, welche sich weder dem erweiterten Steueraufkommen noch den Bundesergänzungszuweisungen zurechnen lassen (Korb-2-Zahlungen, sonstige Leistungen von Bund und EU sowie alle anderen Einnahmen). Die Gesamtleistungen des Bundes sowie der EU in den Jahren 2009 bis 2013 wurde aus der aktuellen „Mittelfristige(n) Finanzplanung des FREISTAATES SACHSEN 2009 bis 2013“ (MiPLA) extrahiert. Dabei wurden nur solche Leistungen in der Projektion berücksichtigt, welche auch direkt in den sächsischen Landeshaushalt fließen.⁴ Die Aufteilung der Zahlungen des Bundes und der EU an den Freistaat werden deshalb in die überproportionalen, ostspezifischen und die sonstigen, nicht ostspezifischen Leistungen aufgeteilt, da sich die ostspezifischen Leistungen im Projektionszeitraum deutlich vermindern werden, während für die nicht ostspezifischen Leistungen mit einem moderaten nominalen Anstieg gerechnet werden kann. Alle ostspezifischen Zahlungen – wie z.B. die Leistungen des Bundes im Rahmen des Korb-2 des SOLIDARPAKTES II – werden in der Projektion bis zum Jahr 2019 zurückgeführt. Diese Zahlungen wurden analog zu der SoBEZ-Degressionsformel aus dem FAG fortgeschrieben, so dass sich ab dem Jahr 2020 keine Einnahmen mehr aus ostspezifischen Mitteln ergeben.

Aus der MiPLA lassen sich ebenfalls die sonstigen Leistungen von Bund und EU ableiten, die sich aus der Differenz aus Gesamtleistungen des Bundes und der EU sowie den ostspezifischen Leistungen des Bundes und der EU ergeben. Analog zu SEITZ (2008) werden die sonstigen Leistungen des Bundes und der EU mit einer Wachstumsrate von 1 % fortgeschrieben. Die unterstellte Wachstumsrate ist dabei eher als optimistisch anzusehen, da die Zahlungen des Bundes in der Regel nominal fixiert werden und nur sehr verzögert an die realen Entwertungen angepasst werden.

Darüber hinaus fasst der Posten *alle anderen Einnahmen* die Einnahmen zusammen, die über den Landeshaushalt fließen, jedoch keinem der bisher erläuterten Posten zugeordnet werden können. Beispiele hierfür sind Verwaltungseinnahmen oder die ab dem Jahr 2009 geleisteten Kompensationszahlungen für den Einnahmeausfall infolge der Übertragung der Kfz-Steuer auf den Bund. Als Grundlage für die Quantifizierung dieser Posten dient die aktuelle MiPLA. Die relevanten Einnahmekomponenten der MiPLA werden aggregiert und um

Einmaleffekte und besondere Finanzierungsvorgänge bereinigt. Für die Jahre 2009 bis 2013 können die Werte unmittelbar aus der MiPLA abgeleitet werden. Für die Jahre 2014 bis 2025 müssen die Werte mit einer sinnvollen Wachstumsrate fortgeschrieben werden. SEITZ (2008) verwendet in seinem Gutachten die aus der MiPLA 2007 bis 2011 resultierenden Wachstumsraten. Aufgrund der aktuellen konjunkturellen Situation und den dementsprechend negativen Wachstumsraten in der kurzen Frist würde ein solches Vorgehen die langfristige Entwicklung dieses Einnahmepostens wahrscheinlich deutlich unterschätzen. Daher wurde in der vorliegenden Projektion die durchschnittliche Wachstumsrate der Jahre 2004 bis 2012 für die Fortschreibung der Einnahmen verwendet.

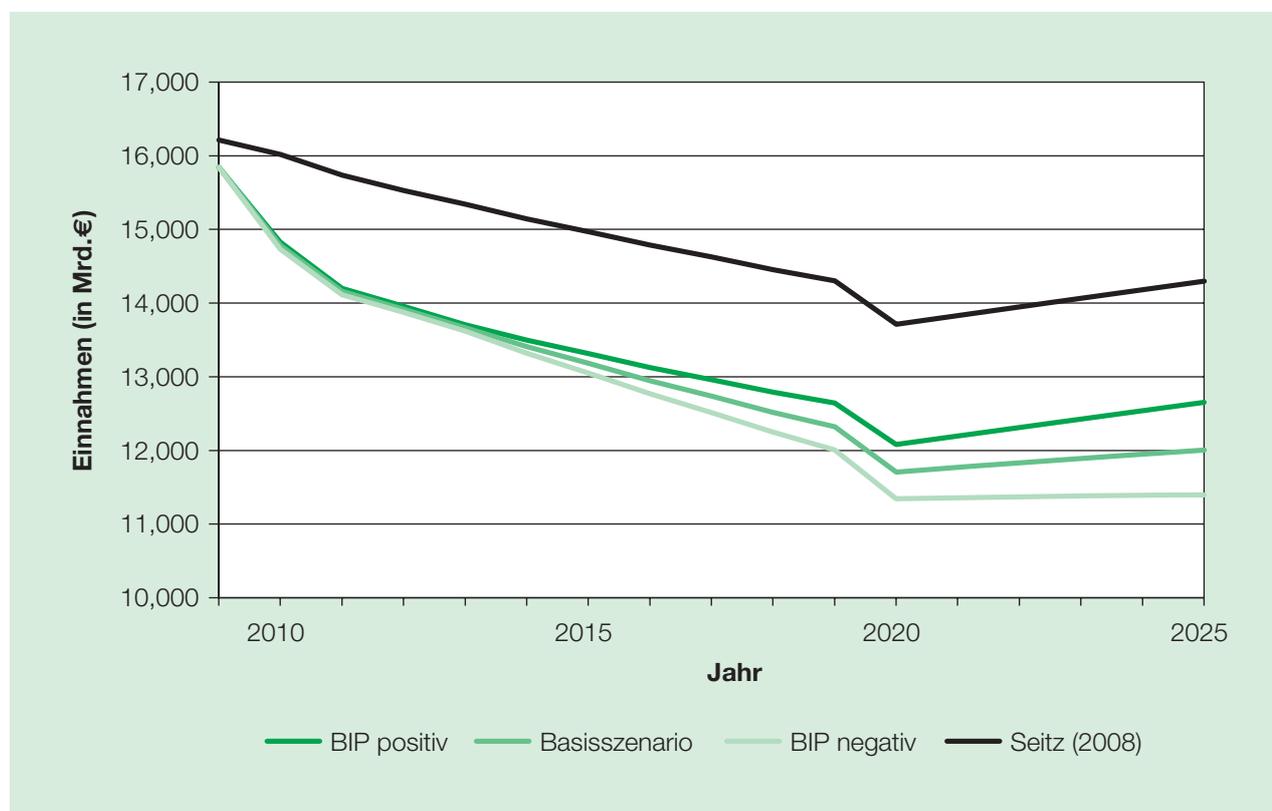
Ergebnisse

Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse der Projektionsrechnung. Für die Jahre 2009 bis 2013 wurden die Wachstumsraten aus der aktuellen Steuerschätzung abgeleitet. Für die folgenden Jahre fließt die ermittelte Wachstumsrate in die Fortschreibung ein. Neben diesem Basisszenario werden eine pessimistische und eine optimistische Entwicklung der Steuereinnahmen berücksichtigt. Die

alternativen Szenarien unterscheiden sich dabei von der Basisvariante in der Höhe der jährlichen BIP-Wachstumsrate um $\pm 0,5$ Prozentpunkte. Damit ergibt sich für die Jahre 2014 bis 2025 ein oberes (unteres) Band des jährlichen Wirtschaftswachstums von rund 2% (1%), was einer durchschnittlichen Wachstumsrate von etwa 1,4% (0,4%) für den gesamten Betrachtungszeitraum entspricht.

Ausgehend von den aktuellen Landeseinnahmen in Höhe von 15,8 Mrd. € im Jahr 2009, führen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem erheblichen Einbruch der Steuereinnahmen und damit zu einer Verminderung der Gesamteinnahmen, die auch bis zum Ende des Betrachtungszeitraums nicht wieder aufgeholt werden wird. Darüber hinaus führt die Degression bei den Bundesergänzungszuweisungen sowie bei den Zahlungen von Bund und EU zu einem kontinuierlichen Abfall der Einnahmen bis zum Jahr 2019. Dies wird zusätzlich durch die reale Bereinigung der nominal fixierten Beträge verstärkt. Mit dem Auslaufen der Mittel des SOLIDARPAKTES II im Jahr 2019 ist zusätzlich mit einem weiteren Rückgang der Einnahmen zu rechnen. Erst im Anschluss an diese Periode kommen dann die Wachstumseffekte des Steueraufkommens zum Tragen, was zu einem Anstieg der Einnahmen ab dem Jahr 2020 führt.

Abbildung 2: Projektion der realen Landeseinnahmen bis zum Jahr 2025 im Freistaat Sachsen



Quelle: Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

Dennoch werden die Einnahmen des FREISTAATES SACHSEN im Jahr 2025 etwa 3,8 Mrd. € bzw. 24 % unter denen des Jahres 2009 liegen. Zum Vergleich ist die Basisvariante der Projektion von SEITZ (2008) ebenfalls in Abbildung 2 abgetragen. Es ist ersichtlich, dass die Einnahmen im Jahr 2025 nach der vorliegenden Projektion um etwa 2,3 Mrd. € bzw. knapp 16 % unter denen des Basisszenarios von SEITZ (2008) liegen werden.

Im Wesentlichen ist dieser drastische Rückgang, im Vergleich zu den Ergebnissen von SEITZ (2008), auf zwei Ursachen zurückzuführen. Einerseits kommt es durch die aktuelle Wirtschaftskrise zu einem deutlich stärkeren Einbruch der Steuereinnahmen. Dieser allein macht im Jahr 2009 eine Differenz von etwa 1 Mrd. € aus. Andererseits führen der daraus resultierende Basiseffekt und die geringere Wachstumsrate des realen BIP zu einem langsameren Wachstum des Steueraufkommens in den Folgeperioden als von SEITZ (2008) prognostiziert.⁵

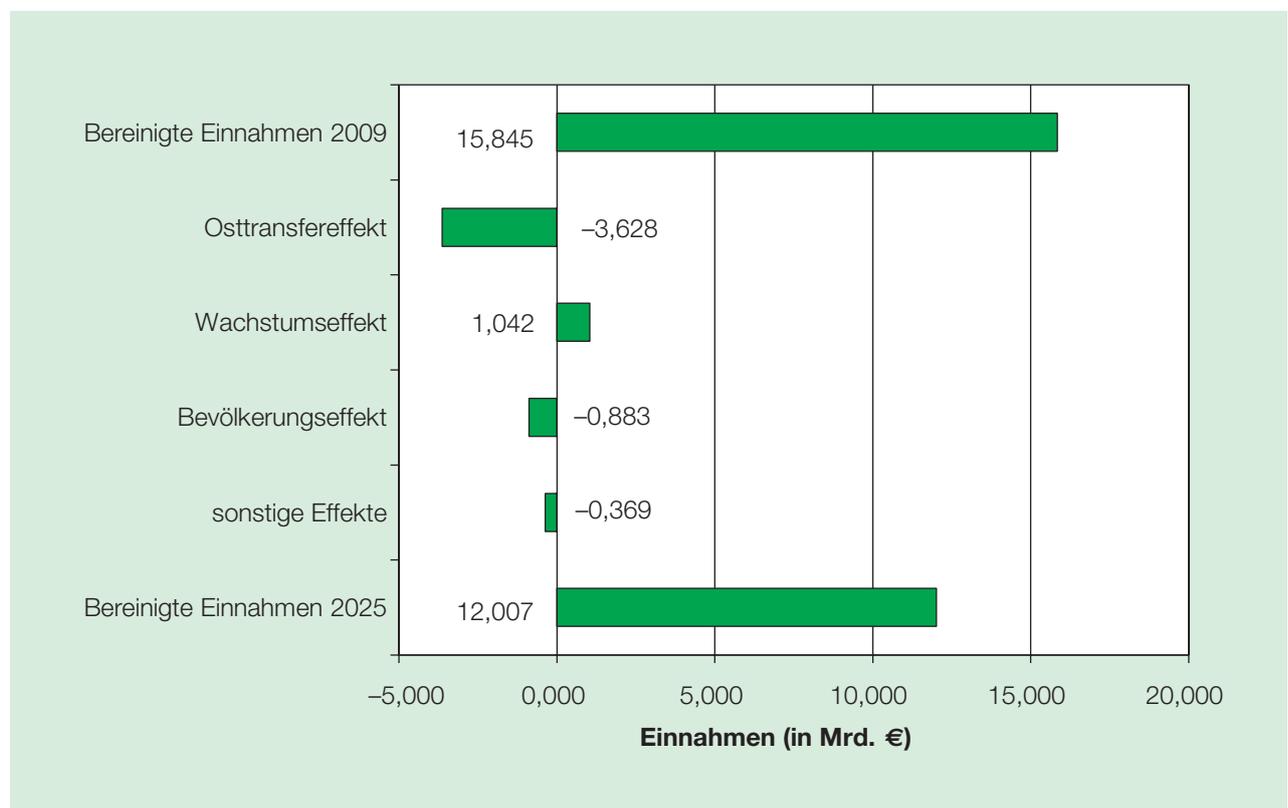
Die nachfolgende Abbildung 3 verdeutlicht die Entwicklung der bereinigten Einnahmen anhand der wesentlichen Komponenten. Für das Basisszenario ergibt sich ein prognostizierter realer Einnahmerückgang von etwa 3,8 Mrd. €. Maßgeblich hierfür ist der (negative) Osttransfereffekt, welcher sowohl durch sinkende Bundesergänzungszuweisungen als auch abnehmende Korb-2-

Mittel rund 3,6 Mrd. € zum Einnahmerückgang beiträgt. Darüber hinaus führen die negativen Bevölkerungs- und sonstigen Effekte zu sinkenden Einnahmen. Der Bevölkerungseffekt belastet die Einnahmesituation des FREISTAATES SACHSEN, da das Steueraufkommen infolge der sinkenden Bevölkerung rückläufig sein wird. Der negative Beitrag der sonstigen Effekte resultiert im Wesentlichen aus der nominalen Fixierung der enthaltenen Posten (z. B. Kfz-Steuer-Kompensationsbetrag), welche im Zeitverlauf real entwertet werden. Einzig der Wachstumseffekt liefert durch das steigende Steueraufkommen einen positiven Beitrag.

Haushaltspolitische Implikationen

Unabhängig vom gewählten Szenario werden die Einnahmen des FREISTAATES SACHSEN im Jahr 2025 in jedem Fall unter denen des Jahres 2009 liegen. Die Einnahmen liegen dabei zwischen 11,2 Mrd. € im negativen Szenario (negative Entwicklungen des BIP) und 12,7 Mrd. € bei entsprechend positiver Entwicklung. Besonders bemerkenswert ist der enorme Einfluss des Osttransfereffektes. Da der Rückgang dieser Einnahmeposition relativ zuverlässig prognostizierbar ist, erfordert diese Entwicklung

Abbildung 3: Entwicklung der Einnahmekomponenten des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025



Quelle: Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

eine frühzeitige Adaption der Haushaltspolitik. Für mögliche Anpassungsszenarien wären konkrete Erkenntnisse über die Entwicklung der Ausgabenpositionen erforderlich. Allerdings sind Prognosen in diesem Bereich äußerst schwierig, da Faktoren wie Anpassungswille der Entscheidungsträger und technische Anpassungsfähigkeit nicht zuverlässig prognostiziert werden können. Jedoch lassen sich aus der gegenwärtigen Ausgabenstruktur nützliche haushaltspolitische Implikationen ableiten. Den größten Posten der Landesausgaben stellen die Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen an die kreisangehörigen Gemeinden, die Landkreise und die kreisfreien Städte dar, wie es im Rahmen des Gesetzes zum kommunalen Finanzausgleich geregelt ist. Hier bieten sich jedoch nur wenige Ansatzpunkte für eine gezielte Ausgabenreduktion. Einen weiteren großen Einzelposten stellen die Personalausgaben dar. Einige Effekte, wie zum Beispiel der Ost-West-Angleich der Gehälter im öffentlichen Dienst, laufen den anzustrebenden Einsparungen sogar zuwider. Deshalb ist bei diesem Posten eine frühzeitige Anpassung an die zu erwartenden Entwicklungen (z. B. demographischer Wandel) nur über die Einstellungspolitik möglich. Positiv zu vermerken ist hingegen die geringe Zinsbelastung des Haushaltes, welche durch die nachhaltige Haushaltspolitik der vergangenen Jahre nur einen geringen Anteil an den Gesamtausgaben hat. Sofern es gelingt, diesen Haushaltskurs beizubehalten, ist auch in Zukunft nicht mit einer übermäßigen Zinslast zu rechnen.

Ein kritischer Posten sind die Investitionen des FREISTAATES SACHSEN. Da diese Ausgaben im Wesentlichen durch Leistungen des Bundes und der EU finanziert werden, sind sie durch die Degression der Bundesergänzungszuweisungen sowie der Korb-2-Mittel besonders betroffen. Im aktuellen Finanzplanungszeitraum sinken diese Zuweisungen um rund 1,3 Mrd. €, was den Handlungsspielraum bei den Investitionen bereits in der mittleren Frist weiter einschränkt. Investitionen sind jedoch Grundlage für weiteres wirtschaftliches Wachstum und

Wohlstand. Aus diesem Grund muss durch geeignete haushaltspolitische Maßnahmen die Investitionsfähigkeit des FREISTAATES SACHSEN auch für die Zukunft sichergestellt werden.

Literatur

- DÖLL, S.; NAGL, W.; RAGNITZ, J.; THATER, C. (2009): Mittelfristige Einkommensentwicklung in Sachsen. ifo Dresden Studie, Nr. 48.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR FINANZEN (Hrsg.) (2009): MiPLA – Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2009–2013.
- SEITZ, H. (2008): Fortschreibung einer Langfristprojektion für den Landeshaushalt des Freistaat Sachsen unter Beachtung von Risikofaktoren. Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen. Unveröffentlicht, aber abrufbar unter: http://www.tu-dresden.de/wwwlemp/publikation/Seitz%282008Mar%29_FortschreibgLangfristprojektionLandeshaushaltSNMitRisikofaktoren.pdf.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2006): 4. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2006): 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.

- ¹ Die Ergebnisse dieser Projektion wurden von Seiten des SMF in der aktuellen mittelfristigen Haushaltsplanung („Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2009–2013“) publiziert [vgl. SMF(2009)].
- ² Ein entsprechendes Modell wurde vom ifo Institut bereits an anderer Stelle vorgestellt [vgl. DÖLL, S.; NAGL, W.; RAGNITZ, J.; THATER, C. (2009)].
- ³ Für eine ausführliche Erläuterung dieser Annahme siehe SEITZ (2008), S. 9f.
- ⁴ Um diese Zahlungen zu identifizieren, wurde auf die bekannte Struktur der Korb-2-Mittel zurückgegriffen.
- ⁵ SEITZ (2008) geht in seiner Projektion von einer realen BIP-Wachstumsrate von 1,6% für den gesamten Prognosezeitraum aus.

Technologiebericht Sachsen 2009 – Zusammenfassung

Für das Projektteam: Joachim Ragnitz*

Innovationen sind in einer modernen Volkswirtschaft eine wesentliche Voraussetzung für ein dauerhaft hohes Wohlstandsniveau. Die Wirtschaftspolitik benötigt daher aktuelle Informationen über die Innovationsaktivitäten in Wirtschaft und Wissenschaft, um etwaige Schwachstellen frühzeitig erkennen und ausräumen zu können. Hierbei ist nicht nur die Situation im eigenen Land zu berücksichtigen, sondern auch jene in konkurrierenden Ländern und Regionen, um ein Zurückfallen im Standortwettbewerb rechtzeitig diagnostizieren zu können. Dabei sind alle relevanten Stufen des Innovationsprozesses – vom Bildungssystem über Forschung und Entwicklung bis hin zur Umsetzung von Innovationsergebnissen in marktfähige Produkte und kostensenkende Verfahren – in gleichem Maße zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund hat das IFO INSTITUT, NL DRESDEN, zusammen mit dem NIEDERSÄCHSISCHEN INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (NIW) im Auftrag der SÄCHSISCHEN STAATSREGIERUNG eine umfassende Bestandsaufnahme der technologischen Leistungsfähigkeit des FREISTAATS SACHSEN im Regionenvergleich erarbeitet. Die Ergebnisse dieser Studie wurden kürzlich in Gestalt des „SÄCHSISCHEN TECHNOLOGIEBERICHTS 2009“ veröffentlicht. [vgl. SMWK (2009)]

Im Folgenden wird die Zusammenfassung der Studie dargestellt. Der gesamte Bericht ist im Internet (<http://www.smwk.sachsen.de>) erhältlich und wird demnächst als ifo Dresden Studie Nr. 50 veröffentlicht.

Humankapitalbildung

Bildungsausgaben

Preisbereinigt und auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezogen, sinken die Ausgaben für Bildung und Forschung in Deutschland bei längerfristiger Betrachtung (2000 bis 2007). In Sachsen und in Ostdeutschland insgesamt ist dieser Abwärtstrend, von höherem Niveau aus, stärker ausgeprägt. Hierin spiegeln sich u. a. auch die Anpassungen aufgrund des demographischen Wandels wider.

Die relativen Bildungsausgaben Sachsens liegen 2005 mit 5,6 % des BIP, wie auch die der übrigen ostdeutschen Länder, über dem gesamtdeutschen Wert von 4,2 %. Im internationalen Vergleich bewegt sich der Freistaat damit im oberen Mittelfeld. Deutschland insgesamt liegt bei diesem Indikator (insbesondere aufgrund niedriger Ausgaben im Primärbereich) unter dem Niveau der meisten OECD-Länder.

Bildungsbeteiligung

Zwischen 2002 und 2007 ging die Schülerzahl in Sachsen um 25 % zurück. Dieser Trend wird sich aller Voraussicht nach bis 2011 fortsetzen; erst danach ist eine kurze Phase des Anstiegs und darauf folgend eine Stagnation der Schülerzahlen zu erwarten. 2008 hatten erstmals auch die westdeutschen Länder rückläufige Schülerzahlen zu verzeichnen.

Der Bildungsstand der Schulabgänger in Sachsen ist wegen des überdurchschnittlichen Anteils mittlerer und hoher Bildungsabschlüsse vergleichsweise hoch. Zwischen 2002 und 2007 gelang es, die Quote der Studienberechtigten auf 31 % zu steigern. Infolge des Schülerrückgangs insgesamt ist die Zahl der Studienberechtigten absolut betrachtet jedoch zurückgegangen. Wie in anderen ostdeutschen Ländern gelang auch in Sachsen die Nachqualifikation an den beruflichen Schulen überdurchschnittlich gut.

Der Rückgang der Schulabgängerzahlen dürfte in absehbarer Zeit von einem Bewerberüberhang zu einer Bewerberlücke auf dem Ausbildungsmarkt führen. Hinsichtlich der Struktur neu abgeschlossener Ausbildungsverträge ist für Sachsen ein relativ hoher Anteil in Fertigungsberufen und ein geringer Anteil in Dienstleistungsberufen festzustellen.

Hochschulen

Im Unterschied zu den anderen ostdeutschen Ländern ist Sachsen seit Jahren ein „Nettoimporteur“ von Studienanfängern. Der Anteil ausländischer Studenten hat 2007 fast gesamtdeutsches Niveau erreicht. Soweit es gelingt, zugewanderte Studenten in Sachsen zu halten, wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Sicherung hochqualifizierten Nachwuchses.

* Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden und hatte die wissenschaftliche Leitung des Projekts inne.

Anhand der Fächerstrukturquote ist eine starke ingenieurwissenschaftliche Ausrichtung für Sachsen festzustellen. Im Jahr 2007 belegten 27 % der Studienanfänger entsprechende Fachrichtungen, gegenüber 18 % im Bundesdurchschnitt. Diese Präferenz zeigt sich auch bei den Absolventen, von denen 23 % ihren Abschluss in Ingenieurwissenschaften erlangten, gegenüber bundesweit 16 %. Soweit diese Absolventen im Land bleiben, kann Sachsen hieraus einen nachhaltigen Standortvorteil ziehen.

2007 erreichte die Absolventenquote in Sachsen mit 24,5 % den gesamtdeutschen Wert, während die anderen ostdeutschen Flächenländer deutlich niedrigere Quoten aufwiesen. Im internationalen Vergleich liegen Sachsen bzw. Deutschland mit dieser Quote trotz eines Anstiegs in den letzten Jahren jedoch an drittletzter Stelle der OECD. Die Studiendauer lag 2005 mit 10,4 Semestern in Sachsen nahe am gesamtdeutschen Wert von 10,6. Bei der Promotionsquote nahm Deutschland OECD-weit 2006 den dritten Platz ein, wobei Sachsen etwas unter dem deutschen Wert lag.

Forschung und Entwicklung (FuE) als Innovations-Input

Forschungsaufwendungen und Forschungspersonal

Sachsen belegt 2006 mit einer FuE-Intensität (Anteil der FuE-Ausgaben am BIP) von 2,3 % deutschlandweit den fünften Rang. Bei der FuE-Personalintensität (Anteil des FuE-Personals an allen Beschäftigten) liegt Sachsen mit 9,3 % unter dem Bundesdurchschnitt von 11,7 %, was international dennoch einen Platz im vorderen Mittelfeld bedeutet.

Forschung und Entwicklung im öffentlichen Sektor

Im internationalen Vergleich weist Deutschland einen hohen Anteil des öffentlichen Sektors an den FuE-Ausgaben auf. Dies gilt in besonderem Maße für Ostdeutschland und so auch für Sachsen. Deutschland liegt 2006 EU-weit auf Rang fünf bei der FuE-Intensität des öffentlichen Sektors. Sachsen belegt innerhalb Deutschlands den dritten Platz. Diese Platzierung hat sich seit 2001 nicht wesentlich verändert.

Nach den Stadtstaaten nimmt Sachsen auch bei der FuE-Personalintensität des öffentlichen Sektors eine Spitzenposition in Deutschland ein. Allerdings belegt Deutschland 2006 im EU-Vergleich nur einen Platz im Mittelfeld.

Bei den FuE-Mitteln für Hochschulen liegt Sachsen mit 479 Mill. € auf Rang sieben im innerdeutschen Vergleich, bezogen auf das BIP mit 0,54 % auf Rang vier.

International nimmt Deutschland dabei 2006 einen oberen Mittelplatz ein. Die FuE-Personalintensität der Hochschulen Sachsens liegt bundesweit mit 2,6 % ebenfalls auf Rang vier, wobei Deutschland im internationalen Vergleich nur im unteren Mittelfeld platziert ist. Auch bezüglich der Drittmittel der Hochschulen belegt Sachsen 2006 mit einer Drittmittelquote von 43 % im Vergleich der deutschen Länder Rang vier. Dabei werden 11 % der FuE-Ausgaben an Hochschulen in Sachsen und Deutschland von der gewerblichen Wirtschaft finanziert. Die Drittmittelquote stieg seit 2001 deutschlandweit, in Sachsen jedoch überdurchschnittlich stark. Neben den Hochschulen trägt eine Vielzahl von außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu Sachsens technologischer Leistungsfähigkeit bei. Mit außerhochschulischen FuE-Ausgaben von 569 Mill. € in 2006 – der sechsthöchste absolute Wert in Deutschland – liegt Sachsen, bezogen auf das BIP 2005, deutschlandweit wiederum auf Rang vier. Dies ist auch international ein überdurchschnittlich guter Wert.

Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft

Die FuE-Aufwendungen des Unternehmenssektors liegen in Sachsen 2005, auf das BIP bezogen, im innerdeutschen Vergleich nur auf Rang neun. Im Vergleich zu den ostdeutschen Flächenländern ist dies aber die Spitzenposition. Im Industriesektor dominieren die FuE-Ausgaben im Spitzentechnologiebereich, während der sonst in Deutschland vorherrschende Sektor der gehobenen Gebrauchstechnologie unterrepräsentiert ist, was u. a. auf geringe FuE-Kapazitäten im Automobilbau zurückzuführen ist. Im bundesweiten Vergleich der FuE-Personalintensität ist Sachsen im verarbeitenden Gewerbe nur im Maschinenbau in der Spitzengruppe zu finden. Rund ein Drittel der externen Industrieforschungseinrichtungen in Ostdeutschland sind in Sachsen angesiedelt.

Technologieorientierte Netzwerke und Cluster

Sachsen unterstützt und fördert auf vielfältigen Wegen die Bildung und Etablierung von technologieorientierten Netzwerken und Clustern.

An den auf die Unterstützung von Netzwerken und Kooperationen abzielenden bundesweiten Förderprogrammen sind sächsische Unternehmen und FuE-Einrichtungen überproportional beteiligt. So sind zwei der insgesamt fünf aus der ersten Runde des Spitzenclusterwettbewerbs des BUNDESMINISTERIUMS FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) im September 2008 hervorgegangenen Sieger in Sachsen ansässig.

Forschungs- und Technologiepolitik des Freistaats

Forschungspolitik

Nach dem Ende der DDR erfolgte die Neuordnung des Wissenschafts- und Forschungssystems nach dem Vorbild der westdeutschen Länder. Der rasche Ausbau der Bildungs- und FuE-Infrastruktur schuf in den Folgejahren eine wesentliche Grundlage für die technologische Leistungsfähigkeit des Landes. Zur Forschungsförderung stehen dem SMWK institutionelle und projektbezogene Instrumente zur Verfügung. Ein bundesweit einmaliges Projekt ist die sächsische Landesexzellenzinitiative.

Technologiepolitik

Grundsätze der technologiepolitischen Maßnahmen wurden 1992 in den „Leitlinien zur Technologiepolitik“ festgelegt und zwischenzeitlich mehrfach an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Vor allem aufgrund der für Ostdeutschland typischen großenbedingten Nachteile benötigen sächsische Unternehmen öffentliche Unterstützung ihrer FuE- und Innovationsaktivitäten. Die Hauptförderlinien sind dabei: Einzelbetriebliche FuE-Projektförderung, FuE-Verbundprojektförderung, Innovationsassistentenförderung und Technologietransferförderung.

Bildungs- und Innovations-Output

Bildung und Qualifikation

Im Jahr 2000 lag Deutschland beim PISA-Test in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften noch unter dem OECD-Durchschnitt, erreichte aber 2006 eine Platzierung jeweils über dem Durchschnittswert, wenn auch nicht in der Spitzengruppe. Im innerdeutschen Vergleich belegte Sachsen schon 2000 nach Bayern und Baden-Württemberg einen vorderen Platz. Sachsen konnte 2006 in allen drei Kategorien den ersten Platz erreichen.

Der hohe Stellenwert der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Fächer) an Sachsens Schulen schlägt sich nicht nur in guten Ergebnissen bei internationalen Schulleistungstests nieder, sondern teilweise auch in den Leistungen bei überregionalen Wettbewerben. So belegt Sachsen bei der Mathematikolympiade im innerdeutschen Ländervergleich den ersten Platz (Erhebungszeitraum 2004 bis 2008, ohne 2007), rangiert bei „Jugend forscht“ (2003 bis 2007) allerdings im Mittelfeld, und beim Bundesinformatikwettbewerb (2003 bis 2007) am unteren Ende. Bei Schüler-

unternehmen-Programmen erreicht Sachsen jeweils Plätze im Mittelfeld.

Bei der Betrachtung des Bildungsstandes der Bevölkerung ist zu berücksichtigen, dass die Schulsysteme der DDR und der Bundesrepublik nur eingeschränkt miteinander vergleichbar waren. Diese Unterschiede wirken bis heute nach. So haben 2006 in Sachsen nur 10,9% der Schulabgänger einen Hauptschulabschluss, während dies in Deutschland insgesamt 35,3% sind. 64,6% der sächsischen Schulabgänger verfügen über einen mittleren Bildungsabschluss, im Bundesmaßstab sind dies 23,5%. Zusammengefasst zeichnet sich Sachsen im innerdeutschen Vergleich durch ein auch in der Breite gutes Bildungs- und Ausbildungsniveau aus.

Mit einem Akademikeranteil von 16% (2006) liegt Sachsen über dem gesamtdeutschen Wert von 15,7%. Die Konzentration der Hochschulausbildung in Sachsen schlägt sich in der MINT-Absolventendichte nieder, welche in Deutschland die dritthöchste ist und sich auch oberhalb des OECD-Durchschnitts befindet (2006), während Gesamtdeutschland unter dieser Quote liegt. Negativ demgegenüber ist, dass das Land bei Akademikern per saldo eine Abwanderung von 21% eines Absolventenjahrgangs aufweist, die mit 41% bei Absolventen technischer Studiengänge am gravierendsten ausfällt (Absolventenjahrgang 2005). Somit gilt Sachsen zu Recht als „Ingenieurschmiede“ Deutschlands, verliert aber viele seiner ausgebildeten Ingenieure an andere Regionen.

Innovation

Trotz einer Zunahme des Innovatorenanteils in der sächsischen Wirtschaft von 2001 bis 2007 verschlechterte sich die Position Sachsens bei diesem Indikator im bundesdeutschen Vergleich vom siebenten (2001) auf den elften Rang (2007). Dennoch konnte Sachsen seine Spitzenposition unter den ostdeutschen Ländern behaupten. Ein auch deutschlandweit hoher Anteil an Innovatoren ist für Sachsen im verarbeitenden Gewerbe zu konstatieren. Bei wissensintensiven Dienstleistungen liegt der Freistaat auf Rang elf.

Bei der Zahl der Beschäftigten in innovierenden Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes – gemessen als Anteil an allen Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes – liegt Sachsen im Jahr 2007 nur leicht unter dem (westdeutschen) Mittelwert; im Teilbereich Spitzentechnologie befindet sich Sachsen sogar im oberen Mittelfeld. Im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen liegt der auf innovierende Unternehmen entfallende Beschäftigtenanteil im Freistaat zwar weiter unter dem west- und gesamtdeutschen Wert, doch gelang der Sprung von Rang sechzehn auf Rang sieben.

Die Beschäftigtenquote ist größer als die Innovatorenquote. Dies impliziert, dass innovierende Unternehmen mehr Personal aufweisen.

Ähnlich wie bei der Beschäftigung liegt auch der Umsatzanteil innovierender Unternehmen in Sachsen 2007 unter dem bundesdeutschen Wert. Zudem zeigt sich, dass ein Großteil der Exporte der Wirtschaft auf innovierende Unternehmen entfällt. In dieser Kategorie befindet sich Sachsen über dem gesamtdeutschen Niveau.

Patente und Gründungen

Im Hinblick auf die Zahl der Patentanmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt liegt Sachsen wie alle ostdeutschen Länder unter dem Bundesdurchschnitt, hat im Unterschied zu fast allen anderen Ländern jedoch steigende Zahlen vorzuweisen. Unter den deutschen Ländern mit einer gestiegenen Zahl an Anmeldungen weist Sachsen die höchste Steigerungsrate auf. Absolut betrachtet nimmt Deutschland 2008 nach den USA und vor Japan weltweit den zweiten Platz bei Patentanmeldungen ein.

Die Gründungs- und Abmeldeintensität von Gewerben lag in Sachsen unter der in Deutschland insgesamt (2002–2007). Per saldo ergibt sich ein Zuwachs an aktiven Unternehmen, der sich zwar unter dem gesamtdeutschen, aber im ostdeutschen Durchschnitt bewegt.

Sächsischer Innovationsindex

Zur Messung der Innovationsfähigkeit Sachsens wurde ein „Sächsischer Innovationsindex“ erarbeitet. Er besteht aus mehreren Einzelindikatoren, welche die Messbarkeit des komplexen, mehrschichtigen Gegenstandes der Innovationsfähigkeit ermöglichen. Dazu werden drei Subindikatoren – *Bildung*, *Forschung*, *Unternehmen* – gebildet, die jeweils nach In- und Outputfaktoren getrennt analysiert werden.

Beim Subindikator *Bildung* liegt Sachsen 2009 nach den Stadtstaaten und Baden-Württemberg auf Rang fünf und damit auch über dem deutschen Durchschnittsniveau. Anders als bei der Bildung, nimmt Sachsen beim Subindikator *Forschung* nur den zehnten Rang ein und rangiert damit auch unter dem Bundesdurchschnitt. Der Subindikator *Unternehmen* umfasst die Umfeldfaktoren und Rahmenbedingungen für betriebliche Innovationsaktivitäten. Auch hier liegt Sachsen mit Rang zehn im Mittelfeld und unter dem Bundeswert.

Im Gesamtindex belegt Sachsen 2009 die achte Position, im bereinigten Index der Flächenländer Rang sieben.

Damit ist Sachsen jedoch deutlich besser als die anderen ostdeutschen Flächenländer positioniert. Der sächsische Innovationsindex bestätigt, dass der wirtschaftliche Aufholprozess gegenüber den alten Ländern im FREISTAAT SACHSEN am weitesten vorangeschritten ist.

Handlungsempfehlungen

Humankapital

Das sächsische Bildungssystem generiert sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gute Ergebnisse. Vor dem Hintergrund des demographischen und technologischen Wandels ist jedoch die Qualifikation gegenwärtiger und künftiger Erwerbspersonen weiter zu verbessern. Entsprechende Maßnahmen müssen an allen Stufen des Bildungssystems ansetzen. Besonders wichtig sind die Senkung der Schülerzahlen ohne jeglichen Abschluss und die Erhöhung der Absolventenzahlen der Berufs- und Hochschulausbildung. Der beträchtlichen Abwanderung von Absolventen, insbesondere der technischen Disziplinen, kann die Politik nicht allein entgegenwirken. Hier ist vor allem auch ein Umdenken in den Unternehmen notwendig. Zusätzliche nachhaltige Innovationsimpulse könnten auch von einer Intensivierung des Personaltransfers von Hochschulen in Unternehmen und umgekehrt ausgehen.

Forschung, Entwicklung, Innovation

Im Bereich der öffentlich finanzierten Forschung verfügt Sachsen über einen ausgewogenen Mix aus grundlagenorientierter und angewandter Forschung. Private gemeinnützige und kommerzielle Einrichtungen der externen Industrieforschung ergänzen die öffentlichen Potenziale wirksam. Weiterer Nachhol- und Unterstützungsbedarf besteht aber bei den weniger stark ausgeprägten FuE-Aktivitäten der Unternehmen. Die Erhöhung der Innovationsbeteiligung vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen könnte durch eine Verbesserung der Kapital- und Personalausstattung sowie der Absorptionsfähigkeit der Unternehmen für externes Know-how erfolgen. Kooperationen vor allem mit Hochschulen können zur Intensivierung des Innovationsgeschehens beitragen. Eine offensivere Imagekampagne hinsichtlich technologischen Potenziale des Freistaats könnte dazu beitragen, das Gründungsgeschehen im High-tech-Bereich zu intensivieren und mobile Gründer für Sachsen zu gewinnen. Die Unternehmen selbst sollten ihre Humanressourcen noch stärker für die Innovationsgenese nutzen.

Netzwerke sind eine Möglichkeit zur Ergänzung bzw. Stärkung der innovativen Potenziale der Unternehmen.

Innovationsklima und Monitoring

Das Image Sachsens als leistungsfähiger Innovationsstandort ist sowohl bei der einheimischen Bevölkerung als auch in den Unternehmen verankert. Die öffentliche Diskussion um die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte könnte jedoch die Ansiedlungsneigung nationaler und internationaler Investoren negativ beeinflussen. Eine Imagekampagne könnte eventuellen Vorurteilen präventiv begegnen.

Derzeit fehlt es im Freistaat noch an einem Monitoring der innovationsrelevanten Maßnahmen. Eine Fortschreibung der in diesem Bericht erfassten Ergebnisse könnte der Politik wertvolle Orientierungshilfe über Stand, Wirkung, Stärken und etwaige Defizite des vorhandenen Instrumentariums liefern.

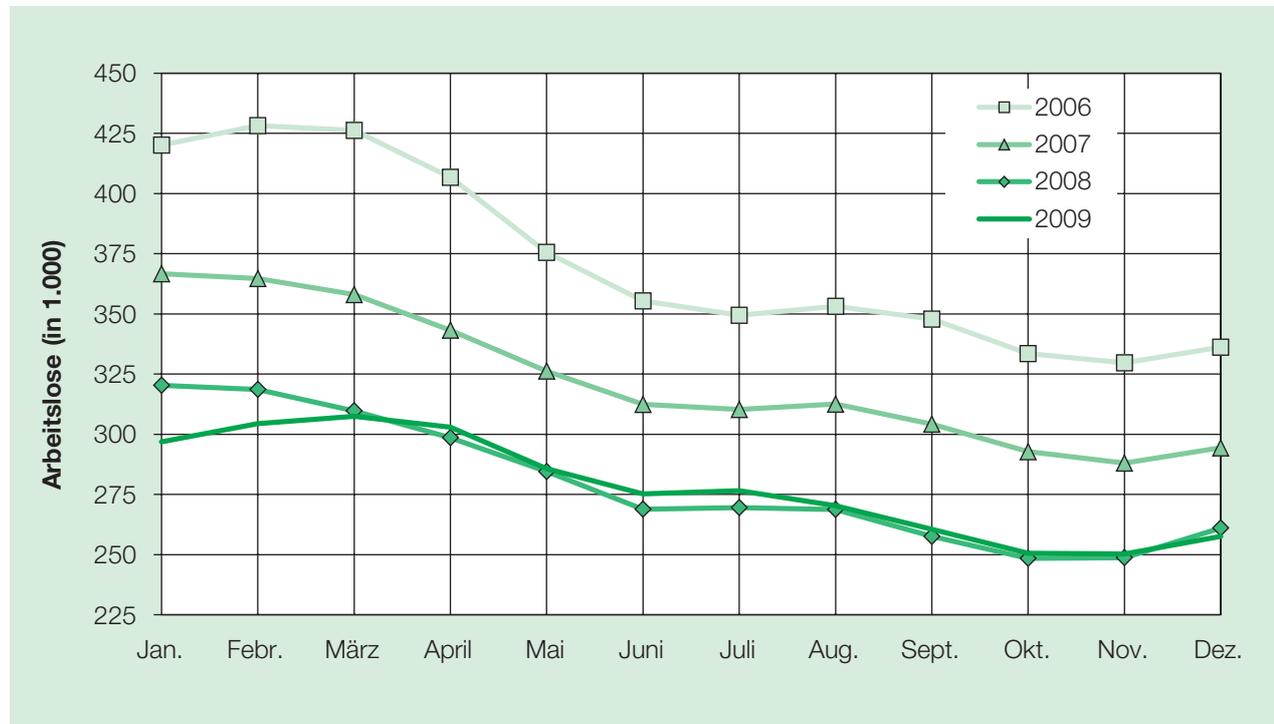
Literatur

SMWK – SÄCHSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KULTUR (2009). Sächsischer Technologiebericht 2009. Dresden, Dezember 2009.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

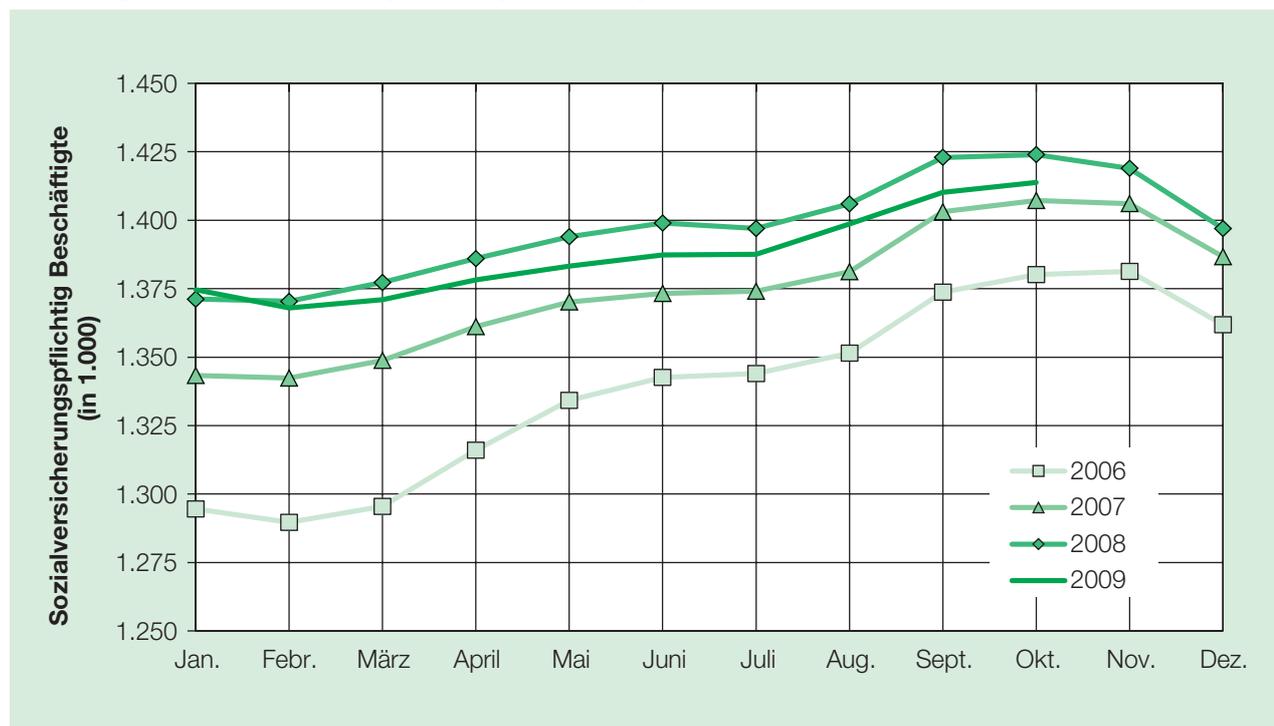
sta

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2006 bis 2009)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2006 bis 2009)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Okt. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	753	750	753	5,8	6,1	5,8	16,7	17,1	18,4
Mecklenburg-Vorp.	526	528	526	4,9	5,1	5,5	12,9	12,9	12,3
Sachsen	1.414	1.410	1.424	9,7	10,3	10,9	32,8	33,2	35,1
Sachsen-Anhalt	753	750	752	6,3	6,6	7,2	20,7	20,7	19,6
Thüringen	737	738	749	6,8	6,9	7,3	18,3	18,0	17,1
D Ost (mit Berlin)	5.316	5.308	5.326	47,7	49,9	50,6	124,6	125,0	125,4
D West (ohne Berlin)	22.491	22.491	22.693	235,8	241,5	282,0	242,8	242,7	236,0
D gesamt	27.807	27.798	28.020	283,4	291,4	332,6	367,4	367,7	361,4

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Dez. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	151	147	162	11,3	11,0	12,0	33,1	34,0	35,8
Mecklenburg-Vorp.	114	107	118	13,1	12,3	13,5	23,2	24,1	26,6
Sachsen	258	250	261	12,0	11,6	12,0	34,0	34,4	35,5
Sachsen-Anhalt	155	150	158	12,6	12,2	12,7	34,3	34,9	37,2
Thüringen	122	119	125	10,2	10,0	10,4	30,7	31,1	33,4
D Ost (mit Berlin)	1.027	1.000	1.043	12,1	11,8	12,2	32,3	32,8	34,7
D West (ohne Berlin)	2.248	2.216	2.059	6,7	6,6	6,2	29,7	30,0	32,8
D gesamt	3.276	3.215	3.102	7,8	7,6	7,4	30,5	30,9	33,4

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Offene Stellen umfassen alle zu besetzenden sozialversicherungspflichtigen Vollzeitverhältnisse (gefördert und ungefördert). Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

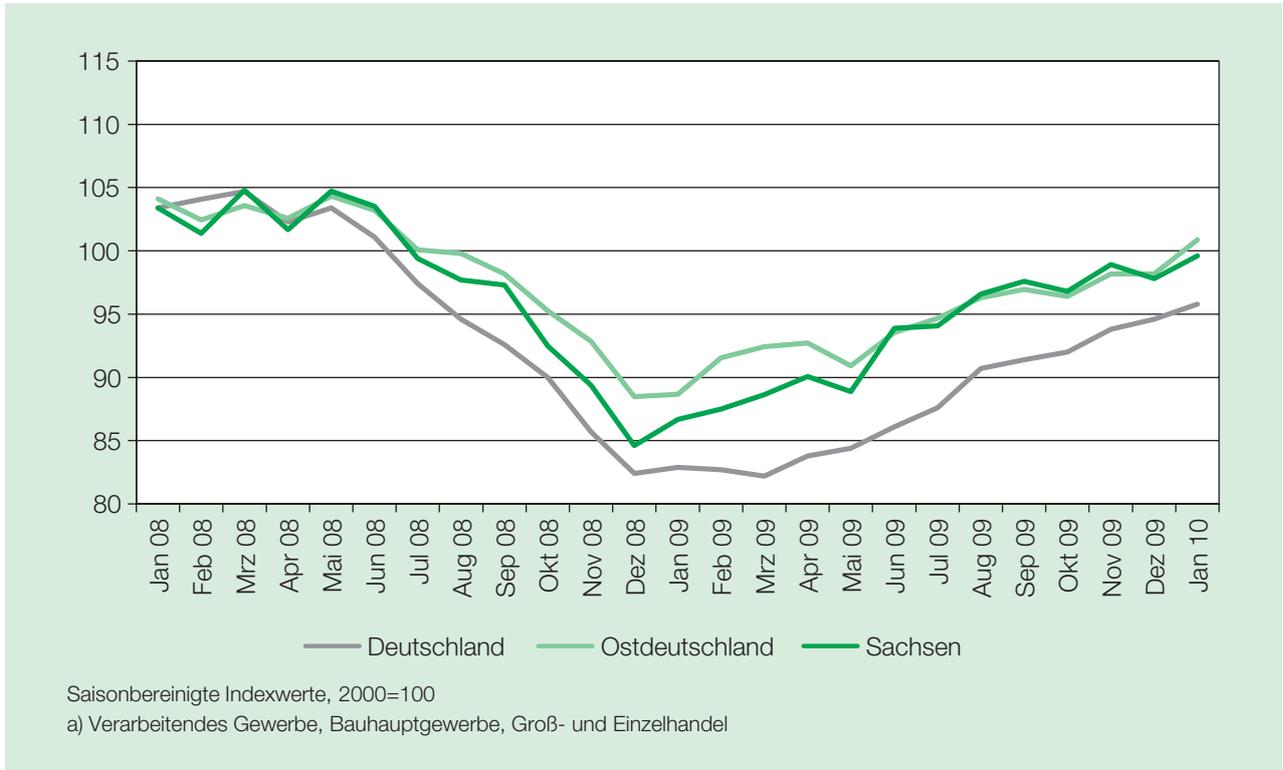
Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im Januar zum zehnten Mal in Folge gestiegen (vgl. Abb. 1). Die Klimaindizes für die sächsische Wirtschaft und die Wirtschaft Ostdeutschlands tendierten zu Beginn des neuen Jahres ebenfalls nach oben. Verantwortlich für den jüngsten Anstieg der Geschäftsklima-Indikatoren waren vor allem die Meldungen zu den Perspektiven, die von den befragten Unternehmen per saldo optimistischer beurteilt wurden. Allerdings war auch in den Angaben zur aktuellen Lage etwas mehr Optimismus feststellbar. Dies zeigt, dass die Erholung der konjunkturellen Entwicklung weiter voranschreitet.

Schwerpunkt: Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Die Befragungsteilnehmer aus dem sächsischen verarbeitenden Gewerbe haben ihre Geschäftslage in den vergangenen Monaten per saldo zunehmend zufriedener beurteilt (vgl. Abb. 2). Momentan gleichen sich die Meldungen von Unternehmen, die ihre Lage mit „gut“

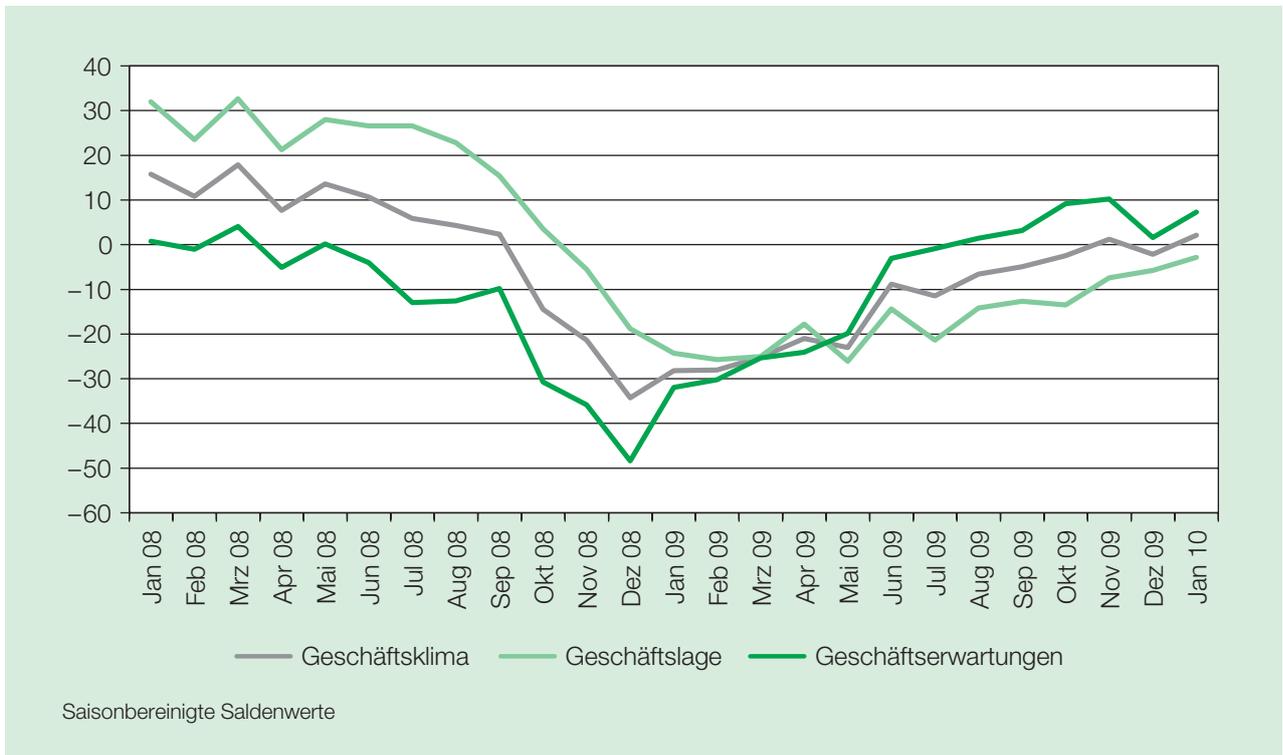
beschreiben, und die Angaben von solchen, die ihre aktuelle Situation mit „schlecht“ bewerten, in etwa aus. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung lag im Januar bei 76,7 % und damit um gut drei Prozentpunkte höher als im Vorjahresmonat. Im Vergleich zur letzten Befragung (Oktober 2009) war ein Anstieg um rund zwei Prozentpunkte zu verzeichnen. Eine besonders starke Zunahme wurde von den Vorleistungsgüterproduzenten gemeldet. In dieser Hauptgruppe ist die Kapazitätsauslastung binnen Jahresfrist von 67,5 % auf 75,0 % gestiegen. Auch in Hinblick auf die mittlere Reichweite der Auftragsbestände war eine Verbesserung feststellbar. Diese nahm im gesamten verarbeitenden Gewerbe von 2,9 Monate im Januar 2009 auf aktuell 3,2 Monate zu. Der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung blickten die Unternehmen zuletzt überwiegend positiv entgegen. So rechnete im Januar per saldo rund jedes zehnte Unternehmen damit, dass sich die Geschäftslage in den nächsten sechs Monaten verbessern wird. Alles in allem stützen die jüngste Umfrageergebnisse die letzte Konjunkturprognose des ifo Instituts, der zufolge die Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2010 preisbereinigt um etwa 9% expandieren wird (vgl. hierzu ARENT, SCHIRWITZ, VOGT auf den Seiten 13 bis 22 in dieser Ausgabe von ifo Dresden berichtet).

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe Sachsens und seine Komponenten die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
	4. Quartal 2009	3. Quartal 2009	4. Quartal 2009	3. Quartal 2009	4. Quartal 2009	3. Quartal 2009
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand in Monaten ^a	2,3	2,3	2,3	3,0	2,8	3,0
Kapazitätsauslastung in Prozent ^a	73,0	71,8	71,9	73,0	74,4	73,3
Exportgeschäft Erwartungen ^b	8,2	-2,2	2,7	0,8	3,8	-0,2
Beschäftigtenzahl Erwartungen ^b	-22,8	-31,0	-15,9	-15,7	-13,2	-15,2
Verkaufspreise Erwartungen ^b	-6,1	-4,6	-6,8	-8,7	-16,4	-16,1
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand in Monaten ^a	2,3	2,4	1,9	2,1	2,1	2,1
Kapazitätsauslastung in Prozent ^a	67,9	68,5	69,8	71,5	68,9	73,9
Beschäftigtenzahl Erwartungen ^b	-13,7	-15,6	-18,1	-15,2	-21,9	-17,2
Baupreise Erwartungen ^b	-25,0	-23,2	-26,2	-18,5	-19,4	-11,5
Großhandel						
Umsatz gegen Vorjahr ^b	-23,0	-29,0	-28,0	-34,7	-17,0	-36,7
Bestellpläne ^b	-15,1	-28,0	-16,4	-20,8	-15,5	-16,7
Verkaufspreise Erwartungen ^b	0	2,6	14,5	13,1	25,6	27,4
Einzelhandel						
Umsatz gegen Vorjahr ^b	-12,3	-1,3	-19,7	-19,0	-20,0	-16,3
Bestellpläne ^b	-26,6	-24,1	-27,7	-21,0	-31,5	-22,1
Verkaufspreise Erwartungen ^b	-4,3	-5,5	3,5	6,5	-5,2	0,1
Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr).						
a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am 21. Dezember 2009 fand eine weitere Sitzung des **ifo Arbeitskreises Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der IFO NIEDERLASSUNG DRESDEN statt. Während der Veranstaltung diskutierte **Dr. Wolf-Dietmar Speich** (STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN) die aktuelle Wirtschaftsentwicklung im FREISTAAT SACHSEN. Hierzu ergänzend thematisierten **Uwe Sujata** und **Sabine Engelmann** [Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), Regionaldirektion Sachsen], die Entwicklungstrends auf dem sächsischen Arbeitsmarkt. **Dr. Wolfgang Nierhaus**, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IFO INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG MÜNCHEN, präsentierte die jüngste Deutschland-Konjunkturprognose des ifo Instituts. Zum Ende der Veranstaltung stellten **Beate Schirwitz** und **Dr. Gerit Vogt** die Ergebnisse der ifo-Konjunkturprog-

nose für Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010 vor. Diese wurden am selben Tag im Rahmen einer Pressemitteilung und eines Pressegesprächs veröffentlicht.

Dr. Marion Eich-Born, Staatssekretärin des THÜRINGER MINISTERIUMS FÜR BAU, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR, referierte am 27. Januar 2010 im Rahmen der Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik zum Thema **Clusterorientiertes Monitoring und Mentoring in Thüringen**. Grundlage des Vortrags war ein entsprechendes Forschungsprojekt zur räumlich differenzierten Entwicklungs- und Förderstrategie, durch welche inmitten einer Finanz- und Wirtschaftskrise neue Chancen eröffnet werden können.

ifo Vorträge

Joachim Ragnitz, stellvertretender Geschäftsführer der IFO NIEDERLASSUNG DRESDEN, stellte am 17. Dezember 2009 den **Sächsischen Technologiebericht 2009** in der Sächsischen Staatskanzlei vor. Die Zusammenfassung der Studie ist auf den Seiten 40–44 dieses Heftes zu lesen.

Am 14. Januar 2010 hielt er anlässlich einer Einladung der ÉLECTRICITÉ DE FRANCE (EDF) zum Thema **20 Jahre Mauerfall: Wirtschaftliche Entwicklungen in Ostdeutschland seit 1989** einen Vortrag in Paris.

Am 20. Januar 2010 nahm **Joachim Ragnitz** an einer Gesprächsrunde zur **Effizienz der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland** in der Generaldirektion Regionalpolitik der EU-KOMMISSION in Brüssel teil.

Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, referierte am 22. Januar 2010 in der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, zu **Private vs. Public Banks in Germany**.

Innerhalb der Seminarreihe **Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens** des DEUTSCHEN HYGIENE-

MUSEUMS in Dresden beleuchtete **Beate Schirwitz**, Doktorandin am IFO INSTITUT, NIEDERLASSUNG DRESDEN, am 23. Januar 2010 die volkswirtschaftlichen Effekte dieser Idee.

Zu den **Kommunalen Abgaben und Gebührenbelastungen der Unternehmen** hielt **Joachim Ragnitz** am 26. Januar 2010 einen Vortrag in der IHK zu Leipzig.

Im Rahmen der Vortragsreihe **Demographie im Blickpunkt** der KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, DRESDEN, hielt **Marcel Thum** am 28. Januar 2010 einen Vortrag zum Thema **Die Zukunft der ostdeutschen Großstadt am Beispiel Dresden** im Stadtmuseum Dresden.

Zum Thema **Wirtschaftspolitische Aufgaben für Ostdeutschland**, hielt **Joachim Ragnitz** am 2. Februar 2010 einen Vortrag im Geschäftsführerkreis der Messe Leipzig.

ifo Veröffentlichungen

Der von **Harald Hau** und **Marcel Thum** gemeinsam verfasste Aufsatz: Subprime Crisis and Board (In-)Competence: Private vs. Public Banks in Germany (erschieden in: Economic Policy 60, Oktober 2009; S. 701–752) ist am 16. Dezember 2009 vom französischen EUROPLACE INSTITUTE OF FINANCE mit dem Preis für das beste Papier zur Finanzkrise ausgezeichnet worden.

Joachim Ragnitz: Solidaritätszuschlag – Verfassungswidrig? In: Wirtschaftsdienst, 89. Jg., Heft 12, 2009; S. 781–782.

Joachim Ragnitz: Die Planwirtschaft als Irrweg. In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Weichenstellung in die Zukunft: Die Sozialistische Planwirtschaft. Sankt Augustin/Berlin 2010; S. 57–70.

Marcel Thum: Korruption und Schattenwirtschaft. In: Bengt-Arne Wickström (Hrsg.): Finanzpolitik und Schattenwirtschaft, Berlin, 2010; S. 169–196.

ifo intern

Die IFO NIEDERLASSUNG DRESDEN begrüßte am 15. Januar **Robert Lehmann**, am 1. Februar **Oskar Krohmer** und am 15. Februar 2010 **Alexander Eck** als Doktoranden. Alle schlossen im Januar bzw. im Februar 2010 ihr Studium an der Technischen Universität Dresden als Diplom-Volkswirte erfolgreich ab.